



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006

**18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks
durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem
– Ausgewählte Ergebnisse –**

Der vorliegende Bericht wurde im Auftrag des Deutschen Studentenwerks (DSW) und mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) von HIS Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover, erstellt.
Die Verantwortung für den Inhalt trägt HIS.

Eine Internet-Version dieses Berichts und des Hauptberichts der 18. Sozialerhebung finden Sie auch im WWW unter den folgenden Adressen:
<http://www.sozialerhebung.de>
<http://www.bmbf.de>
<http://www.studentenwerke.de>
<http://www.his.de>

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Referat Öffentlichkeitsarbeit
10115 Berlin

Bestellungen

Schriftlich an den Herausgeber
Postfach 30 02 35
53182 Bonn
oder per
Tel.: 01805 - 262 302
Fax: 01805 - 262 303
(0,14 Euro/Min.)
E-Mail: books@bmbf.bund.de
Internet: <http://www.bmbf.de>

Druckerei:

BWH GmbH – Medien Kommunikation,
Hannover

Bonn, Berlin 2007

Gedruckt auf Recyclingpapier



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Wolfgang Isserstedt, Elke Middendorff, Gregor Fabian, Andrä Wolter

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006

**18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks
durchgeführt durch HIS Hochschul-Informations-System
– Ausgewählte Ergebnisse –**

Vorwort

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Deutsche Studentenwerk (DSW) stellen in dieser Publikation die Ergebnisse der 18. Sozialerhebung zur wirtschaftlichen und sozialen Situation der Studierenden vor, die im Sommersemester 2006 durchgeführt wurde. Die Ergebnisse basieren auf Befragungen von 17.000 deutschen Studierenden und studierenden Bildungsinländern und -inländerinnen.

Die Sozialerhebung wird seit mehr als 50 Jahren jeweils im Abstand von drei Jahren durchgeführt. Sie bildet umfassend die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden in Deutschland ab. Die Kontinuität der Erhebungen erlaubt neben einem Überblick auch Vergleiche über einen längeren Zeitraum hinweg. Damit liefert sie der Politik, den Hochschulen und den Studentenwerken wichtige Hinweise für zukünftiges hochschulpolitisches Handeln und zur Qualitätsentwicklung der Service- und Beratungsangebote rund um das Studium.

Die Zeitreihen im Kapitel Bildungsbeteiligung sind einer der wichtigsten Indikatoren für Veränderungen in der Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang. Die Ergebnisse der 18. Sozialerhebung zeigen, dass in Deutschland ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Hochschulzugang besteht. Deshalb bleibt die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit eine der vordringlichsten Aufgaben der Bildungspolitik in Deutschland.

Die Daten zur Studienfinanzierung liefern wesentliche Informationen über die Zusammensetzung der Einnahmen der Studierenden und über mögliche Handlungserfordernisse, um die finanziellen Rahmenbedingungen für Studierende zu verbessern und damit auch der Notwendigkeit gerecht zu werden, den Anteil der Studierenden eines Altersjahrgangs in Deutschland zu erhöhen.

Zur 18. Sozialerhebung erscheinen zwei Sonderauswertungen: Das gesellschafts- und hochschulpolitisch wichtige Themenfeld „Studieren mit Kind“ wird gesondert dargestellt. Die zweite Sonderauswertung analysiert die soziale Lage der ausländischen Studierenden in Deutschland sowie der deutschen Studierenden im Ausland.

Die erhobenen Daten bilden künftig noch stärker die Grundlage für die nationale Bildungsberichterstattung sowie für die internationale Vergleichsuntersuchung EUROSTUDENT, die für die weitere Ausgestaltung der sozialen Dimension des Hochschulraums Europa entsprechende Daten liefert.

Wir danken den Studierenden, die den umfangreichen Fragebogen ausgefüllt haben, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hochschulen und Studentenwerke für ihre Unterstützung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HIS Hochschul-Informationssystem GmbH für die erfolgreiche Durchführung dieser Erhebung.

Berlin, im Juni 2007



Dr. Annette Schavan, MdB
Bundesministerin für Bildung und Forschung



Prof. Dr. Rolf Dobischat
Präsident des Deutschen Studentenwerks

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Anlage der Untersuchung	1
2. Hochschulzugang	1
2.1 Entwicklung der Studierenden- und Studienanfängerzahlen	1
2.2 Hochschulzugang und Vorbildung	2
2.3 Studierneigung und Studienverzicht	2
3. Bildungsbeteiligung	3
3.1 Bildungsbeteiligung im Bildungsverlauf – Bildungsschwellen	3
3.2 Zur Berechnung der Bildungsbeteiligungsquoten	3
3.3 Schwelle 2: Übergang in die Sekundarstufe II	4
3.4 Schwelle 4: Bildungsbeteiligung an Hochschulen	5
3.4.1 Studienanfängerquoten nach Studienland und Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung	5
3.4.2 Sozialgruppenspezifische Studienbeteiligung	6
3.4.3 Bildungstrichter	8
3.5 Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung	9
4. Sozio-demographische Merkmale der Studierenden	10
4.1 Altersstruktur	10
4.2 Familienstand	10
4.3 Studierende mit Kind	11
4.4 Soziale Herkunft der Studierenden	11
5. Merkmale des Studiums	14
5.1 Fächerstruktur und angestrebte Abschlüsse	14
5.2 Studienverlauf	15
6. Studienfinanzierung – Einnahmen der Studierenden	16
6.1 Höhe der monatlichen Einnahmen	16
6.2 Herkunft der Einnahmen – Finanzierungsquellen	17
6.3 Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen – Finanzierungsstruktur	18
6.4 Einnahmensituation nach ausgewählten Faktoren	18
6.5 Einschätzung der finanziellen Situation	22
7. Lebenshaltungskosten – ausgewählte Ausgabenpositionen	22
7.1 Ausgaben für Miete und Nebenkosten	22
7.2 Ausgabenunterschiede in den alten und neuen Ländern	23
7.3 Einnahmenabhängigkeit der Ausgaben	24
8. Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG	24
8.1 Umfang der Förderung – BAföG-Quote	24
8.2 Förderungsbeträge	26
8.3 Elternabhängige – elternunabhängige Förderung	26
8.4 Subjektive Sicht der Förderung	27
9. Zeitbudget	27
9.1 Zeitaufwand für das Studium	27
9.2 Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit	29
9.3 Zeitbudget aus Studium und Erwerbstätigkeit	30

10. Studentische Erwerbstätigkeit	32
10.1 Erwerbstätigenquote	32
10.2 Einflussfaktoren auf studentische Erwerbstätigkeit	32
10.3 Motive studentischer Erwerbstätigkeit	34
10.4 Tätigkeitsarten	34
10.5 Finanzieller Ertrag der Tätigkeiten	35
11. Wohnsituation	35
11.1 Genutzte Wohnformen	35
11.2 Zufriedenheit mit der Wohnsituation	37
11.3 Wohnwünsche	37
12. Gastronomische Einrichtungen im Hochschulbereich – Mensa und Cafeteria	38
12.1 Nutzung des Angebots	38
12.2 Mittagessen in der Mensa/Cafeteria	38
12.3 Wichtige Aspekte aus studentischer Sicht	39
13. Gesundheitliche Beeinträchtigungen	40
13.1 Begriffliche Abgrenzung	40
13.2 Studierende mit gesundheitlicher Schädigung	40
13.3 Studium und gesundheitliche Schädigung	40
13.4 Finanzielle Situation und Wohnverhältnisse	41
14. Beratungs- und Informationsbedarf	42
14.1 Bereiche des Beratungs- und Informationsbedarfs	42
14.2 Beratungsbedarf nach Merkmalen des Studiums	43
14.3 Beratungsbedarf und sozio-demographische Merkmale	43
14.4 Nutzung von Angeboten zur Beratung und Information	44
15. Studierende mit Migrationshintergrund	44
15.1 Begriffliche Abgrenzung und Zahl der Studierenden mit Migrationshintergrund	44
15.2 Demographische Merkmale	45
15.3 Soziale Herkunft	45
15.4 Bildungsbiographie, Fächerwahl und Studienverlauf	45
15.5 Finanzielle Situation	46
15.6 Erwerbstätigkeit	46
15.7 Wohnsituation	47

1. Anlage der Untersuchung

Mit dem vorliegenden Bericht werden ausgewählte Ergebnisse der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem, präsentiert.¹ Die Untersuchung wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und veröffentlicht.

Grundlage des Berichts sind die Ergebnisse einer im Sommersemester 2006 durchgeführten repräsentativen schriftlichen Befragung deutscher Studierender sowie des Teils der ausländischen Studierenden, der in Deutschland die Hochschulzugangsberechtigung erworben hat – die so genannten Bildungsinländer/innen.

Ihrem Auftrag und ihrer Anlage nach ist die seit 1951 zumeist im dreijährigen Rhythmus durchgeführte Sozialerhebung ein mit wissenschaftlichen Methoden erstelltes befragungsbasiertes Berichtssystem, das ein umfassendes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden in Deutschland und zu einigen wichtigen Aspekten der Studiensituation und des Studienverlaufs zeichnet. Der Sozialerhebung liegt die Annahme zugrunde,

¹ Eine ausführlichere Darstellung der Ergebnisse der 18. Sozialerhebung ist in der Langfassung des gleichnamigen Berichts nachzulesen.

dass die Aufnahme und der erfolgreiche Verlauf des Studiums nicht nur von den Bedingungen des Hochschulzugangs sowie des Lehrens und Lernens an der Hochschule abhängt, sondern auch von den sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, unter denen ein Studium durchgeführt wird.

Die Ergebnisdarstellung erfolgt, orientiert an den Befunden der Befragung, weitestgehend deskriptiv mit der Zielsetzung, den Leser/die Leserin anzuregen, anhand der vorgestellten Ergebnisse die soziale und wirtschaftliche Situation der Studierenden selbst zu beurteilen.

Befragt wurde im Sommersemester 2006 eine Stichprobe der Studierenden aller deutschen Hochschulen, ausgenommen die Verwaltungsfachhochschulen, die Hochschulen für das Fernstudium und die Universitäten der Bundeswehr. Der verwertbare Rücklauf der Erhebung umfasst die Antworten von 16.590 Studierenden (Rücklaufquote: 31 %), die sich auf 258 Hochschulen verteilen. Die realisierte Stichprobe ist auf Bundesebene repräsentativ für die Grundgesamtheit der Studierenden an den beschriebenen Hochschulen.

2. Hochschulzugang

2.1 Entwicklung der Studierenden- und Studienanfängerzahlen

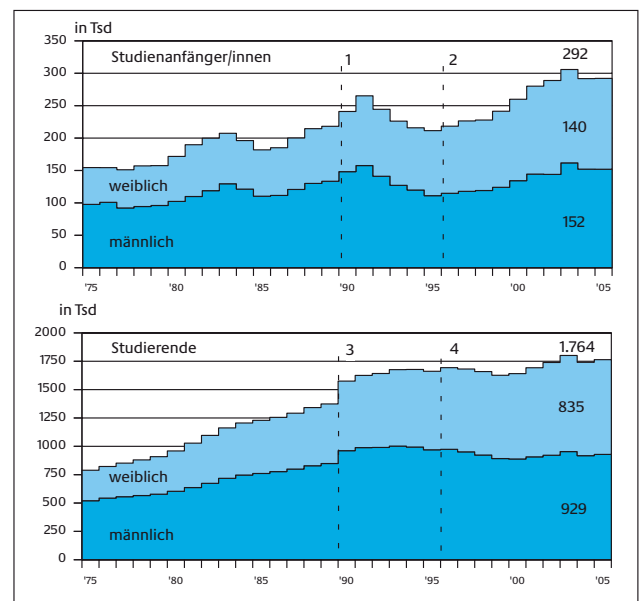
Im Wintersemester 2005/06 waren an deutschen Hochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) 1.953.504 Studierende immatrikuliert. Damit ist die Gesamtzahl der Studierenden in Deutschland (Deutsche und Ausländer/innen) gegenüber dem Wintersemester 2003/04 leicht rückläufig, die Zahl der ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen stieg hingegen leicht an.

Die Grundgesamtheit der 18. Sozialerhebung bilden deutsche Studierende und jene Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland die Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, die so genannten Bildungsinländer/innen. Diese Zielgruppe umfasst 1,76 Millionen Studierende (Bild 2.1).

Im Vergleich zum Wintersemester 1999/2000, dem Zeitraum mit den geringsten Studierendenzahlen der letzten zehn Jahre, sind im Wintersemester 2005/06 über 140.000 deutsche Studierende mehr immatrikuliert. Die Zahl der an Hochschulen eingeschriebenen Bildungsinländer/innen, im Wintersemester 2005/06 sind es knapp 60.000, fällt dagegen hinter den Stand von 1999/2000 zurück.

Die Anzahl der Studierenden wird zum einen von den Studienanfängerzahlen und zum anderen von der Verweildauer der Studierenden an den Hochschulen beeinflusst. Die von 1998 bis 2003 kontinuierlich steigenden Studienanfängerzahlen sind so-

Bild 2.1 Studienanfänger/innen und Studierende nach Geschlecht 1975-2005
ohne Verwaltungsfachhochschulen, in Tausend

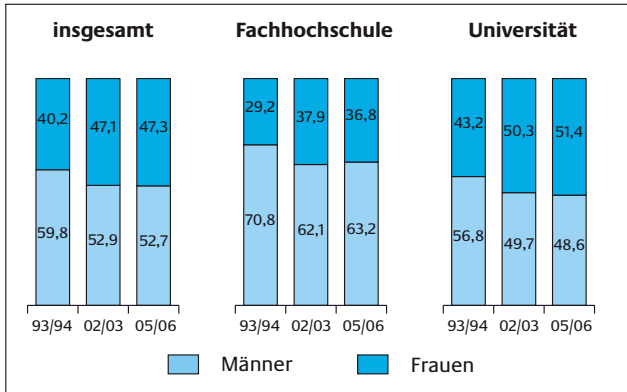


¹ ab 1991 einschließlich neue Länder
² ab 1997 einschließlich Bildungsinländer/innen
³ ab 1990 einschließlich neue Länder
⁴ ab 1996 einschließlich Bildungsinländer/innen

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.1, 2006/HIS-ICE Datenbank

Bild 2.2 Studierende nach Geschlecht und Hochschulart im Wintersemester 1993/94, 2002/03 und 2005/06¹ in %



¹ ab 2002/03 inkl. Bildungsinländer/innen
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.1, HIS-ICE Datenbank

mit eine wichtige Ursache für den Anstieg der Gesamtstudierendenzahl.

Im Studienjahr 2005 haben sich etwa 292.000 deutsche Studierende und Bildungsinländer/innen im ersten Hochschulsemester immatrikuliert. Während im Wintersemester 2002/03 die Hälfte aller Studienanfänger weiblich war, liegt der Frauenanteil im Studienjahr 2005 wieder bei 48 %. In diesem Jahr begannen ca. 140.000 Frauen und 152.000 Männer der Bezugsgruppe ein Studium (Bild 2.1). In der Tendenz nimmt der Frauenanteil unter den Studierenden weiter zu. Er liegt im Studienjahr 2005 mit 47,3 % leicht über dem Stand von 2003. Im Wintersemester 1993/94 betrug der Frauenanteil lediglich 40 % (Bild 2.2).

2.2 Hochschulzugang und Vorbildung

Art der Studienberechtigung

Wie die Daten der Sozialerhebung zeigen, studiert auch im Sommersemester 2006 der weitaus größte Teil der Studierenden mit einer allgemeinen Hochschulreife (83 %). Jeder achte Studierende hat vor dem Studienantritt die Fachhochschulreife erlangt (12,5 %). Über eine fachgebundene Hochschulreife bzw. sonstige Hochschulzugangsberechtigungen (z.B. durch berufliche Qualifikation) gelangten nur kleine Minderheiten an die Hochschulen (3 % bzw. 1 %). Im Vergleich zu 2003 zeigt sich mit 12 % gegenüber 9 % eine deutliche Zunahme von Studierenden mit Fachhochschulreife.

Berufsausbildung vor Studienbeginn

Der Anteil der Studierenden, der vor Aufnahme des Studiums eine Berufsausbildung abgeschlossen hat, ging gegenüber der Erhebung im Jahr 2003 um einen Prozentpunkt zurück. Jeder vierte Studierende kann einen Berufsabschluss vorweisen (25 %). Damit erreicht der Anteil von Studierenden mit abgeschlossener Berufsausbildung fast wieder den Stand von 1985, als in den alten Ländern ein Wert von 24 % gemessen wurde.

Zeitlich verzögerte Studienaufnahme

Auch im Jahr 2006 beginnen Studierende ihr Studium durchschnittlich 16 Monate nach dem Erlangen der Hochschulzugangsberechtigung.

berechtigung. Der Medianwert liegt dabei mit neun Monaten deutlich niedriger. Der Median gibt an, in welchem Zeitraum die Hälfte aller Studierenden ein Studium aufnimmt.

Einige Monate Wartezeit können allerdings allein auf die Zeitdifferenz zwischen dem genauen Zeitpunkt des Schulabganges und dem nächstmöglichen Studienbeginn zurückgeführt werden. Deshalb werden seit der 17. Sozialerhebung nur diejenigen als „Verzögerer“ definiert, die eine Wartezeit von mindestens 4 Monaten angeben. Nach dieser Definition sind 72 % der Studierenden im Sommersemester 2006 als „Studienverzögerer“ auszumachen. Das sind 3 % weniger als 2003.

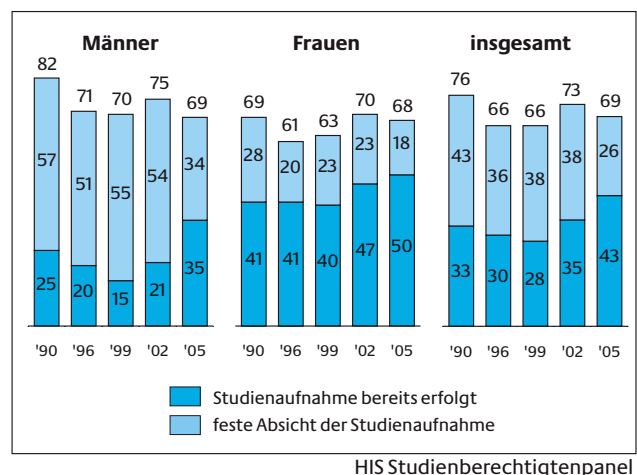
Sowohl das Geschlecht als auch der Zeitpunkt einer eventuell abgeschlossenen Berufsausbildung sowie die Hochschulart beeinflussen die Zeitspanne zwischen Ablegen der Hochschulreife und der Studienaufnahme. Die Unterscheidung nach der Region der Hochschulreife zeigt, dass Studienanfänger/innen aus den neuen Ländern geringfügig länger bis zur Studienaufnahme brauchen als diejenigen aus den alten Ländern. Im Unterschied zu 2003 hat die soziale Herkunft der Studierenden keinen signifikanten Einfluss auf den Zeitpunkt der Studienaufnahme.

2.3 Studierneigung und Studienverzicht

Zwischen 1990 und 1999 nahm die Brutto-Studierquote (der Anteil derjenigen, die zum Befragungszeitpunkt ein Studium bereits aufgenommen oder fest geplant haben) kontinuierlich ab (Bild 2.3). Nachdem sich im Studienjahr 2002 ein Ende des Absinkens der Brutto-Studierquote abzuzeichnen schien, muss diese Vermutung inzwischen relativiert werden. Gegenwärtig gehen die Studierquoten nach dem kurzzeitigen Anstieg im Jahre 2002 weiter zurück (Heine u.a. 2005, 2006).

Die Brutto-Studierquote betrug 2005 69 % und näherte sich damit den Werten der zweiten Hälfte der 1990er Jahre an. Ursache dafür können u.a. die beruflichen Alternativen sein, die sich für Schulabgänger/innen mit Hochschulzugangsberechtigung auch außerhalb der Hochschule bieten. Probleme bei der Studienfinanzierung können ebenfalls Grund für einen Studienverzicht sein.

Bild 2.3 Brutto-Studierquote ein halbes Jahr nach Schulabgang Studienberechtigte des jeweiligen Jahrgangs, in %



3. Bildungsbeteiligung

Für eine Untersuchungsreihe, die sich mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden in Deutschland beschäftigt, liegt es nahe, auch nach der Entstehung der Bildungsbeteiligung, ihrer Bedingungen, Muster und Strukturen zu fragen und im Rahmen dieser Untersuchung darzustellen. So ist das an den Hochschulen anzutreffende Sozialprofil der Studierenden (vgl. Kapitel 4) im Wesentlichen das Resultat von Entscheidungs- und Selektionsprozessen, die der Hochschule zeitlich vorgelagert sind und sich sowohl innerhalb der Familien als auch in den Bildungsinstitutionen, insbesondere an den Übergangsstellen zwischen den aufeinander folgenden Bildungsstufen bzw. -einrichtungen vollziehen.

Viele empirische Untersuchungen der letzten Jahre haben nachgewiesen, dass selbst bei gleichen individuellen Leistungsvoraussetzungen unterschiedliche soziale Herkunftsbedingungen greifen und den weiteren Bildungsweg mitbestimmen. Die selektive, sozialgruppenspezifische Wirkung institutionalisierter Bildung wird nachfolgend anhand von Quoten des Übergangs zwischen den Bildungseinrichtungen veranschaulicht.

Seit der 12. Sozialerhebung (1988) werden solche sozialgruppenspezifischen Quoten für die Beteiligung auf verschiedenen Bildungsstufen berichtet. Diese Quoten werden ausschließlich unter Verwendung von externen Daten berechnet, das heißt solchen Daten, die nicht aus der im Rahmen der Sozialerhebung durchgeführten Befragung stammen, sondern aus der amtlichen Statistik oder anderen empirischen Untersuchungsreihen, die HIS Hochschul-Informationssystem durchführt.

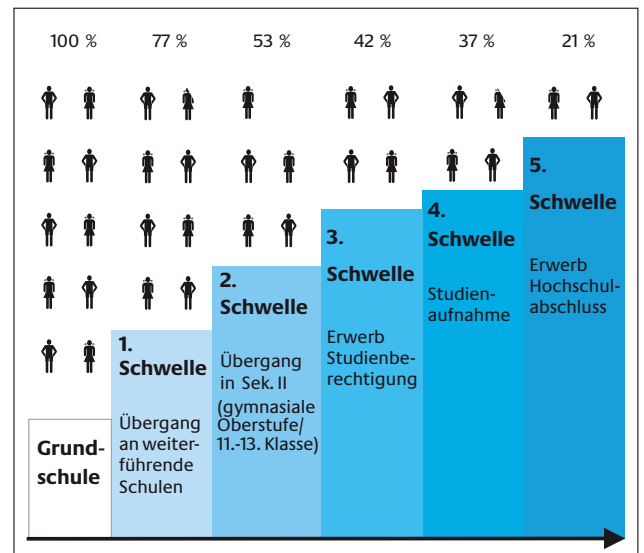
Die zum Teil sehr langen Zeitreihen geben einen Eindruck von der – trotz einer beträchtlichen historischen Dynamik in der Entwicklung der Bildungsbeteiligung – weitgehend unveränderten sozialen Abhängigkeit der Bildungs- und Zugangschancen. Die Daten setzen die soziale Zugehörigkeit der Studienanfänger/innen in Beziehung zur Sozialstruktur der altersgleichen Bevölkerung und veranschaulichen auf diese Weise die sozial erheblich variierenden Zugangschancen zum Hochschulstudium.

3.1 Bildungsbeteiligung im Bildungsweg – Bildungsschwellen

Der Weg zu einem (ersten) akademischen Abschluss setzt in der Regel das erfolgreiche Durchlaufen des Schul- und Hochschulsystems voraus. Der Struktur des Bildungssystems folgend, sind an den charakteristischen Übergangsstellen zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen fünf wesentliche Schwellen zu überwinden (Bild 3.1).

Die nachhaltigste Selektionswirkung geht nach wie vor von der ersten Bildungsschwelle aus. Diejenigen, welche die dritte oder vierte Schwelle erreichen, stellen eine bereits erheblich – und keineswegs nur nach Leistungsmerkmalen – „vorgefilterte“ Gruppe dar. Korrekturen einmal getroffener Bildungsentscheidungen sind häufig nur auf Umwegen realisierbar und mit zum Teil erheblichen Zeitverlusten verbunden.

Bild 3.1 *Bildungsbarrieren: Fünf Schwellen der Bildungsbeteiligung 2004¹*
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹Anteil der Deutschen und Bildungsinländer/innen an der altersspezifischen Bevölkerung
Quellen: StA/B, Fachserie A Bevölkerung und Kultur, Reihe 10, Bildungswesen, I. Allgemeinbildende Schulen, verschiedene Jahrgänge; BMBF, Grund- und Strukturdaten 2005/06; StBA: Bevölkerungsstatistik; StBA: Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11; eigene Berechnungen

3.2 Zur Berechnung der Bildungsbeteiligungsquoten

Bildungsbeteiligungsquoten in der hier berechneten Form sind streng von statistischen Angaben zur sozialen Zusammensetzung einer Bildungspopulation (z.B. der Studierenden) zu unterscheiden. Bildungsbeteiligungsquoten geben Auskunft über die (statische) Chance, die Angehörige einer jeweils betrachteten (Alters- und/oder Sozial-)Gruppe haben, an eine bestimmte Bildungsinstitution zu gelangen oder ein bestimmtes Bildungsniveau zu erreichen.

Für die Berechnung der Bildungsbeteiligungsquoten werden alle Gleichaltrigen einer Alters- oder Sozialgruppe in der Bevölkerung als Bezugsgröße für diejenigen aus dieser Alters- bzw. Sozialgruppe herangezogen, die sich auf der jeweils betrachteten Bildungsstufe befinden.

Die für eine soziale Gruppe – z. B. für Kinder von Akademiker/innen – ermittelte Beteiligungsquote auf einer bestimmten Bildungsstufe kann direkt verglichen werden mit der entsprechenden Quote für Kinder einer anderen Sozialgruppe – z. B. für Kinder von Arbeitern. Es sind Aussagen möglich wie: „von 100 Kindern aus einer Arbeiterfamilie gelangen x in ein Studium, von 100 Kindern, deren Vater Beamter ist, hingegen y“.

Die unterschiedliche Bildungsbeteiligung ist ein Indikator für die Verteilung der Bildungschancen zwischen den sozialen Gruppen, wobei Aussagen über die Chancenstruktur nur im Vergleich

möglich sind, wie beispielsweise „Kinder von Akademiker/innen haben im Vergleich zu Kindern aus Nicht-Akademiker-Familien eine z-mal so große Chance, an die Hochschule zu gelangen“ (Chancen-Verhältnis = Odds Ratio).²

Anknüpfend an die aktuelle Debatte um die Chancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund werden für den vorliegenden Bericht erstmals deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen gemeinsam als Grundgesamtheit definiert. Deshalb werden auch für die Beteiligungsquoten – soweit möglich – amtliche Daten in genau dieser Abgrenzung verwendet. Aus dieser Änderung ergibt sich, dass die bisherigen Zeitreihen durch Zeitreihen ersetzt werden, die beide Gruppen – Deutsche und Bildungsinländer/innen – umfassen. Ein Vergleich der aktuellen Zeitreihen mit denen aus den vorherigen Sozialerhebungen ist deshalb nicht möglich.

Ausgenommen von dieser Erweiterung der Grundgesamtheit um Bildungsinländer/innen sind die im Folgenden für die Schwelle 4 ausgewiesenen sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligungsquoten. Sie beziehen sich nach wie vor nur auf deutsche Studierende. Diese Einschränkung hat ihre Gründe ausschließlich in der Datenverfügbarkeit: Diese Bildungsbeteiligungsquoten sind nicht Bestandteil der amtlichen Statistik und müssen in einem komplexen Verfahren geschätzt werden (zur Methode siehe Hauptbericht zur Sozialerhebung).

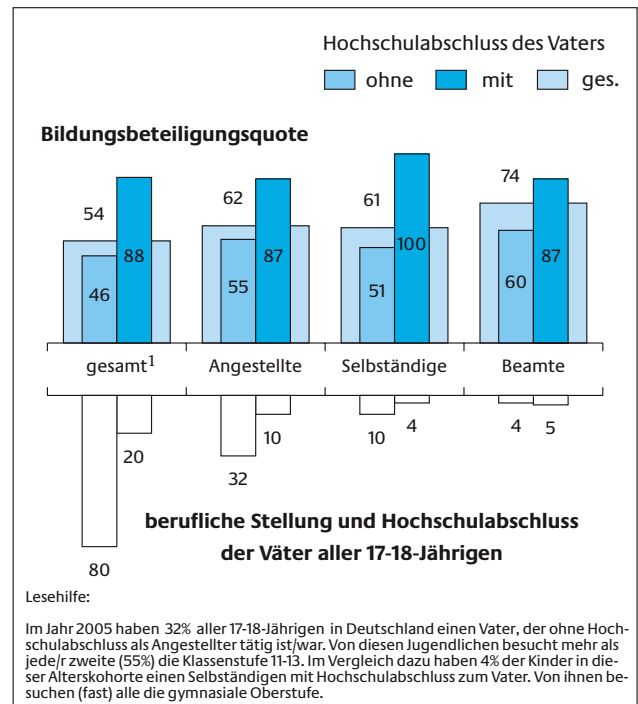
Die nachfolgende Darstellung beschränkt sich auf die Darstellung der sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligung an zwei Bildungsschwellen: Schwelle 2 (Besuch der gymnasialen Oberstufe) und Schwelle 4 (Studienaufnahme).

3.3 Schwelle 2: Übergang in die Sekundarstufe II

Die Schulform in der 8. Klasse bestimmt bereits weitgehend über die Möglichkeit, in die gymnasiale Oberstufe zu gelangen. Von den Jugendlichen, die im Jahr 2005 zwischen 17 und 18 Jahre alt waren, erreichte mehr als jeder zweite (54 %, Bild 3.2) diese Bildungsstufe. Damit ist die Beteiligung an den Klassen 11-13 seit Mitte der 1990er Jahre um sechs Prozentpunkte gestiegen (1996: 48 %), woran Kinder aus allen Herkunftsgruppen teilhatten, wengleich in unterschiedlichem Maße.

Im Hauptbericht zur 18. Sozialerhebung ist die Bildungsbeteiligung nach Schulbildung und beruflicher Bildung der Eltern dargestellt. Wie sich Effekte der Herkunft kumulieren, zeigt sich beispielsweise, wenn zusätzlich zur beruflichen Stellung das Bildungsniveau der Eltern berücksichtigt wird. Innerhalb der vier Kategorien, mit denen die Stellung im Beruf ausgewiesen wird, ist z. B. der Anteil derer, die einen Hochschulabschluss erworben haben, unterschiedlich hoch (Bild 3.2, untere Grafik). Dies wirkt sich

Bild 3.2 Schwelle 2: Beteiligung der 17-18-Jährigen an Sekundarstufe II (Klassenstufen 11-13) nach beruflicher Stellung des Vaters – Vergleich von Vätern mit und ohne Hochschulabschluss 2005
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Die Quoten für die Bildungsbeteiligung „gesamt“ schließen die berufliche Stellung „Arbeiter“ mit ein. Aufgrund der geringen Anzahl an Arbeitern mit Hochschulabschluss können keine entsprechend differenzierten Quoten ausgewiesen werden.

Quellen: StBA, Sonderauswertung Mikrozensus 2005; eigene Berechnungen

auf die beschriebenen Unterschiede in den Beteiligungsquoten aus.

Von den Eltern bzw. den Vätern³ der 17-18-Jährigen des Jahres 2005 hat etwa ein Fünftel einen akademischen Abschluss erworben. Innerhalb der Gruppe der Beamten gibt es anteilig die meisten Akademiker (etwa jeder zweite), gefolgt von den Selbständigen und den Angestellten (mehr als ein Viertel bzw. etwa ein Viertel). Die Zahl der als Arbeiter beschäftigten Hochschulabsolventen ist erwartungsgemäß so gering, dass sie von der amtlichen Statistik nicht ausgewiesen wird.

Unter Hinzunahme des Merkmals „Hochschulabschluss“ verblasst der Einfluss der beruflichen Stellung auf die Beteiligung an

² Die Kennziffer Odds Ratio (Chancen-Verhältnis) drückt im hier betrachteten Zusammenhang aus, um wie viel größer die Chancen einer Studienaufnahme für Kinder einer sozialen Gruppe (z. B. der Beamten) im Vergleich zu Kindern einer anderen sozialen Gruppe (z. B. Arbeiter) sind. Zur Berechnung dienen die Bildungsbeteiligungsquoten. Für das genannte Beispiel ist ein Odds Ratio $R(\text{Beamte} : \text{Arbeiter}) = 64\% : 18\% = 3,6$. Der Wert 1 steht für ein gleiches, ausgewogenes Chancenverhältnis. Der ermittelte Wert von 3,6 sagt aus, dass die Chancen auf ein Hochschulstudium für die Kinder Beamter dreieinhalb Mal so groß sind wie für Kinder von Arbeitern.

³ Die amtliche Statistik verwendet das Konzept der „Familienbezugsperson“, wovon sich in der Mehrzahl der Väter verbirgt. Bei Ein-Eltern-Familien ist sie der allein Erziehende Elternteil, also häufig auch die Mutter. Obwohl die Familienberichterstattung der amtlichen Statistik auf die sich weiter ausdifferenzierende Pluralität der Familien- und Lebensformen längst reagiert hat und z. B. das traditionelle Familienkonzept (Ehe und Elternschaft) umgestellt hat auf das Lebensformenkonzept (Partner- und Elternschaft; vgl. Heidenreich, Nöthen 2002, Nöthen 2005), wird für die Schätzung sozialgruppenspezifischer Beteiligungsquoten aus methodischen Gründen (Machbar-, Überschaubarkeit) daran festgehalten, die entsprechenden Merkmale der Familienbezugs-person als Indikatoren für den sozialen Status der Herkunftsfamilie Studierender bzw. der altersspezifischen Bevölkerung heranzuziehen.

der gymnasialen Oberstufe. Die Bildungsbeteiligungsquoten der Kinder von Angestellten, Selbständigen und Beamten sind etwa gleich hoch, wenn nur diejenigen betrachtet werden, deren Vater entweder kein Studium abgeschlossen hat (zwischen 51 % und 60 %) oder Akademiker ist (Bild 3.2). Ein Maximalwert wird dabei von den Kindern erreicht, deren Väter selbständig sind und über einen Hochschulabschluss verfügen (z.B. Ärzte, Rechtsanwälte, sonstige Freiberufler).

3.4 Schwelle 4: Bildungsbeteiligung an Hochschulen

Eine vierte Bildungsschwelle ist die Aufnahme eines Studiums. Bei weitem nicht alle Absolvent/innen, die das Schulsystem mit einer Studienberechtigung verlassen, beginnen ein Studium.

Wie viele Studienberechtigte sich für ein Hochschulstudium entscheiden oder als Alternative dazu einen beruflichen Bildungsweg einschlagen, hängt von zahlreichen Faktoren ab (z. B. dem Lehrstellenmarkt oder dem Studienplatzangebot, den Chancen einzelner Berufe oder der Akademikerarbeitslosigkeit). Eine wesentliche Rolle spielen dabei sowohl die individuellen Präferenzen der Studienberechtigten als auch deren sozialer Hintergrund mit seinen Auswirkungen (z. B. Bildungsaspirationen, Wertvorstellungen, Ausstattung mit ökonomischen, kulturellen Ressourcen, bildungsbezogene Kosten-Nutzen- Abwägungen). Ausführlichere Analysen dazu finden sich in den Berichten zu den Studienberechtigtenbefragungen, die HIS Hochschul-Informations-System regelmäßig durchführt.

3.4.1 Studienanfängerquoten nach Studienland und Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

Bezogen auf das **Land des Studienortes** betrug die Studienanfängerquote im Jahr 2006 36 %. Damit lag die Studienbeteiligung unter dem bisherigen Höchststand von 39 %, der 2003 erreicht wurde. In der Bilanz der zurückliegenden elf Jahre (1995 - 2006) hat sich diese Studienanfängerquote um neun Prozentpunkte erhöht. Zu diesem Anstieg hat die wachsende Studiennachfrage an Universitäten in stärkerem Maße beigetragen als die an Fachhochschulen mit ihren fast flächendeckenden Zulassungsbeschränkungen.

Das gleiche Muster – deutliche Steigerung der Studienanfängerquote vor allem durch höhere Nachfrage nach universitärer Bildung, leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr – charakterisiert auch die Entwicklung in den neuen und alten Ländern. Der Abstand zwischen den studienortbezogenen Beteiligungquoten in den neuen und alten Ländern blieb zwischen 1995 und 2004 (aktuellere Zahlen standen zum Berichtszeitpunkt nicht zur Verfügung) jedoch weitgehend erhalten (31 % vs. 39 %).

Die Studienanfängerquoten nach **Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung** sind per definitionem niedriger als die nach Land des Studienortes, weil sie die Bildungsausländer/innen, die sich in Deutschland immatrikulieren, nicht mit einbeziehen. Diese Anfängerquote, die der eigentliche Maßstab für die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems ist, lag im Jahr 2004 in Deutschland bei 31 % (Bild 3.3). Sie liegt damit um

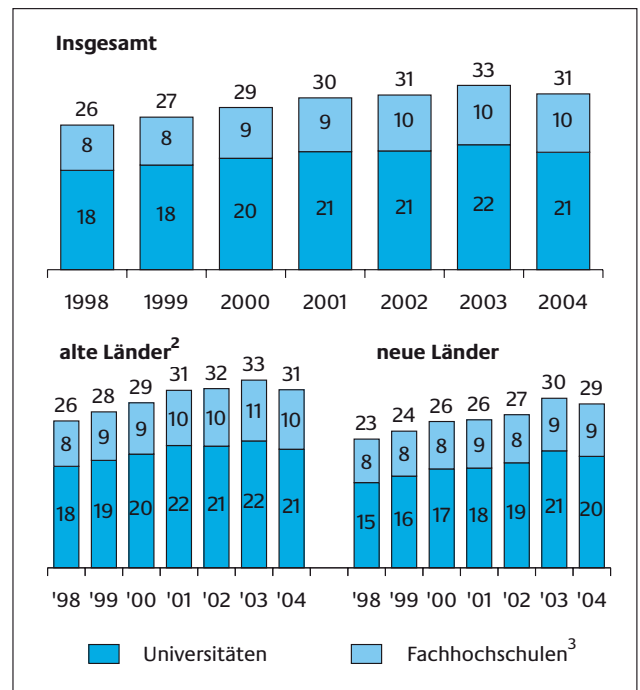
sechs Prozentpunkte niedriger als die studienortbezogene Quote des gleichen Jahres. Rund ein Fünftel der studienortbasierten Anfängerquote ist also auf die Zuwanderung ausländischer Studierender zurückzuführen.

Die alten Länder weisen eine leicht höhere Studienanfängerquote auf als die neuen Länder. Der Unterschied zwischen der Anfängerquote nach Herkunftsland zur Studienanfängerquote nach Land des Studienortes ist bei den alten Ländern deutlich größer (8 Prozentpunkte Differenz) als bei den neuen (2 Prozentpunkte), was mit dem unterschiedlichen Anteil ausländischer Studierender in den beiden Regionen zu erklären ist.

Studienbeteiligung und Geschlecht

Die Studienbeteiligung von Männern und Frauen ist seit Mitte der 1990er Jahre nahezu gleich hoch. Werden die Studienanfängerquoten nach dem Studienort zugrunde gelegt, haben im Jahr 2004 Männer und Frauen zu gleichen Anteilen ein Hochschulstudium begonnen. Hinter dieser Übereinstimmung auf Bundesebene verbergen sich geringfügige Unterschiede zwischen den beiden Regionen: Während in den alten Ländern die Studienbeteiligung der Männer etwas höher ist als die der Frauen, weisen in den neuen Ländern die Frauen eine höhere Anfängerquote auf als die Männer.

Bild 3.3 Schwelle 4: Studienanfängerquoten 1998 - 2004 nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung¹ – Vergleich nach Hochschulart und Region
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studienanfänger/innen (Deutsche und Bildungsinländer/innen) an der altersspezifischen Bevölkerung am Ort des Erwerbs der Hochschulreife. Es werden Quoten für einzelne Altersjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (Quotensummenverfahren).

² einschließlich Berlin

³ einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quellen: StBA, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11 (OECD-Verfahren); eigene Berechnungen (Rundungsdifferenzen möglich)

Auf das Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung bezogen, werden regionale Disparitäten deutlicher sichtbar: Im Jahr 2004 lag in den alten Ländern die Studienanfängerquote der Männer um drei Prozentpunkte höher als die der Frauen. Für die neuen Länder ist seit Jahren der gegenläufige Befund zu verzeichnen – eine höhere Studienbeteiligung der Frauen.

Obwohl Frauen häufiger als Männer die Hochschulreife erworben haben (2004: 39 % Männer, 45 % Frauen), realisieren sie ihre Studienberechtigung seltener. An den Universitäten stellen Frauen jedoch seit einigen Jahren mehr als die Hälfte aller Studienanfänger bzw. Studierenden (WS 2006/07: 54 % bzw. 52 %).

3.4.2 Sozialgruppenspezifische Studienbeteiligung

Welche Bildungschancen Kinder aus unterschiedlichen sozialen Herkunftsgruppen haben und wie sich die Verteilung dieser Chancen in den letzten Jahren verändert hat, kann sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligungsquoten entnommen werden.

Schulabschluss des Vaters

Auf den engen Zusammenhang zwischen dem Bildungsstatus der Eltern und dem Besuch der gymnasialen Oberstufe wurde bereits hingewiesen. Damit sind schon zu diesem Zeitpunkt Entscheidungen getroffen worden, die sich bis auf den wesentlich später anstehenden Übergang in die Hochschule auswirken.

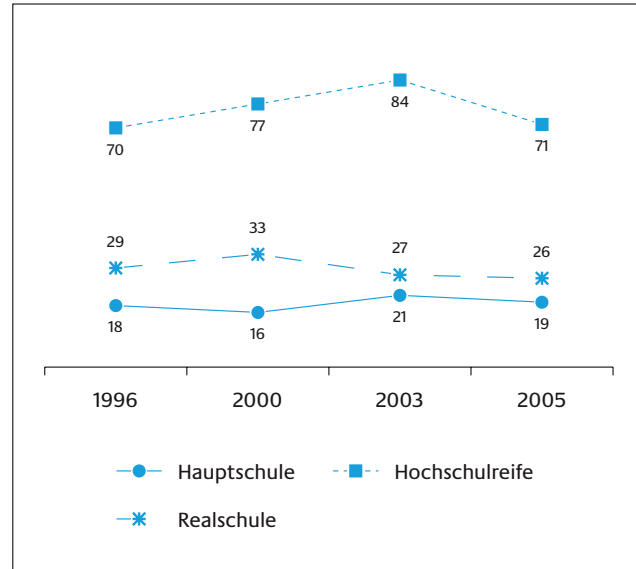
Das zeigt sich bereits anhand des Schulabschlusses des Vaters: Im Jahr 2005 begannen von den jungen Erwachsenen zwischen 19 und unter 25 Jahren, deren Vater über eine Hochschulreife verfügte, insgesamt 71 % ein Hochschulstudium. Die Mehrzahl von ihnen immatrikulierte sich an einer Universität. Nahezu viermal niedriger (19 %) fällt dagegen die Studienbeteiligung von Kindern aus, deren Vater einen Hauptschulabschluss hat (Bild 3.4).

Auf einem mittleren Niveau dazwischen lagen die Studienchancen derjenigen, deren Vater einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss erworben hatte (26%). Verglichen mit der Sozialstruktur der Bevölkerung bedeutet dies, dass die in der altersgleichen Bevölkerung kleinste soziale Gruppe – Eltern mit Hochschulreife – weitaus die meisten ihrer Kinder an die Hochschulen entsendet.

Umgekehrt gilt ebenso: Aus der größten Gruppe in der Bevölkerung überwinden prozentual die wenigsten Kinder die Schwelle zur Hochschule. An dieser Stelle besteht die größte soziale Distanz zwischen den Kindern aus solchen Familien, in denen der Vater bereits die Hochschulreife erworben hat, und denjenigen aus einer Familie, die keinen entsprechenden Bildungsstatus nachweisen können (Real- und Hauptschule).

Im Vergleich zum Jahr 2003, dem Zeitpunkt der 17. Sozialerhebung, hat sich die Beteiligungsquote an Hochschulen in allen drei Gruppen verringert. Dieser Befund korrespondiert sowohl mit der Zunahme der Studienverzichtsquote als auch mit dem Rückgang der Studienanfängerquoten (ebenso nach Land des Studienortes wie nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung) im selben Zeitraum.

Bild 3.4 Schwelle 4: Beteiligung an Hochschulen nach Schulbildung des Vaters 1996-2005 (Studienanfängerquote)¹ in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nur deutsche Studienanfänger/innen

Quellen: StBA: Bevölkerungsstatistik; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertungen des Mikrozensus 2000; HIS: Studienanfängerbefragung WS 2005/06; eigene Berechnungen

Berufliche Stellung des Vaters

Die berufliche Stellung gehört zu den demographischen Standards der amtlichen Statistik. Informationen hierzu liegen zum Teil in langen Zeitreihen vor. Bekanntlich setzen sich die von der amtlichen Statistik bislang erfassten vier Gruppen – Arbeiter, Angestellte, Selbständige und Beamte – sehr heterogen zusammen, zum Beispiel hinsichtlich des Bildungsniveaus. Die Verwendung des Merkmals „berufliche Stellung“ hat jedoch in der Bildungsforschung eine lange Tradition, so dass dazu lange Zeitreihen zur Verfügung stehen.

Mit den vier Stufen der beruflichen Stellung gehen offenbar sehr unterschiedlich ausgeprägte Studierchancen einher. Auf der untersten Stufe stehen die Arbeiterkinder mit einer Bildungsbeteiligungsquote von nur 17 %, gefolgt von den Kindern Angestellter, von denen schon mehr als doppelt so viele (40 %) an eine Hochschule gelangen. Die Studienanfängerquote der Kinder aus Selbständigenfamilien ist sogar dreimal so hoch wie die der Arbeiterkinder (52 %). Das wird noch übertroffen von den Kindern, die aus einer Beamtenfamilie kommen; sie haben im Verhältnis zu den Arbeiterkindern mit einer Anfängerquote von beinahe zwei Dritteln eine vierfache Chance auf ein Studium (65 %).

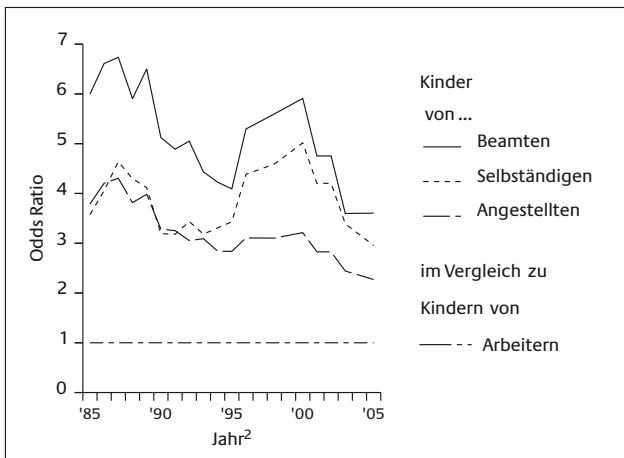
Bildungsbeteiligung nach beruflicher Stellung im Zeitverlauf

Für die alten Länder lässt sich die Entwicklung der Studienanfängerquote in Abhängigkeit von der beruflichen Stellung des Vaters über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten hinweg verfolgen. Für die neuen Länder umfasst die Zeitreihe der Bildungsbeteiligung nach beruflicher Stellung nur ein Jahrzehnt.

Über den Zeitraum der letzten zwei Jahrzehnte betrachtet, hat sich die Bildungsbeteiligung der Kinder aus den unterschiedlichen Herkunftsmilieus tendenziell, wenn auch diskontinuierlich angenähert. Die Entwicklung der Chancenverteilung, anhand von Odds Ratios dargestellt, zeigt, dass in den alten Ländern der Abstand zwischen der Bildungsbeteiligung der Kinder von Beamten, Selbständigen und Angestellten und der von Arbeiterkindern seit Mitte der 1980er Jahre geringer geworden ist (Bild 3.5).

Beispielsweise war die Chance, ein Studium zu beginnen, im Jahr 1985 für ein Kind in den alten Ländern, dessen Vater Beamter war, sechs mal so hoch im Vergleich zu einem Arbeiterkind. Im Jahr 2005 hingegen ist die Chance auf eine Studienaufnahme für Beamtenkinder 3,6 mal so groß im Vergleich zu Kindern, deren Vater Arbeiter ist. Der Unterschied in den Chancen ist demnach in den letzten zwanzig Jahren deutlich geringer geworden. Dieser Angleichungsprozess kann jedoch nicht über die nach wie vor bestehenden großen Disparitäten in der Bildungsbeteiligung hinweg täuschen.

Bild 3.5 Chancenverhältnis bei der Beteiligung an Hochschulen – Kinder von Beamten, Selbständigen bzw. Angestellten im Vergleich zu Kindern von Arbeitern im Zeitverlauf 1985-2005 in den alten Ländern¹
Odds Ratio

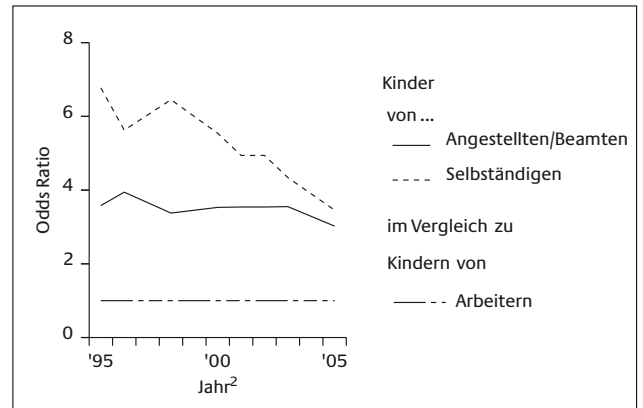


DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nur deutsche Studienanfänger/innen in den neuen Ländern
² Für die Jahre 1997, 1999, 2001, 2002 und 2004 liegen keine Daten vor, weshalb die Werte für diese Jahre in der Abbildung interpoliert wurden.
 Quellen: StBA: Bevölkerungsstatistik; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertungen verschiedener Mikrozensus; HIS: Studienanfängerbefragungen verschiedener Jahre; eigene Berechnungen

Der gleiche Trend kennzeichnete die Entwicklung in neuen Ländern, wenngleich hier der Beobachtungszeitraum nur ein Jahrzehnt umfasst (Bild 3.6). Hier hatten im Jahr 1995 Kinder, deren Vater selbständig oder freiberuflich tätig war, eine fast sieben Mal so große Chance, ein Studium zu beginnen, im Vergleich zu Kindern von Arbeitern. Innerhalb der folgenden zehn Jahre hat sich diese Diskrepanz auf die Hälfte reduziert, das heißt die Chancen der Kinder von Selbständigen bzw. Freiberuflern auf ein Studium sind im Jahr 2005 noch 3,5 mal so hoch im Vergleich zu denen von Arbeiterkindern.

Bild 3.6 Chancenverhältnis bei der Beteiligung an Hochschulen – Kinder von Beamten, Selbständigen bzw. Angestellten im Vergleich zu Kindern von Arbeitern im Zeitverlauf 1995-2005 in den neuen Ländern¹
Odds Ratio



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nur deutsche Studienanfänger/innen in den neuen Ländern
² Für die Jahre 1997, 1999, 2001, 2002 und 2004 liegen keine Daten vor, weshalb die Werte für diese Jahre in der Abbildung interpoliert wurden.

Quellen: StBA: Bevölkerungsstatistik; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertungen verschiedener Mikrozensus; HIS: Studienanfängerbefragungen verschiedener Jahre; eigene Berechnungen

Berufliche Stellung und Hochschulabschluss des Vaters

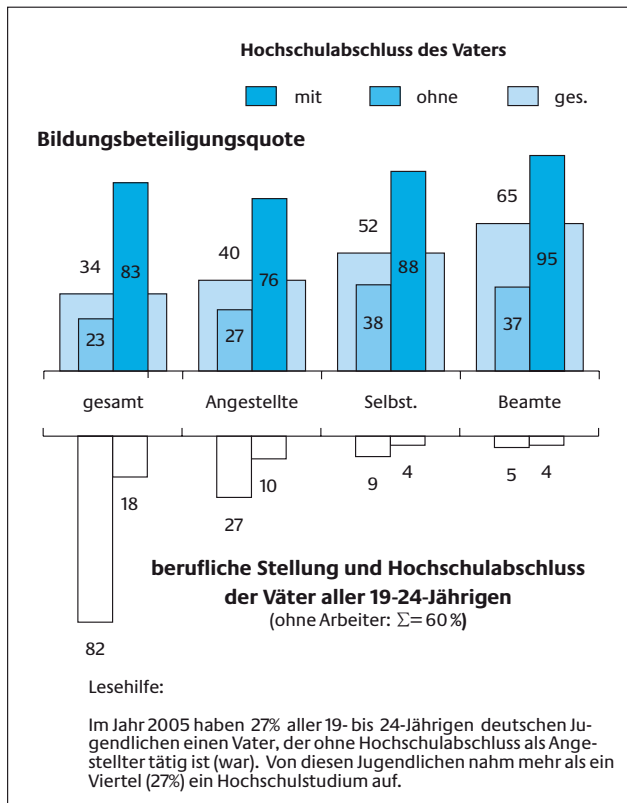
Um den Einfluss der Bildungskomponente innerhalb der heterogenen Kategorien zur beruflichen Stellung zumindest ansatzweise sichtbar zu machen, wird im Folgenden wiederum danach unterschieden, ob der Vater einen Hochschulabschluss erworben hat oder nicht.

Wie bereits für die Bildungsbeteiligung an Schwelle 2 (gymnasiale Oberstufe/Klassen 11-13) gezeigt wurde, verblassen unter Hinzunahme dieses Merkmals die Effekte der beruflichen Stellung auf die Studienbeteiligung der Kinder weitgehend. Die Bildungsbeteiligungsquote des Nachwuchses von Beamten ohne Hochschulabschluss ist genauso hoch wie die Quote der Kinder von Selbständigen ohne Studium (Bild 3.7). Der Abstand beider Gruppen zu den Kindern von nicht-akademischen Angestellten beträgt nur noch etwa 10 %.

Im Kontrast dazu ist die Bildungsbeteiligung von Kindern aus Akademikerfamilien in allen drei betrachteten Gruppen um ein Vielfaches höher. Die Frage, ob ein Kind ins Studium gelangt oder nicht, ist demnach zuallererst eine Frage des Bildungsstatus des Elternhauses – und hier vor allem eine des akademischen Hintergrunds – und nur nachrangig eine der beruflichen Stellung.

Wie stark die Unterschiede vom Bildungsstand getragen werden, lässt sich anhand der Anteile an Akademikern innerhalb der Angestellten, Selbständigen und Beamten veranschaulichen. In der altersspezifischen Bevölkerung hat von den Vätern, die als Angestellte tätig sind (waren), etwa jeder vierte einen Hochschulabschluss (Bild 3.7, unterer Diagrammteil: berufliche Stellung aller Väter). Von den Selbständigen hat mehr als jeder dritte studiert und von den verbeamteten Vätern sogar fast die Hälfte.

Bild 3.7 Schwelle 4: Beteiligung der 19-24-Jährigen an Hochschulen nach beruflicher Stellung des Vaters 2005 – Vergleich von Vätern mit und ohne Hochschulabschluss 2005 (Studienanfängerquoten) in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Die Quoten für die Bildungsbeitragsquote „gesamt“ schließen die berufliche Stellung „Arbeiter“ mit ein. Aufgrund der geringen Anzahl an Arbeitern mit Hochschulabschluss können keine entsprechend differenzierten Quoten ausgewiesen werden.

Quellen: StBA, Sonderauswertung Mikrozensus 2005; eigene Berechnungen

Hinter der Stufung der Bildungschancen nach beruflicher Stellung steht demzufolge realiter ihre Stufung nach elterlichem Bildungsstatus. Die verbleibenden Disparitäten, vor allem die zwischen den drei Gruppen mit Hochschulabschluss, zeigen jedoch auch, dass die berufliche Stellung keineswegs gänzlich ohne Relevanz für das Bildungsverhalten ist. So weisen unter den Akademikern die Kinder der Beamten noch immer die mit Abstand höchste Bildungsbeitragsquote auf. Die weitere Reihenfolge – zunächst die Selbständigen-, dann die Angestelltenkinder – bleibt auch hier erhalten.

3.4.3 Bildungstrichter

Die Folgen der in den Bildungsbiographien bis zum Studieneintritt wirksamen sozialen Selektion können anhand einer schematischen Darstellung in Form des so genannten Bildungstrichters veranschaulicht werden. Im Unterschied zu vorherigen Sozialerhebungen werden im Bildungstrichter die Studierenden danach unterschieden, ob ihr Vater einen Hochschulabschluss erworben hat oder nicht. Das Bild 3.8 kann deshalb nicht mit den entsprechenden Abbildungen älterer Sozialerhebungen verglichen wer-

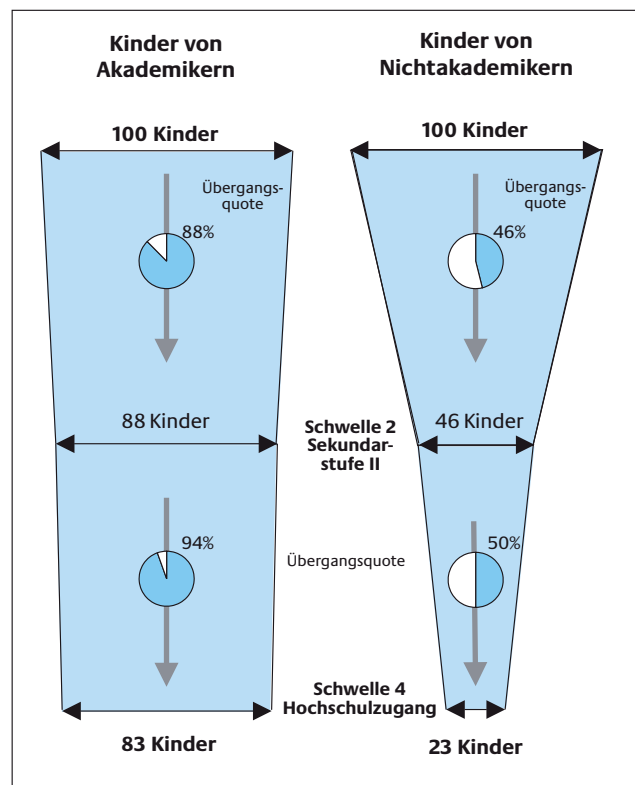
den, die zwischen den sozialen Herkunftsgruppen „hoch“ und „niedrig“ differenziert haben.

Mit einem Extremgruppenvergleich – zwischen jeweils 100 Kindern von Akademikern auf der einen und 100 Kindern von Vätern ohne Hochschulabschluss auf der anderen Seite – kann gezeigt werden, dass die Chancen auf den Besuch einer weiterführenden Schule für Kinder aus hochschulfernen Schichten bereits beim Übergang zu Schwelle 2 deutlich reduziert sind.

Kinder von Akademikern haben eine fast doppelt so große Chance, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen, im Vergleich zu denen, deren Vater nicht studiert hat (88 % vs. 46 %). Die Klassenstufen 11-13 erreicht zu haben, ist dann für fast alle Kinder aus dieser Gruppe gleichbedeutend mit der Studienaufnahme. 94 % der Akademikerkinder aus der gymnasialen Oberstufe gehen weiter bis zur Hochschule. Mit 83 % ist ihre Studienanfängerquote dreieinhalb Mal (Odds Ratio= 3,6) so hoch wie die der Kinder von Nichtakademikern (23 %). Für Letztere verengt sich nach dem Sekundarbereich II der Bildungsweg weiter, es gelangt nur jede/r Zweite zur Hochschule (Übergangsquote: 50 %).

Die Bildungsbiographie besteht also aus einer Mehrfachselektion, in deren Ergebnis die Chancen zum Beispiel der Kinder von Akademikern und der von Nicht-Akademikern zunehmend auseinander driften.

Bild 3.8 Bildungstrichter 2005: Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeitragsquote von Kindern nach akademischem Abschluss des Vaters in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Quellen: StBA, Sonderauswertungen Mikrozensus 2001 und 2005; HIS-Studienanfängerbefragung 2005, eigene Berechnungen

3.5 Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung

Die soziale Zusammensetzung aller Studienanfänger/innen ist im Wesentlichen das Ergebnis der sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligung und der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung.

Wie groß die Anzahl der Kinder aus einer bestimmten Sozialgruppe ist, die ein Studium aufnehmen, hängt nicht nur von ihrer Bildungsbeteiligungsquote ab, sondern auch vom Umfang der jeweiligen sozialen Gruppe. Im Jahr 2005 gab es beispielsweise 349.000 Arbeiterkinder im Alter zwischen 19 und unter 25 Jahren – also in den Jahrgängen, aus denen sich Studienanfänger/innen hauptsächlich rekrutieren. Von diesen Arbeiterkindern nahmen 17 % ein Hochschulstudium auf. Dies ergibt 59.000 Studienanfänger/innen, deren Vater Arbeiter ist (Bild 3.9).

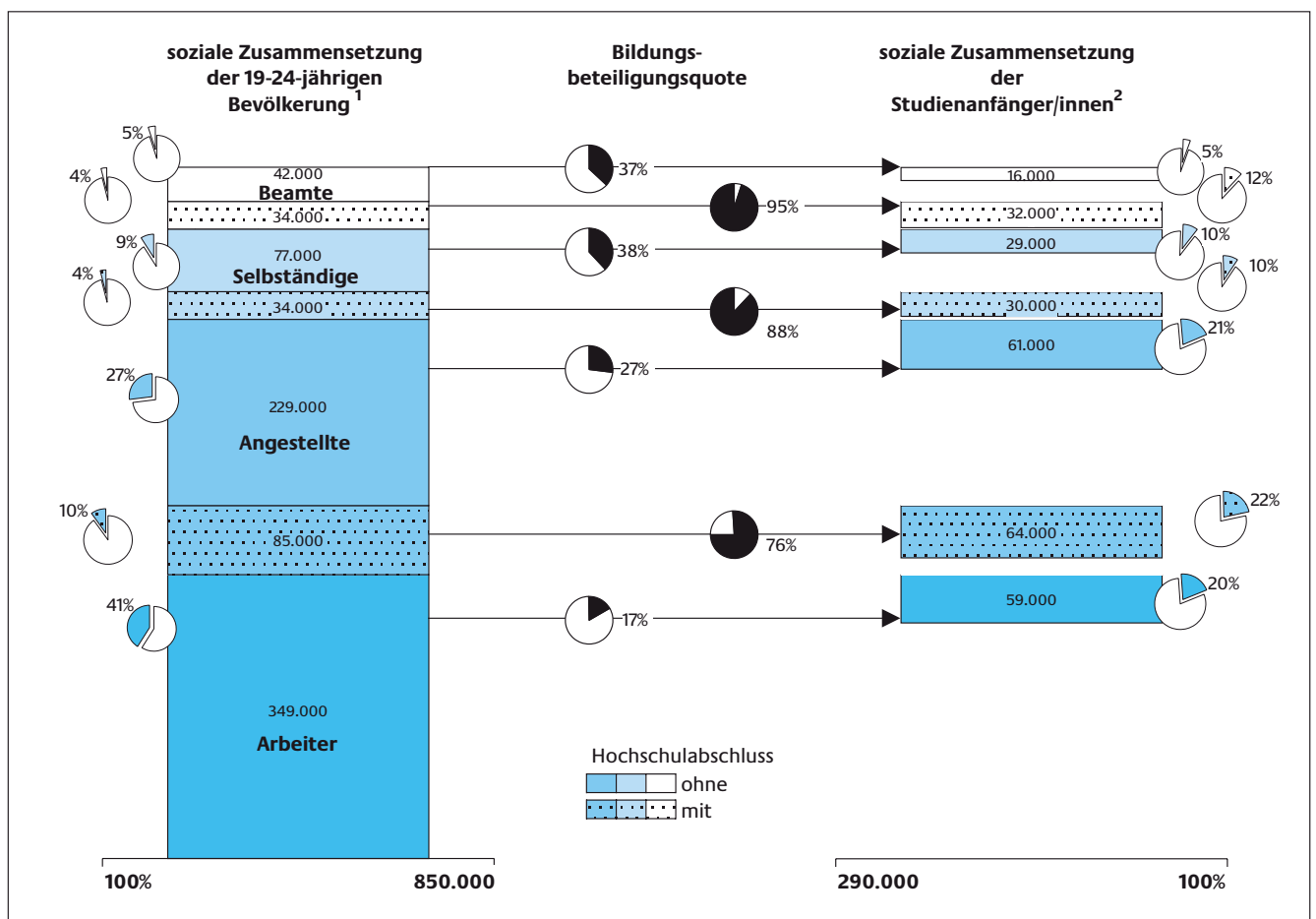
Die geringfügig kleinere Gruppe der Kinder von Angestellten (314.000 insgesamt, darunter 85.000 mit Hochschulabschluss) im

typischen Alter stellt aufgrund ihrer insgesamt mehr als doppelt so hohen Bildungsbeteiligungsquote (40 % insgesamt, 76 % mit Hochschulabschluss) mit einer Zahl von 125.000 mehr als doppelt so viele Studienanfänger/innen. Die relativ kleinen Gruppen der Beamten- und Selbständigenkinder weisen noch deutlich höhere Bildungsbeteiligungsquoten (insgesamt: 65 % bzw. 52 %; mit Hochschulabschluss: 95 % bzw. 88 %) auf und entsenden daher in etwa so viele Studierende ins Studium (insgesamt: 48.000 bzw. 59.000) wie die um ein Mehrfaches größere Gruppe der Arbeiter.

Die insgesamt 290.000 deutschen Studienanfänger/innen im Studienjahr 2005/2006 setzen sich demnach zu 17 % aus Beamten-, zu 20 % aus Selbständigen-, zu 43 % aus Angestellten- und zu 20 % aus Arbeiterkindern zusammen.

Gemessen an ihrem Anteil in der altersspezifischen Bevölkerung sind Beamtenkinder jedoch mit einem Faktor von 1,8 an den Hochschulen überrepräsentiert (9 % in der Bevölkerung vs. 17 % unter den Studienanfängern/innen). Die Kinder von Selbständigen erzielen mit 20 % einen Anteil unter den Erstsemestern, der

Bild 3.9 Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung 2005 nach akademischem Abschluss des Vaters
nur Deutsche, absolut und in%



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Synthetischer Bezugsjahrgang (durchschnittliche Jahrgangsstärke der 19-24-jährigen deutschen Bevölkerung in Deutschland), (Werte gerundet)

² Deutsche Studienanfänger/innen im Studienjahr 2005/06 an Universitäten, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen (Werte gerundet)

Quellen: StBA: Bevölkerungszahlen; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertung des Mikrozensus 2000; HIS: Studienanfängerbefragung WS 2005/06

anderthalb mal so groß ist wie ihr Anteil in ihrer Alterskohorte (13 %). Angestelltenkinder sind mit einem Faktor von 1,2 ebenfalls noch leicht überrepräsentiert (43 % zu 37 %).

Die einzige der hier betrachteten Sozialgruppen, die im Studienanfängerjahrgang 2005 deutlich zu wenig vertreten ist, sind die Arbeiterkinder. Ihr Anteil ist nur halb so groß wie in der altersgleichen Bevölkerung (20 % zu 41 %).

Trotz Veränderungen beispielsweise in der Sozialstruktur Gleichaltriger, in der absoluten Größe der Sozialgruppen und in der sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligung, die sich in den letzten zwei Jahrzehnten vollzogen haben (siehe Langfas-

sung des Berichtes zur 18. Sozialerhebung), blieb die Sozialstruktur der Studienanfänger/innen davon nahezu unberührt:

Die Anteile beider Gruppen haben sich lediglich jeweils um einen Prozentpunkt erhöht. Der soziale Wandel, der außerhalb der Hochschulen stattfindet, wirkt offenbar kaum in sie hinein. Primäre und sekundäre Effekte sozialer Ungleichheit, die der Hochschule zeitlich vorgelagert sind, erweisen sich offenbar als sehr nachhaltig. Die soziale Binnenstruktur der Studierenden war seit den 1980er Jahren vor weiteren größeren Veränderungen abgeschottet und blieb weitgehend unverändert.

4. Sozio-demographische Merkmale der Studierenden

Daten zur demographischen und sozialen Zusammensetzung der Studierenden und zur Entwicklung ihres Sozialprofils im Zeitverlauf liefern wichtige Informationen zum besseren Verständnis zahlreicher Befunde zur Studien- und Lebenssituation. Außerdem geben sie Aufschluss darüber, wie sich gesellschaftliche Veränderungen, zum Beispiel bildungspolitische Maßnahmen oder ein Wandel im Bildungs(wahl)verhalten aufeinander folgender Generationen, auf die studentische Sozialstruktur auswirken. Im vorliegenden Kapitel werden dazu sowohl Daten der amtlichen Statistik aufbereitet (Geschlecht) als auch Ergebnisse der Sozialerhebung vorgestellt (Alter, Familienstand, sozio-strukturelle Herkunftsmerkmale).

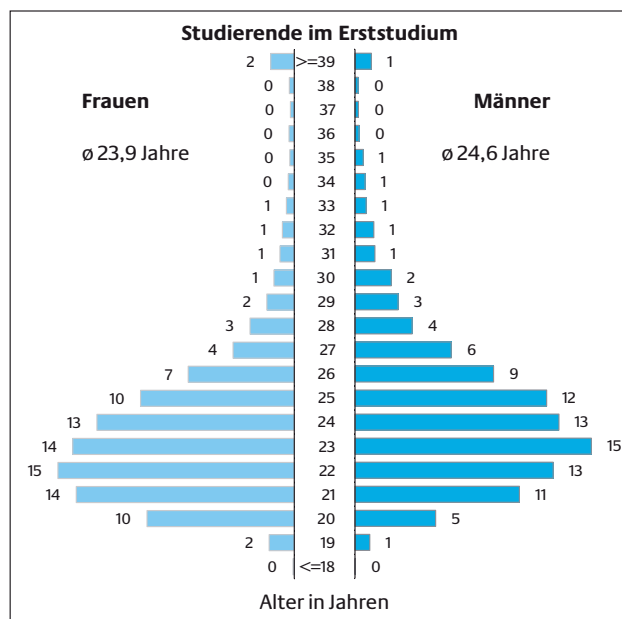
Zu den demographischen Merkmalen, die die Lebens- und Studiensituation am stärksten beeinflussen, gehören Alter und Geschlecht. Beide askriptive Merkmale stehen in engem Zusammenhang mit dem Status der Studierenden in Bezug auf ihre Partnerbeziehung und Elternschaft, was anhand aktueller Befunde gezeigt werden wird (zur Zusammensetzung der Studierenden nach Geschlecht siehe Kapitel 2).

4.1 Altersstruktur

Studierende an den Hochschulen in Deutschland sind im Durchschnitt 24,9 Jahre alt. Studierende im Erststudium haben ein durchschnittliches Alter von 24,3 Jahren. Unter ihnen sind diejenigen in einem Bachelor-Studiengang erwartungsgemäß die jüngsten (Ø 23,0 Jahre), Studierende eines Diplomstudiengangs an Fachhochschulen die ältesten (Ø 25,3 Jahre). Im postgradualen Studium beträgt das durchschnittliche Alter 31,2 Jahre. Im Vergleich zur 17. Sozialerhebung blieb das Alter im Erststudium nahezu unverändert (Sommersemester 2003: 24,4 Jahre). Der seit 1997 beobachtete Trend zur Verjüngung hat sich demnach nicht weiter fortgesetzt.

Studentinnen sind im Mittel jünger als Studenten – und das sowohl im Erst- als auch im postgradualen Studium. Anhand des Altersbaumes (Bild 4.1) wird für das Erststudium ersichtlich, dass hierfür der frühere Einstieg der Frauen ins Studium die Ursache ist (vgl. zu Verzögerung der Studienaufnahme Kapitel 2.2.3). Der Altersunterschied zwischen Männern und Frauen, der im Erststu-

Bild 4.1 Altersstruktur der Studierenden
Deutsche und Bildungsinländer, in % je Altersgruppe, arithm. Mittel in Jahren



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

dium noch 0,7 Jahre beträgt, umfasst bei Studierenden im postgradualen Studium ein ganzes Jahr.

4.2 Familienstand

Seit Jahren ist eine relativ gleich bleibende Zusammensetzung der Studierenden in Bezug auf ihren Familienstand bzw. Partnerschaftsstatus zu beobachten: Etwas mehr als die Hälfte (52 %) ist unverheiratet und hat eine feste Partnerschaft. Ohne feste/n Partner/in sind etwa zwei Fünftel (43%). Der Anteil der Verheirateten ist konstant gering (5 %).

Frauen sind deutlich häufiger als Männer partnerschaftlich gebunden, von ihnen leben nur 37 % ohne feste Partnerschaft (Männer 49 %). Studierende Bildungsinländer/innen sind einerseits zwar häufiger verheiratet als deutsche Studierende, anderer-

seits jedoch auch häufiger ohne feste/n Partner/in, was auch Ausdruck einer stärkeren Koppelung von Partnerschaft und Ehestand ist.

Der Familienstand steht auch bei den Studierenden erwartungsgemäß in Zusammenhang mit ihrem Lebensalter. Je älter die Studierenden sind, desto geringer wird der Anteil derer ohne feste Partnerschaft.

4.3 Studierende mit Kind

Studierende mit Kind sind ein Schwerpunktthema der 18. Sozialerhebung. Die Befragung umfasste einen Sonderbogen, mit welchem ihre Lebenssituation vertiefend erfasst wurde. Zu den Befunden wird ein gesonderter Bericht erstellt. Der vorliegende Hauptbericht zur Sozialerhebung enthält deshalb nur einen kurzen statistischen Überblick.

Im Sommersemester 2006 hatten 7 % aller Studierenden ein Kind (Bild 4.2). Im Jahr 2003 betrug dieser Anteil 6 %. Die geringfügige Erhöhung des Anteils an Eltern ist darauf zurückzuführen, dass aktuell mehr Studentinnen mit Kind immatrikuliert sind als noch vor drei Jahren (2006: 8 % im Vgl. zu 7 % 2003). Unter den Studenten ist der Anteil an Vätern mit 6 % konstant geblieben.

Von den Studierenden im Erststudium haben nur 5 % bereits (mindestens) ein Kind. Dagegen gehört etwa jede/r Fünfte in einem postgradualen Studiengang zu den Studierenden mit Kind – Frauen auch hier häufiger als Männer (Bild 4.2).

Die unterschiedlichen Quoten an Studierenden mit Kind hängen in erster Linie jedoch mit dem Alter zusammen. Von den jüngsten Studierenden haben nicht einmal 1 % ein Kind, ab Mitte 20 erhöht sich dieser Prozentsatz und insbesondere Studentinnen beginnen, eine Familie zu gründen. Im Alter von 28-29 Jahren sind 10 % der Studenten und fast 18 % der Studentinnen bereits Eltern.

Bild 4.2 Studierende mit Kind
in %

Merkmale	insgesamt	männlich	weiblich
Insgesamt	7	6	8
Erststudium	5	5	6
postgraduales Studium	20	17	22
Alter in Jahren			
bis 21	1	0	1
22-23	2	2	2
24-25	3	2	4
26-27	6	4	8
28-29	13	10	18
30 und älter	35	28	45

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

4.4 Soziale Herkunft der Studierenden

Zum sozialen Profil der Studierenden gehören neben Merkmalen der Studierenden selbst (Alter, Geschlecht, Familienstand) auch Charakteristiken ihrer familialen Herkunft. Letztere werden im

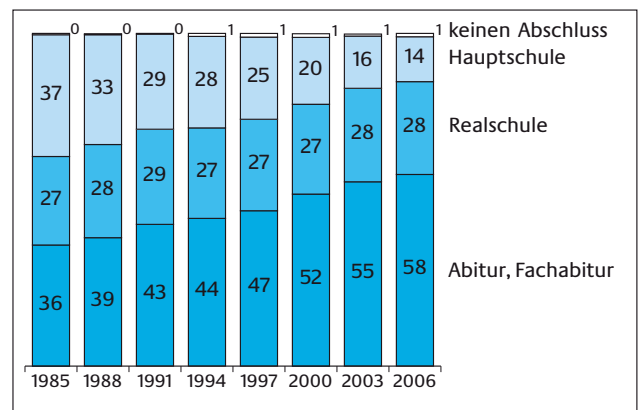
Rahmen der Sozialerhebung anhand von Informationen zur allgemeinen und beruflichen Bildung bzw. zur Berufstätigkeit ihrer Eltern erfasst.

Schul- und Ausbildungsabschluss der Eltern

Die schulischen und beruflichen Abschlüsse der Eltern sind die Grundlage zur Bestimmung der Bildungsherkunft der Studierenden. Dabei wird nachfolgend das jeweils höchste Bildungsniveau, das im Elternhaus besteht, als Merkmal verwendet.

Von den Studierenden im Sommersemester 2006 haben weit mehr als die Hälfte (58 %, Bild 4.3) Eltern, die eine Hochschulreife erworben haben. Dieser Anteil ist im Vergleich zu 2003 erneut gestiegen (drei Prozentpunkte). Bei gleich bleibendem Prozentsatz an Eltern mit Realschulabschluss ging diese Entwicklung ausschließlich zu Lasten des Anteils an Studierenden aus Familien mit Hauptschulabschluss, der erneut zurückgegangen ist. Damit wird der seit Jahren zu beobachtende Trend einer höheren (Schul-)Bildung in den Herkunftsfamilien Studierender fortgesetzt.

Bild 4.3 Höchster Schulabschluss der Eltern 1985-2006¹
in %²



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschließlich neuer Länder; ab 2006 einschließlich Bildungsländer/innen
² Rundungsdifferenzen möglich

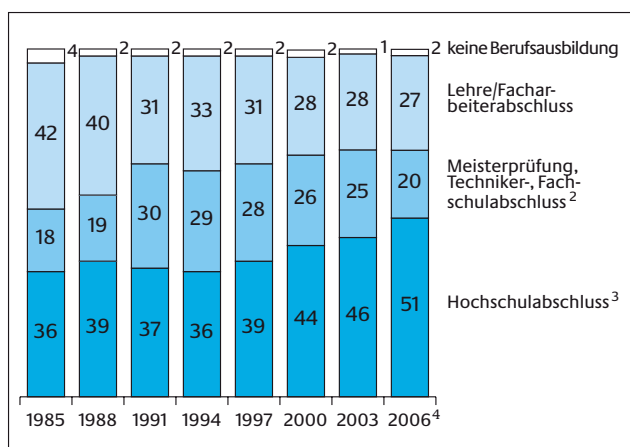
Zur Erklärung hierfür ist zum einen auf soziale Selektionsprozesse im Verlaufe des Bildungsweges bis hin zur Hochschule zu verweisen (siehe Kap. 3), zum anderen spiegelt sich hierin die Entwicklung des Bildungsniveaus der gesamten Bevölkerung wider.

An Universitäten ist eine andere Sozialstruktur vorzufinden als an Fachhochschulen, wie sich u. a. an den schulischen Abschlüssen der Eltern Studierender zeigt. Fachhochschulen bzw. die von ihnen angebotenen Studiengänge werden vorzugsweise von hochschulferneren Schichten zum bildungsbezogenen Aufstieg genutzt. Dafür spricht zum Beispiel die Tatsache, dass an Fachhochschulen weniger als die Hälfte der Studierenden Eltern mit Hochschulreife haben (47 %), aber jeder Dritte (34 %) Eltern mit einem Realschulabschluss und sogar ein Fünftel (19 %) der Eltern maximal die Hauptschule absolviert haben. Deutlich anders ist das Bild an den Universitäten, wo 62 % der Studierenden einer Familie mit Hochschulreife entstammen.

Berufliche Bildung der Eltern

Im Sommersemester 2006 kam jeder zweite Studierende aus einem Elternhaus, in dem zumindest ein Elternteil über einen Hochschulabschluss verfügt (Bild 4.4). Ein Viertel der Studierenden hat Eltern, die beide studierten. Die Eltern in mehr als jeder vierten Herkunftsfamilie haben eine Lehre absolviert bzw. einen Facharbeiterabschluss (27 %) erworben. In jedem fünften Elternhaus ist eine Meisterprüfung, der Abschluss einer Technikerschule bzw. einer Fachschule die höchste berufliche Qualifikation (20 %).

Bild 4.4 *Höchster beruflicher Abschluss der Eltern 1985-2006¹ in %*



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschließlich neue Länder; ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen
² in den Jahren 1991-2003 waren Ingenieurschule und Handelsakademie hier zugeordnet
³ 1985 und 1988 einschließlich Ingenieurschule und Handelsakademie (Vorläufer der Fachhochschulen)

Wie bereits anhand des Schulabschlusses aufgezeigt, unterscheidet sich die Bildungsherkunft der Studierenden an Universitäten von solchen an Fachhochschulen auch bezogen auf die berufliche Qualifikation der Eltern – und zwar in gleicher Richtung, das heißt, die Eltern der Studierenden an Universitäten sind tendenziell höher qualifiziert.

Berufliche Stellung der Eltern

Analog zu den demographischen Standards wird die berufliche Stellung der Eltern anhand der vier sozialversicherungsrechtlichen Kategorien Arbeiter, Angestellte, Beamte und Selbständige erfasst. Unterhalb dieser Kategorien wird je nach Qualifikationsanforderungen bzw. Einkommen weiter differenziert. Wenn die Eltern zum Befragungszeitpunkt nicht (mehr) am Erwerbsleben teilhaben, sollten die Studierenden deren zuletzt ausgeübten Beruf angeben.

Die Ergebnisse zur beruflichen Stellung der Eltern sind seit Jahren äußerst stabil. Die Mehrheit der Eltern Studierender sind als Angestellte beschäftigt (gewesen): Mütter mit 62 % deutlich häufiger als Väter mit 42 %. Mütter bekleiden hierbei überwiegend mittlere Positionen, ein relativ großer Teil übt ausführende Tätigkeiten aus. Väter dagegen haben vergleichsweise häufig gehobene Positionen bzw. eine leitende Stellung inne.

Jeweils ein Fünftel der Väter ist als Arbeiter beschäftigt bzw. selbstständig oder freiberuflich tätig. Der Beamtenstatus ist unter Vätern häufiger anzutreffen als unter Müttern (18 % vs. 12 %). Mütter sind etwa gleich häufig als Arbeiterin beschäftigt, selbstständig oder freiberuflich tätig oder Beamtin (zwischen 12 % bzw. 11 %).

Soziale Herkunftsgruppe

Aus den drei dargestellten Merkmalen des Elternhauses (höchster allgemein bildender Abschluss, höchster berufsqualifizierender Abschluss, berufliche Stellung der Eltern) wird für die Berichterstattung zu den Sozialerhebungen traditionell das Konstrukt „soziale Herkunftsgruppe“ gebildet mit den vier Ausprägungen „hoch“, „gehoben“, „mittel“ und „niedrig“. Das Konstrukt beschreibt – ebenso wie die zur Bildung herangezogenen Einzelvariablen – vertikale Ungleichheiten zwischen den Studierenden. Es abstrahiert von horizontalen Disparitäten (wie z. B. Lebensstilen, Habitusmustern, Wertorientierungen, Bildungsaspirationen), die nicht zum Design der Studie gehören.

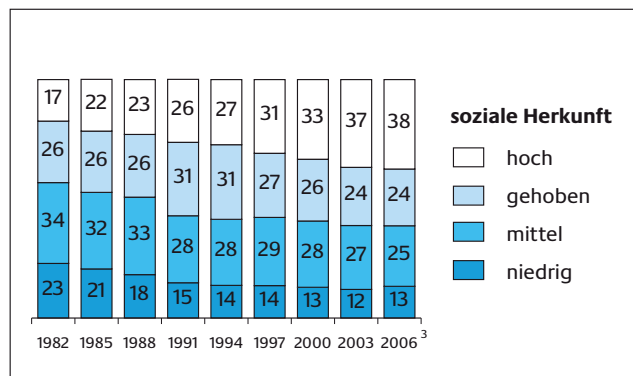
Die Zusammenfassung der eng assoziierten Herkunftsmerkmale in dem Konstrukt „soziale Herkunftsgruppen“ ermöglicht eine relativ konzentrierte Überprüfung der Bedeutung des familialen Hintergrunds Studierender. Vielfältige Ergebnisse zu den Themen der Sozialerhebung – beispielsweise zur Studienfinanzierung (Kapitel 6), zum Zeitbudget (Kapitel 9), zur Erwerbstätigkeit (Kapitel 10) und zur Einstellung gegenüber dem Studium – zeigen, dass dem Merkmal „soziale Herkunft“, wie es hier verwendet wird, nach wie vor eine zentrale Erklärungskraft zukommt.

Veränderungen im Zeitverlauf

Die meisten der Studierenden des Sommersemesters 2006 kommen aus der Herkunftsgruppe „hoch“ (38 %, Bild 4.5). Jeweils ein Viertel gehört der Herkunftsgruppe „gehoben“ bzw. „mittel“ an (24 % bzw. 25 %). Diese Zusammensetzung hat sich in den letzten drei Jahren nur geringfügig verändert.

Diese Veränderungen sind zum Teil auf die Einbeziehung studierender Bildungsinländer/innen in die Stichprobe zurückzuführen, wie ein Vergleich ihrer Zugehörigkeit zu den Herkunftsgruppen

Bild 4.5 *Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden nach Herkunftsgruppen 1982-2006¹ in %²*



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschließlich neue Länder
² Rundungsdifferenzen möglich
³ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

pen mit den deutschen Studierenden zeigt. Die Herkunftsfamilien von Bildungsinländer/innen gehören dreieinhalb Mal so häufig zur Gruppe „niedrig“ (42 % vs. 12 %), was zu einem geringfügigen Anstieg des Anteils dieser Herkunftsgruppe im Gesamtprofil der Studierenden geführt hat. Entsprechend seltener zählen Bildungsinländer/innen zu den übrigen drei Herkunftsgruppen. Der Zugewinn im Anteil der Herkunftsgruppe „hoch“ geht in erster Linie auf entsprechende Entwicklungen bei der Zusammensetzung der deutschen Studierenden zurück.

Die Veränderungen in der studentischen Sozialstruktur sind zum einen das Resultat der Entwicklungen bei den Beteiligungsquoten der einzelnen sozialen Gruppen an der Hochschulbildung (vgl. Kapitel 3). Sie hängen darüber hinaus jedoch auch eng mit der Entwicklung des „Rekrutierungspotentials“ zusammen, das heißt mit den oben bereits beschriebenen Veränderungen in der Bevölkerung.

Die Entwicklung in der sozialen Zusammensetzung der Studierenden verlief in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten nahezu unverändert in die gleiche Richtung: Der Anteil aus der Herkunftsgruppe „hoch“ stieg kontinuierlich an, während sich der Anteil an Studierenden vor allem aus den unteren beiden Herkunftsgruppen reduzierte.

Soziale Herkunft und Studienmerkmale

Die einzelnen Hochschularten weisen seit Jahren typische Unterschiede im sozialen Profil ihrer Studierenden auf. Die Fachhochschulen können als sozial offener charakterisiert werden, denn an ihnen sind Studieninteressierte aus hochschulfernen Schichten relativ stark vertreten. Lediglich ein Viertel der Studierenden an Fachhochschulen kommt aus der Herkunftsgruppe „hoch“, dafür sind die unteren beiden Gruppen hier überdurchschnittlich häufig anzutreffen.

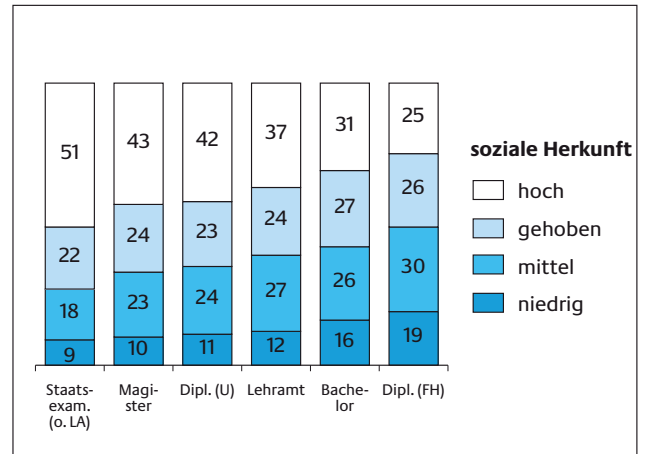
Deutlich höhere soziale Barrieren bestehen offenbar beim Zugang zu Universitäten, wo 42 % der Studierenden aus der Herkunftsgruppe „hoch“ kommen und nur jeder Zehnte der untersten sozialen Gruppe entstammt.

Für welchen Studiengang sich Studierende entscheiden, steht ebenfalls in signifikantem Zusammenhang mit ihrem sozialen Hintergrund. Studiengänge, die mit Staatsexamen (ohne Lehramt) abschließen, weisen sowohl den größten Anteil an Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ als auch den geringsten Prozentsatz Studierender aus der untersten Gruppe auf (51 % vs. 9 %, Bild 4.6).

Die soziale Zusammensetzung in Studiengängen, die einen Bachelor-Abschluss vorsehen, entspricht nicht vollständig dem Durchschnitt im Erststudium: In ihnen sind seltener Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“, dafür etwas häufiger Studierende der Herkunftsgruppen „gehoben“ bzw. „niedrig“ immatrikuliert. Diese Abweichungen sind auf den derzeitigen Stand der Reformen zurückzuführen, die vor allem an Fachhochschulen und dort insbesondere in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen am weitesten vorangeschritten sind, in denen Studierende aus hochschulfernen Schichten am häufigsten anzutreffen sind.

Die soziale Zusammensetzung in den – insgesamt noch recht wenig Studierende umfassenden – Master-Studiengängen ent-

Bild 4.6 Soziale Zusammensetzung der Studierenden je Abschlussart – ausgewählte Abschlüsse
Studierende im Erststudium, in % je Abschlussart



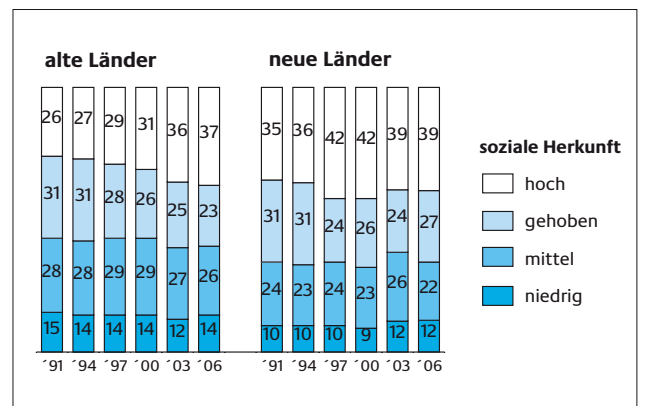
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

spricht weitgehend dem Durchschnitt der studentischen Sozialstruktur und enthält keinen Hinweis auf sozial selektiv wirkende Zugangskriterien.

Für Studierende aus unterschiedlichen Herkunftsgruppen sind Abweichungen bei den Fächerpräferenzen zu erkennen. Sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen immatrikulieren sich Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ eher in Fächergruppen wie Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Pädagogik, Psychologie oder Ingenieurwissenschaften als beispielsweise in Medizin oder Sprach- und Kulturwissenschaften.

Neben Humanmedizin gehören Physik, Astronomie, Musik, medienbezogene und künstlerische Fächer zu den von hochschulnahen Schichten bevorzugten Studienrichtungen. Hochschulfernere Sozialgruppen hingegen schreiben sich häufiger als andere in Wirtschaftswissenschaften, Sozialwesen, ingenieurwissenschaftlichen Fächern bzw. Erziehungswissenschaften ein.

Bild 4.7 Studierende in den alten und neuen Ländern nach sozialer Herkunft¹
in %²



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 2000 Berlin zu den alten Ländern; bis 2003 nur deutsche Studierende, 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen
² Rundungsdifferenzen möglich

Soziale Herkunft und Region

Studierende in den neuen Ländern kommen häufiger aus höheren Schichten als Studierende in den alten Ländern (Bild 4.7). Dieser Unterschied ist wiederholt festgestellt worden. Im Jahr 2003 war zum ersten Mal ein Absinken des Anteils der Herkunftsgruppe „hoch“ beobachtet worden, der sich 2006 erneut bestätigt.

Das gesamte vergangene Jahrzehnt betrachtend, hat sich die soziale Zusammensetzung in den neuen Ländern „nach unten“, in den alten Ländern hingegen „nach oben“ verschoben, so dass eine leichte Annäherung der Sozialprofile beider Regionen zu beobachten ist.

5. Merkmale des Studiums

5.1 Fächerstruktur und angestrebte Abschlüsse

Veränderungen in der Fächerstruktur

Die Fächerstruktur für Studierende im Erststudium hat sich gegenüber 2003 nur unwesentlich verändert. In den Ingenieurwissenschaften nahm der Anteil Studierender leicht zu und beträgt im Sommersemester 2006 gut 17%. Verglichen mit 1991 liegt dieser Anteil jedoch um sieben Prozentpunkte niedriger (Bild 5.1).

Gesunken, wenn auch nur leicht, ist der Anteil der Studierenden in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen bzw. in Studiengängen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Nach einer Zunahme in den letzten Jahren wird damit wieder der Stand von Mitte der 1990er Jahre erreicht. Die Anteile der Studierenden in den übrigen Fächergruppen bleiben gegenüber dem Jahr 2003 konstant (Bild 5.1).

Die Berücksichtigung der Bildungsinländer/innen, die seit dieser Sozialerhebung dem Berichtskreis der Sozialerhebung zu-

geordnet werden, hat keinen Einfluss auf die Verteilung der Studierenden nach Fächergruppen. Es existieren jedoch Unterschiede zwischen den Gruppen. So belegen Bildungsinländer/innen häufiger Studiengänge der Ingenieur- oder Wirtschaftswissenschaften und sind seltener in den Sozial- bzw. Sprach- und Kulturwissenschaften zu finden.

Langfristig fallen in der Veränderung der Fächerstruktur vor allem drei Trends auf: Trotz der prozentualen Abnahme des Anteils in der Fachrichtung Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in den letzten drei Jahren ist über den Zeitraum von 25 Jahren ein deutlicher Anstieg feststellbar. Demgegenüber nehmen die Anteile der Ingenieurwissenschaften über diesen Zeitraum kontinuierlich ab und stabilisieren sich erst in den vergangenen drei Jahren wieder auf niedrigem Niveau.

Weiterhin fällt die alternierende Zu- bzw. Abnahme der Studienanfängerzahlen in den Lehramtsstudiengängen auf. Während sie zwischen den Studienjahren 1998 und 2003, wie schon zum Ende der 1980er Jahre, deutlich anstiegen, fallen sie in den jeweils darauffolgenden Jahren wieder kontinuierlich ab.

Auch im Sommersemester 2006 unterscheiden sich Männer und Frauen hinsichtlich ihrer Studienfachwahl (Bild 5.2). Die Präferenzen verfestigen sich gegenüber dem Studienjahr 2002 weiter. Die deutlichsten Unterschiede finden sich in den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften und in den Sozialwissenschaften bzw. Sozialwesen, Pädagogik und Psychologie. Während in der

Bild 5.1 Fächerstruktur der Studierenden im Erststudium¹ in %²

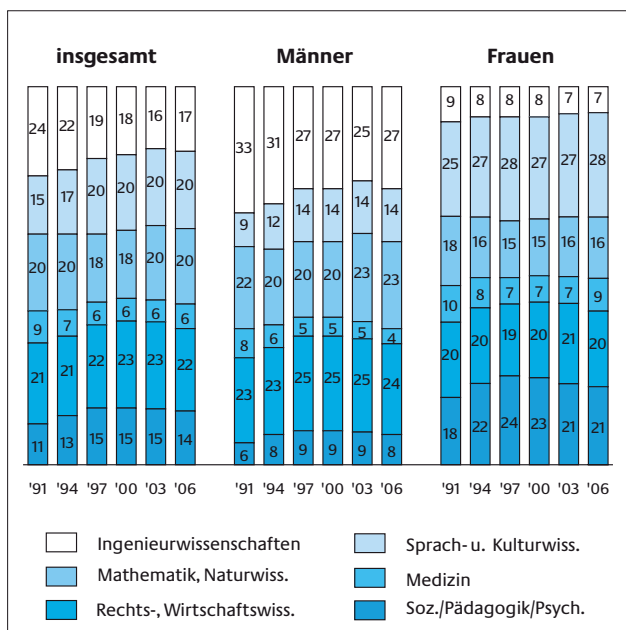
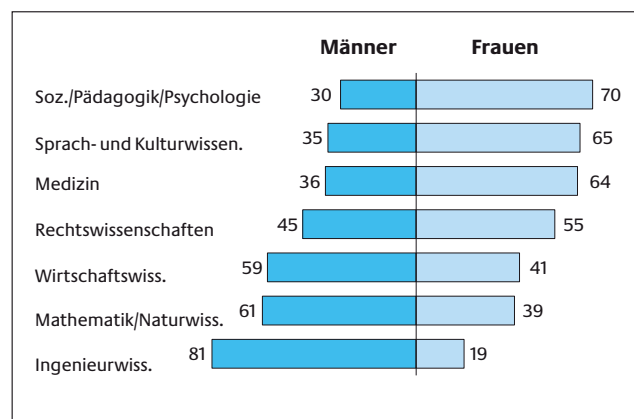


Bild 5.2 Studenten und Studentinnen je Fächergruppe Studierende im Erststudium, in %



¹ ab 2006 inkl. Bildungsinländer/innen; Medizin ab 2006 inkl. Gesundheitswissenschaften
² Rundungsdifferenzen möglich

letzten genannten Fächergruppe Studentinnen mit 70 % stark überrepräsentiert sind, überwiegen weiterhin die Männer in den Ingenieurwissenschaften deutlich.

Angestrebte Abschlüsse

Die in der Folge der Bologna-Beschlüsse eingeführte Studienstruktur wirkt sich erwartungsgemäß auf die angestrebten Abschlüsse der Studierenden aus. Auch wenn das Universitätsdiplom noch immer der am häufigsten genannte angestrebte Studienabschluss ist, nimmt aufgrund der fortschreitenden Umstellung der Anteil an Studierenden, die einen Bachelor-Abschluss anstreben, stark zu. Inzwischen sind 11 % aller Studierenden dieser Gruppe zuzuordnen; 2003 waren es lediglich 4 %.

Die zunehmende Orientierung auf Bachelorabschlüsse geht mit einer Abnahme bei den „klassischen“ Abschlüssen einher. So weisen Fachhochschul- (23 %) und Universitätsdiplome (30 %) sowie Magisterabschlüsse (9 %) einen leichten Rückgang gegenüber 2003 auf. Jeweils etwas mehr als ein Zehntel plant, das Studium mit einem Staatsexamen für ein Lehramt oder mit einem anderen Staatsexamen zu beenden.

5.2 Studienverlauf

Studiengangwechsel

Ein Studiengangwechsel gilt dann als vollzogen, wenn der ursprünglich angestrebte Abschluss, das Studienfach oder beides in Kombination gewechselt wird. Der Anteil der Studiengangwechsler/innen ist mit ca. 20 % über die Jahre konstant geblieben.

Nach wie vor gibt es deutliche Unterschiede beim Studiengangwechsel zwischen den Studierenden der Hochschularten. Etwa 22 % der Studierenden an Universitäten, aber nur 16 % der Studierenden an Fachhochschulen haben bereits einen Studiengangwechsel vollzogen.

Knapp zwei Fünftel der Studiengangwechsler/innen entscheiden sich für einen Wechsel innerhalb der Fächergruppe (39 %). Dieser Anteil variiert je nach Fächergruppe zwischen 20 % in den medizinischen Disziplinen bis zu 55 % in den Sprach- und Kulturwissenschaften.

Studienunterbrechung

Im Sommersemester 2006 weisen weniger Studierende im Erststudium eine Studienunterbrechung auf als 2003 (knapp 13 % vs. 15 %). Werden nur deutsche Studierende verglichen, die bis 2003 Bezugsgruppe der Sozialerhebung waren, fällt die Differenz mit drei Prozentpunkten noch deutlicher aus. Häufig hängen Studiengangwechsel und Studienunterbrechung zusammen. Verglichen mit den Studierenden im Erststudium, die den Studiengang nicht gewechselt haben, weisen Studiengangwechsler/innen eine dreimal höhere Unterbrecherquote auf.

Dauer und Gründe für eine Studienunterbrechung

Vier von zehn Studienunterbrechern/innen pausierten ein Semester. Ein weiteres Viertel unterbrach das Studium für zwei Semester, knapp zehn Prozent legten eine Pause von drei Semestern ein. 90 Prozent aller Unterbrechungen dauern nicht länger als sechs Semester an.

Wichtigster Unterbrechungsgrund ist, wie auch im Jahr 2003, der Zweifel am Sinn des Studiums. Ein Viertel aller Studienunterbrecher/innen gibt dies als Grund an. Besonders häufig geschieht das bei Studierenden der Sprach- und Kulturwissenschaften sowie der Fächergruppe Sozialwissenschaften/Sozialwesen/Pädagogik/Psychologie.

Weitere Gründe für eine Studienunterbrechung sind der Wunsch, andere Erfahrungen zu sammeln, und die Erwerbstätigkeit (je 23 %).

Hochschulwechsel

Der Anteil der Studierenden, die im Laufe ihres Studiums die Hochschule wechseln, ist in den letzten Jahren konstant geblieben. Er liegt auch 2006 bei knapp 15 %. Grundsätzlich kann sich ein Hochschulwechsel positiv auf die Erfahrungen und Qualifikationen der Studierenden auswirken. Die Daten der 18. Sozialerhebung zeigen jedoch, dass ein Studienfachwechsel, im Rahmen einer Studienunterbrechung oder eines Hochschulwechsels, meist in eine neue Fächergruppe führt. Dadurch steigt das Risiko, bereits angeeignete fachspezifische Kompetenzen nicht angemessen transferieren zu können.

Gründe für einen Hochschulwechsel

Die Motive, die Studierende zu einem Hochschulwechsel bewegen, sind unterschiedlich. Sowohl das Studienangebot (58 %), als auch der Wunsch nach einem Studiengangwechsel (54 %) oder persönliche Gründe (58 %) werden ähnlich häufig genannt.

Die Wechselmotive lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen. Zum Ersten können studien- bzw. karrierebezogene Motive zu einem Hochschulwechsel führen (Merkmale: Studienbedingungen, Studienangebot, Ruf der Hochschule). Zum Zweiten, wenn auch nur von einer relativ kleinen Gruppe der Wechsler/innen benannt, sind es finanzielle Motive (Lebenshaltungskosten, Studienbeiträge), und zum Dritten spielen private Gründe bei der Entscheidung für eine andere Hochschule eine Rolle (persönliche Gründe, Studiengangwechsel, attraktivere Stadt). Der Wechsel des Studienganges wird hier bei der Entscheidung für einen Hochschulwechsel bewusst in den Hintergrund gestellt.

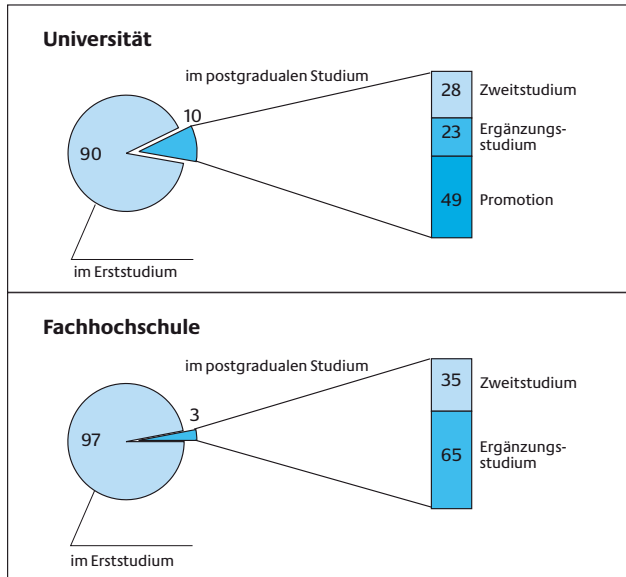
Postgraduale Studiengänge

Zu den postgradualen Studiengängen gehören das Zweitstudium, weiterführende Studiengänge — also Ergänzungs-, Zusatz- oder Aufbaustudium — und das Promotionsstudium. Etwa jeder zwölfte Studierende befindet sich in einem postgradualen Studium. Das gilt für deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen gleichermaßen. Damit ist der Trend gegenüber dem Jahr 2003, als sich jeder zehnte Studierende in einem postgradualen Studium befand, leicht rückläufig.

An Universitäten bestehen mehr Möglichkeiten, einen weiterführenden Abschluss zu erlangen, als an Fachhochschulen. Dementsprechend fällt der Vergleich der postgradualen Studiengänge nach Hochschularten zugunsten der Universitäten aus (10 % vs. 3 %). Auch die Formen des postgradualen Studiums unterscheiden sich deutlich nach besuchter Hochschulart (Bild 5.3).

Zur Aufnahme eines postgradualen Studiums können unterschiedliche Beweggründe führen. Einige Studierende nutzen ein

Bild 5.3 Anteile der Studierenden in postgradualen Studiengängen je Hochschulart in %



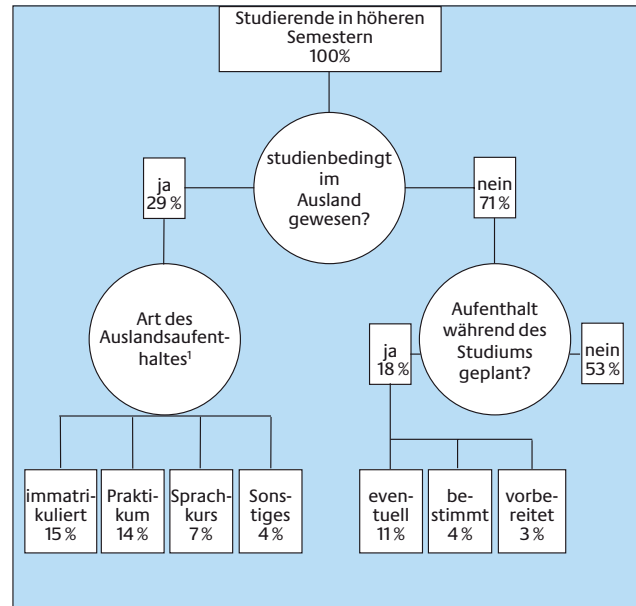
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

weiterführendes Studium als Weiter- oder Höherqualifizierung. Hierzu zählen insbesondere Studierende im Ergänzungs- oder Promotionsstudium. In diesen Studienarten befinden sich 28 % bzw. 43 % der Studierenden im weiterführenden Studium. Ein Zweitstudium absolvieren etwa 29 % der Studierenden in einem postgradualen Studiengang.

Studienbezogener Auslandsaufenthalt

Seit 1994 wird durch die Sozialerhebung festgestellt, dass der Anteil Studierender, die einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt durchgeführt haben, kontinuierlich steigt (1994: 24 %, 1997: 27 %, 2000: 29 %, 2003: 30 %). 2006 hat sich dieser Trend nicht fortgesetzt. Mit 29 % (Bild 5.12) liegt der Anteil der Studierenden mit studienbezogenen Auslandsaufenthalten in etwa auf dem Niveau von 2003 bzw. 2000. Die ausgewiesene Quote gilt auch,

Bild 5.4 Studienbezogene Auslandsaufenthalte und Auslandspläne Studierende in höheren Semestern, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Mehrfachnennungen möglich

wenn wie in den vorangegangenen Sozialerhebungen nur deutsche Studierende berücksichtigt werden.

Diese Quotenberechnung basiert auf Studierenden in höheren Semestern.⁴ Angesichts der gegenwärtig nur leicht abgeschwächten Tendenz bleibt abzuwarten, ob die Zahl der Auslandsaufenthalte zukünftig weiter zurückgeht oder ob, etwa durch den Bologna-Prozess, neue Impulse gesetzt werden können. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in einem zentralen Punkt studienbezogener Auslandsaufenthalte, dem Studium an einer ausländischen Hochschule, die Anteile der Studierenden seit 1991 kontinuierlich gestiegen sind und sich im Jahr 2006 auf dem Niveau der Ergebnisse der vergangenen Befragung stabilisieren.

⁴ Studierende an Fachhochschulen ab dem 6. Semester, an Universitäten ab dem 8. Semester.

6. Studienfinanzierung – Einnahmen der Studierenden

Beschrieben wird die finanzielle Situation der Studierenden, die sich im Erststudium befinden, ledig sind und nicht im Elternhaus wohnen (Bezugsgruppe „Normalstudent“). Hierbei handelt es sich um den Studierendentyp, der bei förderungspolitischen Überlegungen sowie unterhaltsrechtlichen Fragestellungen als Regelfall im Vordergrund steht. Die Bezugsgruppe „Normalstudent“ repräsentiert 2006, wie bereits 2003, rd. 65 % aller Studierenden.

6.1 Höhe der monatlichen Einnahmen

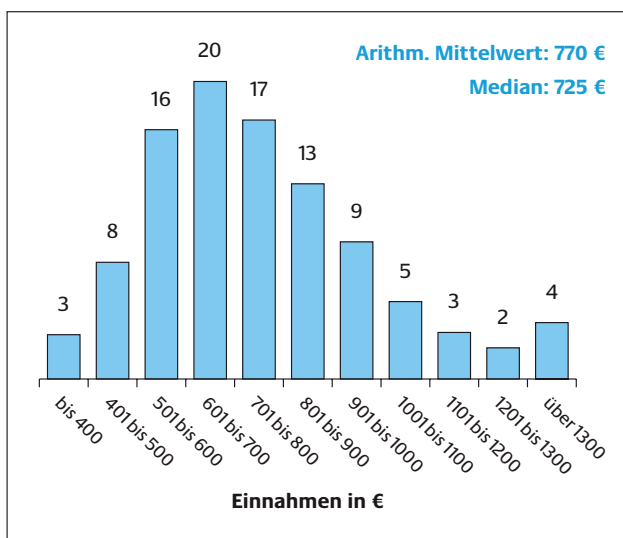
Studierende des Jahres 2006 verfügen über monatliche Einnahmen in durchschnittlicher Höhe von 770 €. Praktisch hat sich die Höhe der Einnahmen gegenüber 2003 (767 €) nicht verändert. Allerdings ist anzumerken, dass unter Berücksichtigung der Entwicklung des Verbraucherpreisindex die Kaufkraft der durchschnittlichen Einnahmen des Jahres 2006 um knapp 5 % geringer ausfällt als die der Einnahmen im Jahre 2003.

Die Spannweite der monatlich zur Verfügung stehenden Einnahmen ist beträchtlich (Bild 6.1). Die Extrempunkte der Vertei-

lung werden besetzt durch einerseits 3 % der Studierenden mit monatlichen Einnahmen bis 400 € und andererseits 4 % der Studierenden mit Einnahmen über 1.300 €.

Nach dem BAföG wird für Studierende, die nicht im Elternhaus wohnen, ein Förderungshöchstbetrag von 585 € für angemessen gehalten. Die Rechtsprechung geht hingegen von einem Bedarfssatz für solche Studierende von 640 € aus. Gemessen an diesen Bedarfssätzen liegt der Anteil der finanziell nicht adäquat ausgestatteten Studierenden bei 22 % bzw. 33 %.

Bild 6.1 Einnahmenverteilung 2006 – Studierende nach der Höhe der monatlichen Einnahmen
Bezugsgruppe „Normalstudent“, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

6.2 Herkunft der Einnahmen – Finanzierungsquellen

Die Finanzierung des Lebensunterhalts der Studierenden basiert auch 2006 vor allem auf der finanziellen Unterstützung durch das Elternhaus, dem eigenen Verdienst und der Förderung nach dem BAföG.

Die meisten Studierenden werden nach wie vor von den Eltern finanziell unterstützt. Mit 90 % hat sich der Anteil der alimentierten Studierenden gegenüber 2003 (89 %) praktisch nicht verändert. Im Durchschnitt werden den unterstützten Studierenden monatlich 448 € von den Eltern zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag liegt nominal um 3 % höher als 2003 (435 €).

Der Anteil der Studierenden, die ihren Lebensunterhalt allein mit Transferleistungen der Eltern bestreiten, liegt bei knapp 13 %. Bezogen auf diese Studierenden, beläuft sich die finanzielle Unterstützung der Eltern auf durchschnittlich 659 € pro Monat.

Nach der finanziellen Unterstützung durch das Elternhaus ist die Selbstfinanzierung durch eigenen Verdienst diejenige Finanzierungsquelle, welche die meisten Studierenden zur Bestreitung des Lebensunterhalts einsetzen. Allerdings ist festzustellen, dass mit 60 % sowohl der Anteil der Studierenden mit eigenem Ver-

dienst als auch mit 308 € der von diesen durchschnittlich monatlich eingesetzte Betrag des eigenen Verdienstes geringer ausfallen als 2003 (63 % mit 325 €).

Knapp 5 % der Studierenden verfügen ausschließlich über eigenen Verdienst. Der monatliche Verdienst dieser Studierenden liegt bei durchschnittlich 867 €.

Eine Förderung nach dem BAföG wird von knapp 29 % der Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“ in Anspruch genommen (zur BAföG-Quote unter allen Studierenden vgl. Kap. 8). Der Anteil der Geförderten in dieser Teilgruppe der Studierenden hat sich gegenüber 2003 um rd. einen Prozentpunkt erhöht. Auch der durchschnittliche Förderungsbetrag, mit dem diese Studierenden unterstützt werden, hat sich der Tendenz nach leicht erhöht (von 367 € auf 376 €).

Der Anteil der Studierenden, denen außer dem BAföG-Betrag keine weiteren Barmittel zur Verfügung stehen, liegt bei 2 %. Der Förderungsbetrag, der diesen Studierenden bewilligt wird, beläuft sich auf durchschnittlich 485 € pro Monat. Allerdings werden diese Studierenden außerdem durch die Eltern unterstützt, indem diese die Begleichung eines Teils der Lebenshaltungskosten (z. B. Zahlung der Miete) direkt übernehmen. Werden diese Aufwendungen berücksichtigt, belaufen sich die monatlichen Einnahmen dieser Studierenden auf durchschnittlich 561 €.

Neben den aufgeführten Hauptquellen der Studienfinanzierung gibt es noch eine Reihe weiterer Finanzierungsquellen, die

Bild 6.2 Finanzierungsquellen - Inanspruchnahme und geleistete Beträge
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Studierende in %, arithm. Mittelwert in €

Finanzierungsquelle	2003		2006 ¹	
	Stud.	Betrag	Stud.	Betrag
Eltern	89	435	90	448
eigener Verdienst aus Tätigkeiten während des Studiums	63	325	60	308
BAföG	27,5	367	28,9	376
eigene Mittel, die vor dem Studium erworben/angespart wurden	16	127	17	126
Verwandte, Bekannte	17	82	20	81
Waisengeld oder Waisenrente	4	214	4	221
Partner/Partnerin	3	188	3	161
Stipendium	2	318	2	328
Bildungskredit von der KfW	0,8	295	1,5	289
Kredit zur Studienfinanzierung von einer Bank/Sparkasse ²	0,9	253	0,8	411
Kredit von einer Privatperson			0,6	198
sonstige Finanzierungsquellen	3	425	3	353

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ einschließlich Bildungsinländer/innen

² einschließlich Studienkredit der KfW

von den Studierenden in Anspruch genommen werden (Bild 6.2). Die Bedeutung dieser Quellen wird im Einzelfall erheblich sein, insgesamt gesehen spielen sie aber nur eine nachgeordnete Rolle.

6.3 Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen – Finanzierungsstruktur

Studierende, denen zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts Barmittel aus nur einer Finanzierungsquelle zur Verfügung stehen, sind eine Minderheit: Lediglich 21 % der Studierenden sind in dieser Situation. Im Durchschnitt verfügen die Studierenden über Barmittel aus zwei Finanzierungsquellen. Ein gutes Drittel bestreitet den Lebensunterhalt mit Einnahmen aus drei und mehr Quellen. Die Studienfinanzierung ist demnach hauptsächlich eine Mischfinanzierung.

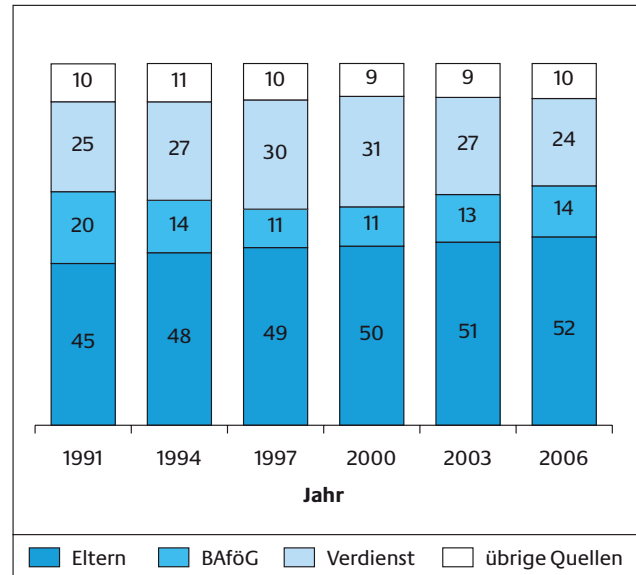
Die durchschnittliche Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen wird im Folgenden ausgewiesen als Anteil der verschiedenen Finanzierungsquellen am Gesamtbetrag der monatlichen Einnahmen (Bild 6.3). Danach stellen 2006 die Eltern mit 52 % den weitaus größten Teil der Mittel, mit denen Studierende ihre Lebenshaltungskosten bestreiten. An zweiter Stelle steht die Selbstfinanzierung der Studierenden durch eigenen Verdienst. Immerhin 24 % der gesamten Einnahmen werden von den Studierenden durch Erwerbstätigkeit neben dem Studium erzielt. Die Förderung nach dem BAföG ist durchschnittlich mit 14 % an den Einnahmen der Studierenden beteiligt, während die übrigen Finanzierungsquellen zusammengefasst 10 % beisteuern.

Verglichen mit der Situation im Jahre 2003 ist festzustellen, dass sich die steigende Tendenz des Beitrags der Eltern zu den monatlichen Einnahmen fortgesetzt hat (von 51 % auf 52 %), ebenso des Beitrags der BAföG-Förderung (von 13 % auf 14 %), während der Anteil des eigenen Verdienstes, wie bereits von 2000 nach 2003, sich nochmals verringert hat (von 27 % auf 24 %).

Längerfristig betrachtet ist der Trend offensichtlich, dass die Eltern einen sich ständig erhöhenden Anteil der studentischen Einnahmen tragen. Von 1991 bis 2006 hat sich ihr Beitrag von 45 % auf nunmehr 52 % erhöht. Der Anteil des BAföG hingegen war von 1991 bis 1997 rückläufig (von 20 % auf 11 %), stagnierte von 1997 nach 2000 und zeigt danach eine steigende Tendenz. Bei der Entwicklung des BAföG-Anteils ist allerdings zu beachten, dass im Jahre 1991 die erste gesamtdeutsche Sozialerhebung stattfand. Der zu diesem Zeitpunkt gemessene BAföG-Anteil an den monatlichen Einnahmen lag in den neuen Ländern bei 60 %. In den alten Ländern hingegen belief sich dieser Anteilswert auf 17 % und lag damit geringfügig höher als 1988 (16 %), aber deutlich unter dem 1982 ermittelten Anteil von 25 %. Bezogen auf die Studierenden in den alten Ländern war eine rückläufige Entwicklung des BAföG-Anteils an den monatlichen Einnahmen also bereits vor 1991 zu beobachten.

Der Anteil des eigenen Verdienstes an den monatlichen Einnahmen hatte von 1991 bis 2000 steigende Tendenz (von 25 % auf 31 %) – bezogen auf die Studierenden in den alten Ländern bereits seit 1982 (19 %) – und ist seit dem im Jahre 2000 erreichten Höhepunkt deutlich zurückgegangen. Mit 24 % im Jahre 2006 liegt dieser Anteil sogar unter dem 1991 gemessenen Wert.

Bild 6.3 Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach der Herkunft der Mittel
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Anteil je Finanzierungsquelle in %¹



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

6.4 Einnahmensituation nach ausgewählten Faktoren

Geschlecht

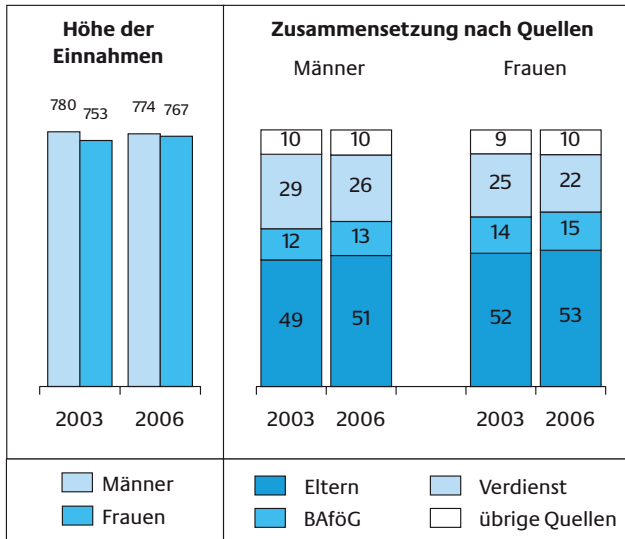
Die Höhe der Einnahmen, über die Studentinnen und Studenten 2006 monatlich im Durchschnitt verfügen, unterscheidet sich kaum (767 € vs. 774 €). Die durchschnittliche Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen differiert im Wesentlichen dadurch, dass bei den Studentinnen der jeweilige Anteil, mit dem die Eltern und das BAföG zu den Einnahmen beitragen, etwas höher liegt als bei den Studenten und der Anteil der Selbstfinanzierung durch eigenen Verdienst bei den Studentinnen niedriger ausfällt (Bild 6.4, rechte Grafik). Verglichen mit den Ergebnissen des Jahres 2003 ist anzumerken: Der Anteil der einzelnen Finanzierungsquellen an den monatlichen Einnahmen hat sich bei Studentinnen und Studenten analog entwickelt. Während der Anteil der Selbstfinanzierung zurückgegangen ist, stiegen die Anteile der anderen Finanzierungsquellen.

Alter

Mit zunehmendem Alter der Studierenden steigt der Durchschnittsbetrag der monatlichen Einnahmen – ein Befund, der seit 1982 immer wieder bestätigt wird. 2006 erhöhen sich die monatlichen Einnahmen von 681 € bei den jüngsten Studierenden (bis 21 Jahre) bis auf 977 € bei den ältesten Studierenden (30 Jahre und älter). Von Altersgruppe zu Altersgruppe ist jeweils eine deutliche Steigerung der monatlichen Einnahmen zu erkennen (Bild 6.5).

Mit zunehmendem Alter der Studierenden steigen nicht nur die monatlichen Einnahmen, sondern es verändert sich auch der Beitrag der Eltern und des eigenen Verdienstes. So sinkt der Elternbeitrag von 64 % bei den jüngsten bis auf 21 % bei den

Bild 6.4 Höhe und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach dem Geschlecht der Studierenden¹
Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittelwert in €, Quellenanteil in %



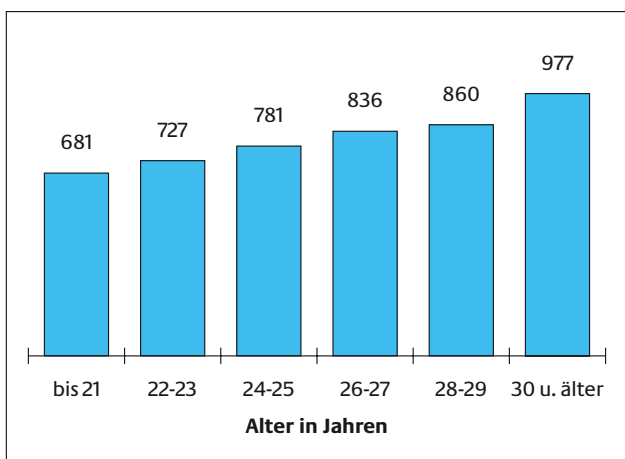
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ 2003 nur deutsche Studierende, 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

ältesten Studierenden (Bild 6.6). Umgekehrt stellt sich die Rolle des eigenen Verdienstes dar: Während bei den jüngsten Studierenden der Selbstfinanzierungsanteil bei lediglich 10% der monatlichen Einnahmen liegt, erhöht sich dieser Anteil mit dem Alter bis auf 53%.

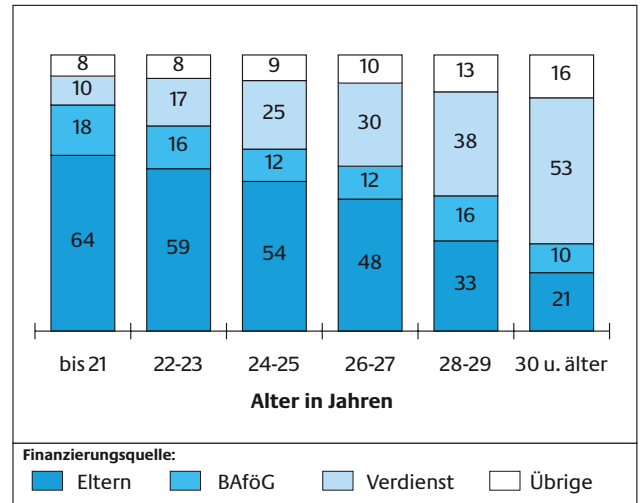
Die BAföG-Förderung variiert von Altersgruppe zu Altersgruppe mit einem Anteil an den monatlichen Einnahmen, der zwischen 10% und 18% liegt. Es ist nachzuvollziehen, dass dieser Anteil bei den jüngeren Studierenden, bei denen in der Regel noch keine BAföG-Ausschlussgründe (Fachwechsel, Fehlen eines Leistungsnachweises, Überschreiten der Förderungshöchstdauer) vorliegen, am höchsten ausfällt. Aber auch bei den älteren Studierenden (28 Jahre und älter) ist an der durchschnittlichen Zu-

Bild 6.5 Höhe der monatlichen Einnahmen 2006 nach dem Alter der Studierenden
Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittelwert in €



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Bild 6.6 Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen 2006 nach dem Alter der Studierenden
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Anteil je Quelle in %



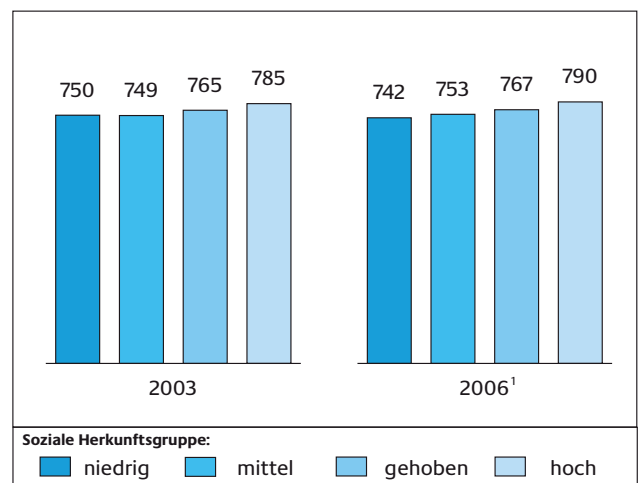
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

sammensetzung der monatlichen Einnahmen das BAföG nicht unerheblich beteiligt. Dies ist vor allem auf die elternunabhängige Förderung eines Teils der älteren Studierenden zurückzuführen.

Soziale Herkunft

Erwartungsgemäß verfügen auch 2006 die Studierenden der oberen sozialen Herkunftsgruppe über die höchsten monatlichen Einnahmen (Bild 6.7). Verglichen mit den Studierenden der beiden unteren Herkunftsgruppen haben die Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ um 6% bzw. 5% höhere Einnahmen. Mit 3% ist der Abstand zwischen den beiden oberen Herkunftsgruppen geringer, dennoch ist der Unterschied zwischen den Durchschnittsbeträgen statistisch signifikant.

Bild 6.7 Höhe der monatlichen Einnahmen nach sozialer Herkunft der Studierenden
Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittelwert in €



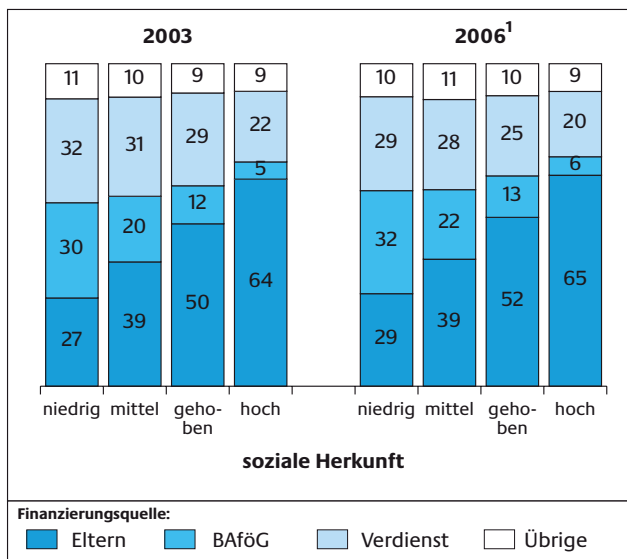
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ einschließlich Bildungsinländer/innen

Während die Unterschiede bei der Höhe der monatlichen Einnahmen zwischen den Studierenden der verschiedenen Herkunftsgruppen relativ moderat sind, zeigen sich erhebliche Differenzen bei der Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach Finanzierungsquellen. So sind Studierende der unteren Herkunftsgruppe bei der Bestreitung der Lebenshaltungskosten während des Studiums jeweils in ähnlicher Größenordnung sowohl auf die finanzielle Unterstützung durch die Eltern als auch das BAföG und den eigenen Verdienst angewiesen. Mit höherer sozialer Herkunft – damit steigender Leistungsfähigkeit der Elternhäuser – verringert sich die Abhängigkeit vom BAföG und dem eigenen Verdienst erheblich (Bild 6.8).

Die durchschnittliche Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen hat sich gegenüber 2003 bei den Studierenden der einzelnen Herkunftsgruppen ähnlich verändert. Der Anteil, mit dem die Eltern zu den monatlichen Einnahmen beitragen, hat sich erhöht, ausgenommen bei der Herkunftsgruppe „mittel“. Der BAföG-Anteil ist ausnahmslos bei den Studierenden jeder Herkunftsgruppe gestiegen. Zurückgegangen ist hingegen in allen Herkunftsgruppen der Anteil des eigenen Verdienstes an den monatlichen Einnahmen.

Bild 6.8 *Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach sozialer Herkunft der Studierenden*
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Anteil je Quelle in %



¹ einschließlich Bildungsinländer/innen

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

BAföG-Status

Werden die Studierenden danach differenziert, ob sie aktuelle oder ehemalige BAföG-Empfänger/innen sind, ihr Erstantrag auf BAföG abgelehnt wurde oder sie bisher keinen Antrag gestellt haben, ergeben sich bemerkenswerte Unterschiede im Hinblick auf die Finanzierungssituation.

Die Summe der monatlichen Einnahmen aus den jeweils zur Verfügung stehenden Finanzierungsquellen (vgl. Bild 6.10) ist mit

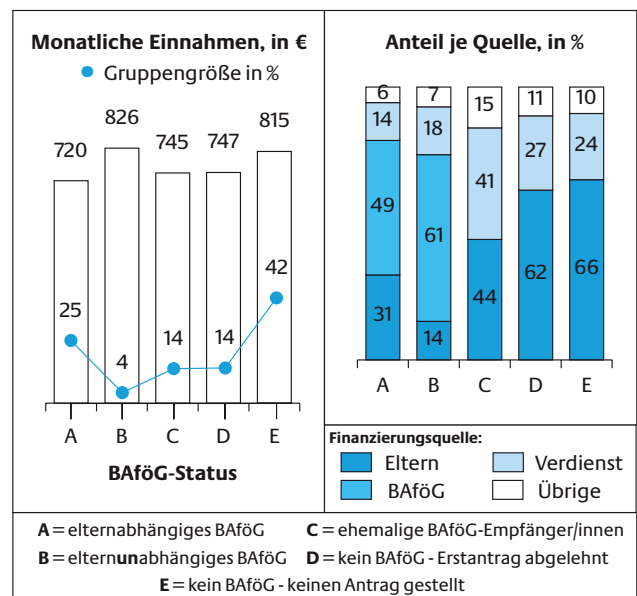
durchschnittlich 720 € bei den aktuellen BAföG-Empfängern bzw. Empfängerinnen, denen das BAföG in Abhängigkeit von der Einkommenssituation im Elternhaus nach dem Subsidiaritätsprinzip gewährt wird (elternabhängige Förderung), am niedrigsten (Bild 6.9, linke Grafik). Etwas höher sind die Einnahmen der ehemaligen BAföG-Empfänger/innen, also derjenigen, die in früheren Phasen des Studiums gefördert wurden, mit durchschnittlich 745 €. Auf dem gleichen Niveau liegen die Einnahmen solcher Studierenden, die in Erwartung einer BAföG-Förderung einen Erstantrag stellten, der aber abschlägig beschieden wurde. Über die höchsten monatlichen Einnahmen verfügen Studierende, deren finanzieller Hintergrund einen BAföG-Antrag bisher unnötig machte (815 €), sowie die relativ kleine Gruppe der BAföG-Empfänger/Empfängerinnen, deren Eltern nicht mehr unterhaltspflichtig sind und die deshalb elternunabhängig gefördert werden (826 €).

Bei den aktuellen BAföG-Empfängern/Empfängerinnen wird der weitaus größte Teil der monatlichen Einnahmen durch die staatliche Förderung ermöglicht. Ein deutlich kleinerer Anteil der Einnahmen, im Vergleich mit den übrigen Studierenden, wird von den BAföG-Empfängern/Empfängerinnen mit eigenem Verdienst bestritten (Bild 6.9, rechte Grafik).

Die höchste Selbstfinanzierungsquote haben ehemalige BAföG-Empfänger/Empfängerinnen. 41% ihrer Einnahmen werden von ihnen selbst durch Erwerbstätigkeit neben dem Studium erwirtschaftet. Hier liegt der Schluss nahe, dass der größte Teil dieser Gruppe, nämlich die drei Viertel, die monatlich im Durchschnitt 399 € verdienen (Bild 6.10), ohne eigenen Verdienst das Studium wahrscheinlich nicht fortsetzen könnte.

Bei Studierenden, die elternabhängig nach dem BAföG gefördert werden, ist anzunehmen, dass die Eltern finanziell in der

Bild 6.9 *Höhe und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach dem BAföG-Status*
Bezugsgruppe „Normalstudent“



A = elternabhängiges BAföG C = ehemalige BAföG-Empfänger/innen
 B = elternunabhängiges BAföG D = kein BAföG - Erstantrag abgelehnt
 E = kein BAföG - keinen Antrag gestellt

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Bild 6.10 Inanspruchnahme der Finanzierungsquellen nach dem BAföG-Status
Bezugsgruppe „Normalstudent“

BAföG-Status Finanzierungs- quelle	Es erhielten ... (Stud. in %)		Betrag (Arithm. Mittelwert in €)	
	2003	2006 ¹	2003	2006 ¹
elternabhängige Förderung				
Eltern	89	87	255	258
BAföG	100	100	345	355
Verdienst	53	50	203	200
Übrige	33	35	119	119
elternunabhängige Förderung				
Eltern	58	63	175	185
BAföG	100	100	512	504
Verdienst	57	61	243	237
Übrige	33	33	185	179
ehemalige BAföG-Empfänger/innen				
Eltern	80	86	361	384
Verdienst	77	76	448	399
Übrige	44	48	243	234
nie BAföG erhalten – Erstantrag abgelehnt				
Eltern	94	94	469	493
Verdienst	72	67	320	306
Übrige	41	42	170	187
nie BAföG erhalten – keinen Antrag gestellt				
Eltern	94	94	555	575
Verdienst	63	59	345	333
Übrige	39	43	198	185

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ einschließlich Bildungsinländer/innen

Lage sein sollten, den Differenzbetrag zwischen tatsächlich gewährtem BAföG-Förderungsbetrag und dem Förderungshöchstsatz (im Normalfall 333 € Grundbedarf und 133 € Wohnbedarf) aufzubringen. Anhand der ermittelten Daten ist festzustellen, dass 2006 ca. 30 % der elternabhängig Geförderten (rd. 70.000 Studierende) nicht in dem erwarteten Umfang von den Eltern finanziell unterstützt werden.

Studierende, die kein BAföG erhalten, weil sie keinen Antrag gestellt haben oder ihr Erstantrag abgelehnt wurde, sind bei der Finanzierung des Studiums zuallererst darauf angewiesen, dass die Eltern ihrer Unterhaltspflicht nachkommen und sie angemessen alimentieren. Anhand der Daten der 18. Sozialerhebung lässt sich ermitteln, dass ein erheblicher Teil der gegenüber den Eltern unterhaltsberechtigten Studierenden (rd. 190.000) ohne eigenen Verdienst lediglich über monatliche Einnahmen in durchschnittlicher Höhe von 355 € verfügen würde. Es ist folglich davon auszugehen, dass diese Studierenden durch eigenen Verdienst aus Tätigkeiten neben dem Studium – im Durchschnitt 319 € pro Monat – ihre Einnahmenseite aufbessern, damit die Kosten einer ange-

messenen Lebensführung auch ohne ausreichende Alimentierung durch ihre Eltern beglichen werden können.

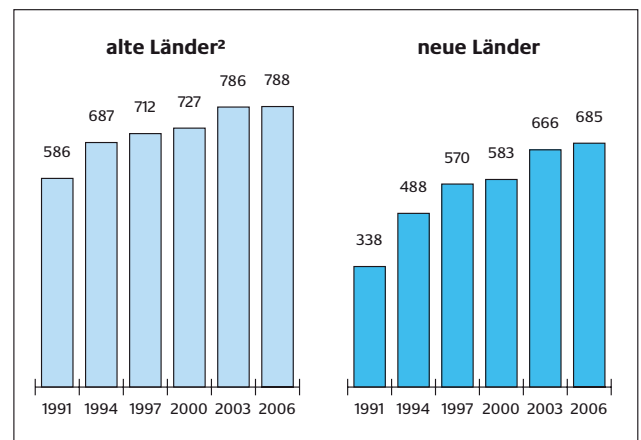
Alte Länder – neue Länder

Nach wie vor unterscheidet sich die Höhe der monatlichen Einnahmen zwischen Studierenden in den alten und neuen Ländern erheblich (Bild 6.11). Nach den Ergebnissen der 18. Sozialerhebung haben Studierende in den alten Ländern mit durchschnittlich 788 € um 103 € höhere Einnahmen als die Studierenden in den neuen Ländern. Allerdings hat sich der Abstand zwischen den Einnahmen von 2003 nach 2006 verringert. Während die Studierenden in den neuen Ländern ihre monatlichen Einnahmen leicht erhöhen konnten (nominal um knapp 3%), blieben die Einnahmen der Studierenden in den alten Ländern auf dem Niveau von 2003.

Von 1991, dem Jahr der ersten gesamtdeutschen Sozialerhebung, bis 2006 hat sich der Unterschied zwischen den Einnahmen von Beobachtungsjahr zu Beobachtungsjahr verringert. Die Annäherung der monatlichen Einnahmen der Studierenden in den alten und neuen Ländern hat sich folglich kontinuierlich fortgesetzt.

Bild 6.11 Entwicklung der monatlichen Einnahmen in den alten und neuen Ländern

Bezugsgruppe „Normalstudent“¹, arithm. Mittelwert in €



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

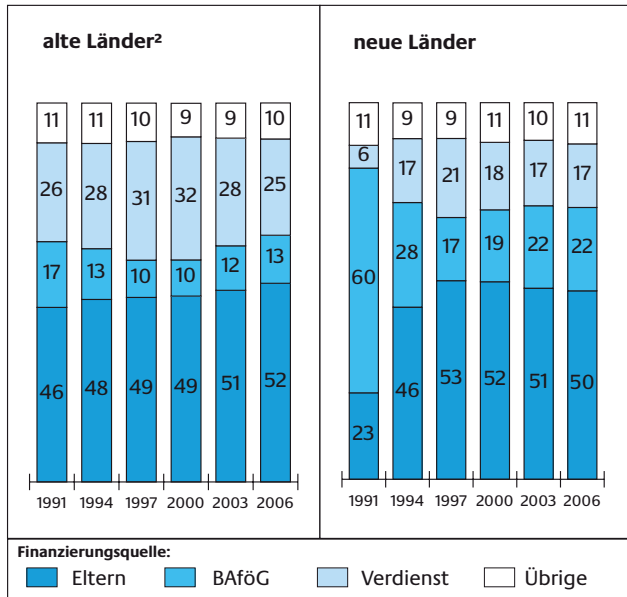
¹ bis 2003 deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

² ab 2000 Berlin insgesamt zugeordnet, vorher nur Berlin (West)

Auch die Finanzierungsstruktur in den alten und neuen Ländern hat sich deutlich angenähert (Bild 6.12). Der Anteil an den monatlichen Einnahmen, der von den Eltern zur Verfügung gestellt wird, unterscheidet sich kaum noch (52 % vs. 50 %). Deutliche Unterschiede gibt es nach wie vor im Hinblick auf das BAföG und den eigenen Verdienst. Bei den Studierenden in den alten Ländern spielt der eigene Verdienst eine größere Rolle als das BAföG – ein Viertel der Einnahmen werden selbst aufgebracht, 13 % durch die BAföG-Förderung. In den neuen Ländern sind die Verhältnisse umgekehrt – 22 % der Einnahmen werden durch die staatliche Förderung bereitgestellt, 17 % durch eigenen Verdienst.

Bild 6.12 Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach alten und neuen Ländern

Bezugsgruppe „Normalstudent“¹, Quellenanteil in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen
² ab 2000 Berlin insgesamt zugeordnet, vorher nur Berlin (West)

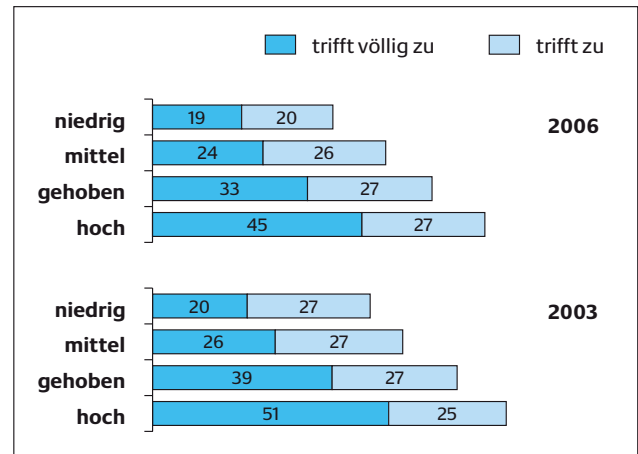
6.5 Einschätzung der finanziellen Situation

Rund 60 % der Studierenden im Sommersemester 2006 gehen von einer gesicherten Finanzierung des Studiums aus. Verglichen mit dem entsprechenden Ergebnis von 2003 ist dieser Anteil um fünf Prozentpunkte zurückgegangen.

Mit steigender sozialer Herkunft erhöht sich der Anteil der Studierenden, die von einer gesicherten Studienfinanzierung ausgehen – von der Herkunftsgruppe „niedrig“ mit 39% bis zur Herkunftsgruppe „hoch“ mit 72%. Dementsprechend verringert sich der Anteil derjenigen, die hinsichtlich der Gewährleistung der Studienfinanzierung unsicher sind, von der unteren Herkunftsgruppe mit 61% bis auf immer noch beachtliche 28% bei der oberen Herkunftsgruppe. Auffällig ist, dass von 2003 nach 2006 in jeder Herkunftsgruppe der Anteil derer zurückgegangen ist – wenn auch in unterschiedlichem Umfang –, die von einer gesicherten Studienfinanzierung ausgehen (Bild 6.13).

Bild 6.13 Finanzierungssicherheit nach sozialer Herkunft – Zustimmung zur Aussage: Die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt

Bezugsgruppe „Normalstudent“, in % je Herkunftsgruppe



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

7. Lebenshaltungskosten – ausgewählte Ausgabenpositionen

Im Rahmen der Sozialerhebung werden lediglich Ausgaben für diejenigen Positionen der studentischen Lebenshaltung erfasst, die am häufigsten und regelmäßig auftreten. Eine vollständige Erfassung aller Ausgabenpositionen, zu denen dann neben weiteren regelmäßig wiederkehrenden auch die unregelmäßigen Ausgaben gehören müssten, ist nicht beabsichtigt. Ein solcher Anspruch kann methodisch nicht eingelöst werden und wurde bereits anlässlich der 17. Sozialerhebung aufgegeben.

Im Folgenden werden, als Ergänzung zum Einnahmenkapitel, die Ausgaben der Studierenden im Erststudium, die ledig sind und nicht im Elternhaus wohnen (Bezugsgruppe „Normalstudent“), beschrieben.

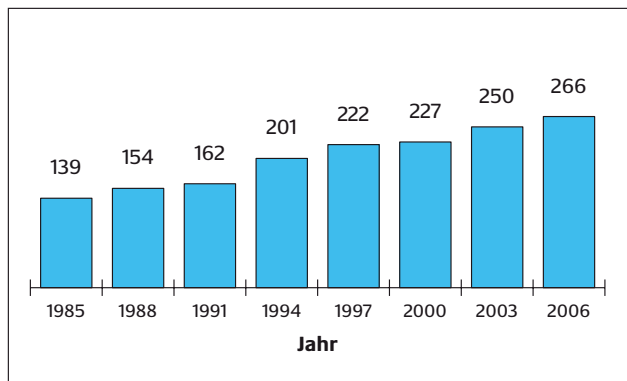
7.1 Ausgaben für Miete und Nebenkosten

Die Ausgaben für Miete und Nebenkosten belasten das studentische Budget weitaus am stärksten. Im Durchschnitt geben Studierende rd. 34 % ihrer monatlichen Einnahmen für das Wohnen aus. Mit 266 € pro Monat liegt der Durchschnittsbetrag der Mietausgaben im Jahre 2006 nominal um rd. 6% höher als 2003 (Bild 7.1).

Real, also unter Berücksichtigung des Verbraucherpreisindex für Wohnungsmiete, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe, fallen die Mietausgaben knapp 1% niedriger aus als 2003.

Die Höhe der Mietausgaben hängt erheblich davon ab, welche der studentischen Wohnformen genutzt wird (vgl. Kap. 11). Für Studierende, die nicht mehr im Elternhaus wohnen, ist unter Kostenaspekten auch im Jahre 2006 das Wohnen im Wohnheim die günstigste Wohnform. Für den Wohnheimplatz werden im Durchschnitt 201 € ausgegeben – nominal 11% mehr als 2003 (Bild 7.2). Relativ kostengünstig sind auch das Wohnen zur Untermiete oder in einer Wohngemeinschaft. Die Ausgaben für die Untermiete belaufen sich auf 234 €, 10% mehr als 2003, und für die Wohngemeinschaft auf 246 €, 6% mehr als 2003. Deutlich teurer ist es, wenn Studierende eine eigene Wohnung angemietet haben: Wer eine Wohnung mit dem Partner/der Partnerin teilt, hat Mietausgaben in durchschnittlicher Höhe von 292 €, 10% mehr als 2003. Wird die Wohnung hingegen allein bewohnt, fallen mit 316 € die höchsten monatlichen Aufwendungen für Miete einschließlich Nebenkosten an, 5% mehr als 2003.

Bild 7.1 Entwicklung der monatlichen Ausgaben für Miete und Nebenkosten
Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittelwert in €



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschl. neue Länder

Bild 7.2 Monatliche Ausgaben für Miete einschl. Nebenkosten nach Wohnform
Bezugsgruppe „Normalstudent“

Wohnform	Ausgaben in € – arithm. Mittelwert		Veränderung 2006 vs. 2003 in %
	2003	2006	
Wohnheim ¹	181	201	11,0
Untermiete	212	234	10,4
Wohngemeinschaft	232	246	6,1
Wohnung mit Partner/in	267	292	9,6
Wohnung allein	300	316	5,3

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Umfasst Wohnheime aller Träger (vgl. Kap. 11). Die Warmmiete für einen Wohnheimplatz in Trägerschaft der Studentenwerke liegt nach Angaben des Deutschen Studentenwerks 2006 bei durchschnittlich 182 €.

Regionale Unterschiede

Weil das Mietpreisniveau regional sehr unterschiedlich ist, werden davon auch die Mietausgaben der Studierenden beeinflusst. Studierende, die an Hochschulen in Städten mit einer Wohnbevölkerung von über 500.000 Einwohnern eingeschrieben sind, haben im Durchschnitt deutlich höhere Ausgaben für Miete und Nebenkosten als Studierende, die an Hochschulen in kleineren Städten studieren (305 € vs. 252 €). Auch unterschieden nach den einzelnen Wohnformen sind die Mietausgaben der Studierenden in den großen Städten jeweils deutlich höher:

Mietausgaben 2006 je Wohnform nach Größe des Hochschulortes, in € pro Monat

Wohnform	bis 500.000 Einwohner	über 500.000 Einwohner
	Wohnheim	196
Untermiete	222	279
Wohngemeinschaft	235	278
Wohnung mit Partner/in	275	328
Wohnung allein	304	344

Wer in den neuen Ländern studiert, gibt für Miete und Nebenkosten mit 221 € im Durchschnitt 54 € weniger aus als die Studierenden in den alten Ländern. Während in den neuen Ländern die durchschnittlichen Mietausgaben gegenüber 2003 nominal um knapp 11 % gestiegen sind, lag die Steigerungsrate in den alten Ländern bei knapp 6 %.

Unterschieden nach den studentischen Wohnformen liegen die Aufwendungen für Miete und Nebenkosten bei jeder Wohnform in den alten Ländern deutlich höher als in den neuen Ländern.

Mietausgaben 2006 je Wohnform in den alten und neuen Ländern, in € pro Monat

Wohnform	alte Länder	neue Länder
Wohnheim	205	185
Untermiete	237	218
Wohngemeinschaft	256	200
Wohnung mit Partner/in	300	252
Wohnung allein	323	268

7.2 Ausgabenunterschiede in den alten und neuen Ländern

Nicht nur für Miete geben Studierende in den neuen Ländern weniger aus als Studierende in den alten Ländern. Auch bei den übrigen Ausgabenpositionen, ausgenommen die Ausgaben für ein Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel, sind die Aufwendungen der Studierenden in den neuen Ländern geringer (Bild 7.3). Dies war auch nicht anders zu erwarten, wird berücksichtigt, dass die Studierenden in den neuen Ländern über monatliche Einnahmen verfügen, die im Durchschnitt um 103 € niedriger ausfallen als in den alten Ländern (vgl. Kap. 6.4.5).

Bild 7.3 Ausgaben für ausgewählte Positionen in den alten und neuen Ländern
Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittelwert in €

Ausgabenposition	alte Länder	neue Länder	insgesamt
Miete einschl. Nebenkosten	275	221	266
Ernährung	151	130	147
Kleidung	52	44	50
Lernmittel	36	30	35
Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel	81	85	82
eigene Krankenversicherung, Arztkosten, Medikamente	55	47	54
Kommunikation (Telefon, Internet u. a. m.)	44	38	43
Freizeit, Kultur und Sport	65	49	62

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Ausgewiesen wird der Durchschnittsbetrag bezogen auf die Studierenden, die Angaben zu der jeweiligen Position machten. Die Antworthäufigkeit je Position variiert zwischen 62 % und 99 %.

Die Summe der monatlichen Ausgaben für die **ausgewählten Positionen** der Lebenshaltung fällt folglich bei den Studierenden in den neuen Ländern mit durchschnittlich 608 € auch deutlich niedriger aus als bei den Studierenden in den alten Ländern mit 718 €. Bundesweit beläuft sich diese Summe auf durchschnittlich 699 €.

7.3 Einnahmenabhängigkeit der Ausgaben

Es ist nahe liegend, dass es einen Zusammenhang zwischen verfügbaren Einnahmen und dem dadurch gesetzten Rahmen für die Ausgaben gibt. Dieser zeigt sich deutlich, wenn die Ausgaben in Abhängigkeit von der Höhe der Einnahmen, unterschieden nach Einnahmequartilen, dargestellt werden (Bild 7.4).

Danach hat das Viertel der Studierenden mit den geringsten Einnahmen bei jeder Ausgabenposition auch die im Durchschnitt niedrigsten Ausgaben. Mit der Höhe der Einnahmen steigen die Ausgaben für jede Position. Bei dem Viertel mit den höchsten Einnahmen fallen die Ausgaben für die einzelnen Positionen zwischen 50 % und 130 % höher aus als bei dem Viertel mit den geringsten Einnahmen. Es ist offensichtlich, dass die Höhe der Einnahmen die Gestaltungsmöglichkeiten der Lebensführung auch bei Studierenden erheblich beeinflusst.

Bild 7.4 Ausgaben in Abhängigkeit von der Höhe der Einnahmen in Quartilen

Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittelwert in €

Ausgabenposition	Einnahmenquartil			
	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil	4. Quartil
Miete einschl. Nebenkosten	214	245	272	335
Ernährung	111	137	154	190
Kleidung	35	44	52	70
Lernmittel	26	32	35	47
Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel	54	64	79	125
eigene Krankenversicherung, Arztkosten, Medikamente	38	42	54	72
Kommunikation (Telefon, Internet u. a. m.)	31	38	44	58
Freizeit, Kultur und Sport	40	52	66	88

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Ausgewiesen wird der Durchschnittsbetrag bezogen auf die Studierenden, die Angaben zu der jeweiligen Position machten. Die Antworthäufigkeit je Position variiert zwischen 62 % und 99 %.

8. Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG

Zum Zeitpunkt der Befragung im Sommersemester 2006 galt das BAföG in der Fassung nach der Novellierung durch das 21. BAföG-Änderungsgesetz vom 2. Dezember 2004. Die für die Einschätzung der Förderung wesentlichen Kennziffern (Freibetrag vom Elterneinkommen und Bedarfssatz der Studierenden) haben sich gegenüber der vorangehenden Sozialerhebung im Jahre 2003 nicht geändert.

8.1 Umfang der Förderung – BAföG-Quote

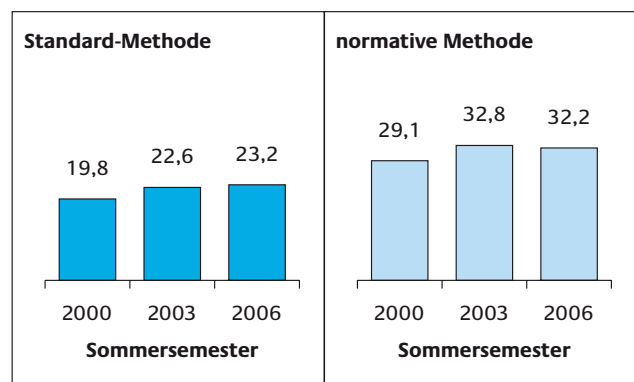
Seit Einführung des BAföG gilt die BAföG-Quote als ein relevanter Maßstab zur Beschreibung des Umfangs und der Entwicklung der Förderung. Mit dieser Quote wird vermittelt, welcher Anteil der Studierenden eine Förderung erhält. Zunächst wurde die BAföG-Quote ausschließlich so berechnet, dass die Zahl der Geförderten auf alle Studierenden bezogen wurde (Standard-Methode). Seit 1985 wird eine zusätzliche Quote berechnet, bei der die Zahl der geförderten Studierenden bezogen wird auf die Teilmenge der Studierenden, die nach den Regelungen des BAföG im Falle einer Bedürftigkeit auch einen Anspruch auf BAföG geltend machen kann (normative Methode).⁵

⁵ Bei diesem Verfahren werden näherungsweise die Studierenden aus der Bezugsgruppe ausgeschlossen, die die Förderungshöchstdauer überschritten haben, in einem nicht förderungsfähigem Zweitstudium eingeschrieben sind, einen erforderlichen Leistungsnachweis nicht erbracht haben oder nach einer anderen Regelung des BAföG einen Anspruch auf Förderung nicht mehr geltend machen können.

Die nach der Standard-Methode berechnete BAföG-Quote, hat von 2003 nach 2006 eine leicht steigende Tendenz (Bild 8.1, linke Grafik). Ein Anstieg der BAföG-Quote nach der Standard-Methode bedeutet, vorausgesetzt die Zahl der Studierenden ist im Vergleichszeitraum konstant geblieben oder gestiegen, dass sich die Zahl der Geförderten erhöht hat. Während die Zahl der Studieren-

Bild 8.1 BAföG-Quote bezogen auf alle Studierenden (Standard-Methode) und bezogen auf die potentiell Anspruchsberechtigten (normative Methode)¹

Anteil der geförderten Studierenden, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

den von 2003 auf 2006 um knapp 2 % gestiegen ist, hat sich die Zahl der BAFÖG-Empfänger/innen – wie aus Bild 8.3 hervorgeht – um knapp 5 % erhöht.

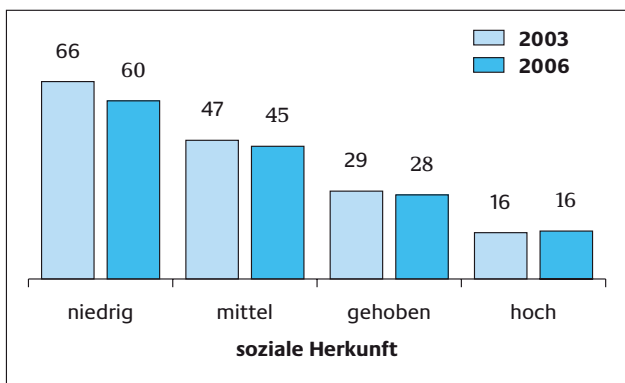
Der Anteil, der von den potentiell anspruchsberechtigten Studierenden gefördert wird (normative Methode), ist hingegen von 2003 nach 2006 tendenziell eher zurückgegangen (Bild 8.1, rechte Grafik). Dieser scheinbare Widerspruch – Rückgang der Quote, Zunahme der absoluten Zahl der Geförderten – erklärt sich dadurch, dass die Zahl der Studierenden, die im Bedarfsfall einen Anspruch auf BAFÖG geltend machen könnten, von 2003 auf 2006 stärker gestiegen ist als die Zahl derjenigen, die diesen Anspruch realisierten. Die Vermutung liegt folglich nahe, dass sich unter den potentiell Anspruchsberechtigten des Jahres 2006 prozentual weniger Studierende aus einkommensschwächeren Familien befinden als 2003.

Soziale Herkunft

Differenziert nach der sozialen Herkunft der Studierenden wird von den potentiell Anspruchsberechtigten der beiden unteren Herkunftsgruppen 2006 ein geringerer Anteil gefördert als 2003, während bei den Studierenden der beiden oberen Herkunftsgruppen der Anteil der Geförderten insgesamt gesehen praktisch konstant geblieben ist (Bild 8.2).

Mit der relativ deutlichen Absenkung der BAFÖG-Quote bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ ist allerdings kein Rückgang der Gefördertenzahl verbunden. Die Zahl der Geförderten mit diesem sozialen Hintergrund ist von 2003 auf 2006 um rd. 11 % gestiegen. Die dennoch im Jahre 2006 geringere BAFÖG-Quote erklärt sich dadurch, dass die Zahl der potentiell Anspruchsberechtigten dieser Herkunft im gleichen Zeitraum mit 23 % deutlich stärker gestiegen ist. Wenn die Zahl der Geförderten nicht in dem Ausmaß gestiegen ist wie die Zahl der Anspruchsberechtigten, kann dies zwei Erklärungen haben: Zum einen besteht die Möglichkeit, dass diese Studierenden zu einem größeren Teil als 2003 aus Elternhäusern stammen, deren Finanzkraft nach den Regelungen des BAFÖG keine Förderung zulässt. Zum anderen ist aber auch denkbar, dass ein größerer Teil als 2003 bewusst oder aus Unkenntnis die Förderung nicht in Anspruch nimmt.

Bild 8.2 BAFÖG-Quote nach sozialer Herkunft¹ – normative Methode
Anteil der geförderten Studierenden, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Auch bei den Studierenden der Herkunftsgruppen „mittel“ und „gehoben“ hat sich die Zahl der Anspruchsberechtigten stärker erhöht (um 4 % bzw. 6 %) als die Zahl der Geförderten (um 0 % bzw. 1%). Lediglich bei der Herkunftsgruppe „hoch“ ist die Entwicklung so verlaufen, dass sich die Zahl der Geförderten von 2003 nach 2006 stärker erhöht hat als die Zahl der Anspruchsberechtigten (5 % vs. 2%).

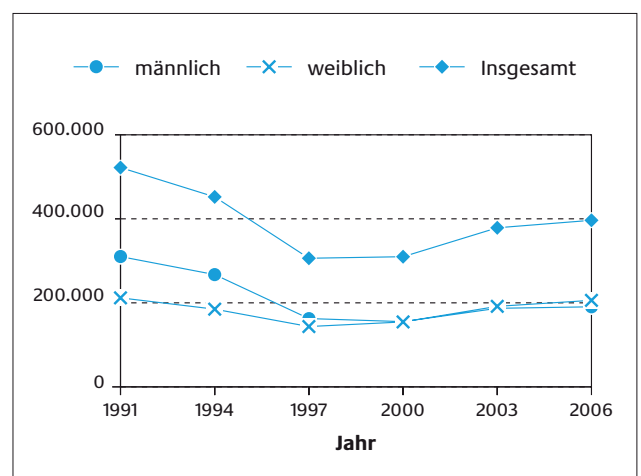
Von den Geförderten im Sommersemester 2006 stammt mit 40 % der größte Teil aus Familien, in denen der höchste berufliche Abschluss der Eltern eine Lehre bzw. ein Facharbeiterabschluss ist. Der Anteil der Geförderten aus Familien, in denen zumindest ein Elternteil über einen Hochschulabschluss verfügt, ist mit 35 % nicht wesentlich geringer. Weitere 21 % der Geförderten haben Eltern, deren höchster berufliche Abschluss eine Meisterprüfung oder ein Fachschul- bzw. Technikerabschluss ist. Bei den verbleibenden 4 % der Geförderten hatten die Eltern keinen beruflichen Abschluss oder dieser war den befragten Studierenden nicht bekannt.

Geschlecht

Unterschieden nach dem Geschlecht bezieht 2006 ein höherer Anteil der Studentinnen als der Studenten eine Förderung nach dem BAFÖG. Berechnet nach der Standard-Methode werden 25 % der Studentinnen und 22 % der Studenten gefördert. Bezogen auf auf den Kreis der potentiell Anspruchsberechtigten liegt der Anteil der geförderten Studentinnen bei 34 % und der Studenten bei 30 %.

Die Zahl der geförderten Studentinnen fällt 2006, deutlicher noch als 2003, höher aus als die Zahl der geförderten Studenten (Bild 8.3). Auch differenziert nach der sozialen Herkunft fällt auf, dass unter den Geförderten des Jahres 2006 die Frauen zumindest die Hälfte, häufiger die Mehrheit stellen (vgl. nachfolgende Übersicht). Dies ist umso bemerkenswerter, wird berücksichtigt, dass bezogen auf alle Studierenden in jeder Herkunftsgruppe der Männeranteil überwiegt.

Bild 8.3 Zahl der Geförderten nach Geschlecht¹



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Berechnungsbasis: BAFÖG-Quote nach der Standard-Methode und Studierendenzahlen im jeweiligen Wintersemester

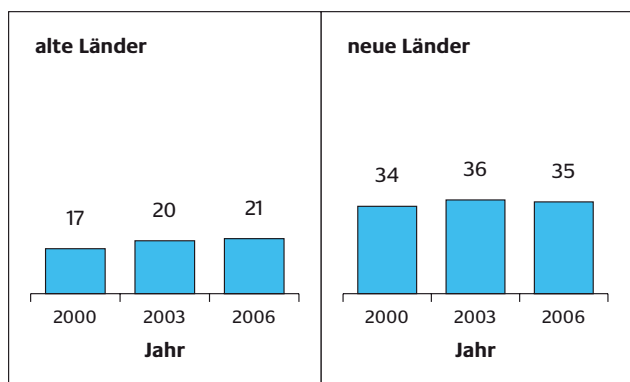
Frauenanteil unter geförderten und allen Studierenden 2006 je sozialer Herkunftsgruppe (in %)

Herkunftsgruppe	Geförderte	Stud. insgesamt
niedrig	52	48
mittel	52	48
gehoben	50	47
hoch	54	49

Alte Länder – neue Länder

Nach wie vor wird von den Studierenden in den neuen Ländern ein deutlich höherer Anteil als in den alten Ländern nach dem BAföG gefördert. Berechnet nach der Standard-Methode werden 35 % aller Studierenden in den neuen Ländern und 21 % aller Studierenden in den alten Ländern gefördert. Verglichen mit 2003 hat sich der Anteil der Geförderten in den neuen Ländern um einen Prozentpunkt verringert, während er in den alten Ländern um einen Prozentpunkt gestiegen ist (Bild 8.4). Die Zahl der geförderten Studierenden hat sich allerdings in beiden Regionen von 2003 auf 2006 erhöht – in den neuen Ländern um knapp 4 %, in den alten Ländern um rd. 5 %.

Bild 8.4 BAföG-Quote in den alten und neuen Ländern¹ – Standard-Methode
Anteil der geförderten Studierenden, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Bezogen auf die potentiell anspruchsberechtigten Studierenden ergibt sich für die neuen Länder, dass mit 47 % im Jahre 2006 fast jeder zweite Anspruchsberechtigte eine BAföG-Förderung erhält. In den alten Ländern fällt die Quote der geförderten Anspruchsberechtigten mit 29 % deutlich niedriger aus. Die normative Quote liegt 2006 in den neuen Ländern um zwei Prozentpunkte und in den alten Ländern um einen Prozentpunkt unter dem Niveau von 2003.

Hochschulart

Erwartungsgemäß – weil sich die soziale Zusammensetzung der Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen deutlich unterscheidet (vgl. Kap. 4) – wird von den Studierenden an Fachhochschulen ein höherer Anteil nach dem BAföG gefördert als von den Studierenden an Universitäten. Nach der Standard-Methode erhalten 28 % aller Studierenden an Fachhochschulen und

21 % der Studierenden an Universitäten eine Förderung. Bezogen auf die potentiell Anspruchsberechtigten liegt die BAföG-Quote an Fachhochschulen bei 36 % und an Universitäten bei 31 %.

8.2 Förderungsbeträge

Die Höhe der Förderungsbeträge, mit denen BAföG-Empfänger/innen unterstützt werden, fällt 2006 nicht wesentlich anders aus als 2003. Tendenziell sind die Förderungsbeträge sowohl für bei den Eltern wohnende Studierende als auch für Studierende, die nicht im Elternhaus wohnen, von 2003 nach 2006 leicht gestiegen. Entsprechendes gilt für die Entwicklung der Förderungsbeträge von 2003 nach 2006, die den Geförderten, unterschieden nach Geschlecht, sozialer Herkunft, Hochschulart und Region, gewährt werden (Bild 8.5).

Während geförderte Studentinnen und Studenten 2006 im Durchschnitt den gleichen monatlichen Förderungsbetrag erhalten (361 €) und der durchschnittliche Förderungsbetrag für Geförderte in den alten und neuen Ländern auf einem Niveau liegt (363 € bzw. 361 €), differieren die durchschnittlichen Förderungsbeträge in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft der Studierenden und dadurch bedingt auch bei den Geförderten an Universitäten und Fachhochschulen (Bild 8.5).

Bild 8.5 Höhe der Förderungsbeträge nach ausgewählten Merkmalen¹
Bezugsgruppe „BAföG-Empfänger“, arithm. Mittelwert in €

Merkmal	Förderungsbeträge		
	2000	2003	2006
1. Wohnung			
- bei den Eltern	218	271	283
- nicht im Elternhaus	325	369	378
2. Geschlecht			
- männlich	303	348	361
- weiblich	309	356	361
3. soziale Herkunft			
- niedrig	338	383	390
- mittel	307	361	369
- gehoben	294	342	354
- hoch	265	307	326
4. Hochschulart			
- Universität u.ä.	306	347	353
- Fachhochschule	307	362	382
5. Region			
- alte Länder	315	355	363
- neue Länder	285	343	361
insgesamt	306	352	363

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

8.3 Elternabhängige – elternunabhängige Förderung

Während bedürftigen Studierenden, die noch einen Unterhaltsanspruch gegenüber den Eltern geltend machen können, das BAföG in Abhängigkeit von der nachzuweisenden Einkommens-

situation im Elternhaus nach dem Subsidiaritätsprinzip gewährt wird (elternabhängige Förderung), können bedürftige Studierende ohne Unterhaltsanspruch gegenüber den Eltern eine Förderung ohne Prüfung der Einkommenssituation im Elternhaus erhalten (elternunabhängige Förderung).

2006 erhielten – ebenso wie bereits 2003 – 86 % der Geförderten eine elternabhängige und 14 % eine elternunabhängige BAFÖG-Förderung. Studierende, die elternunabhängig gefördert werden, unterscheiden sich von den elternabhängig geförderten vor allem dadurch, dass sie weit häufiger vor Studienaufnahme bereits eine Berufsausbildung absolviert haben (78 % vs. 24 %). Da an Fachhochschulen der Anteil der Studierenden mit Berufsausbildung höher ist als an Universitäten, erklärt dies auch, warum unter den Geförderten an Fachhochschulen der Anteil, der elternunabhängig gefördert wird, mehr als doppelt so hoch ausfällt (23 % vs. 10 %).

Der monatliche Förderungsbetrag, den elternunabhängig geförderte Studierende im Durchschnitt erhalten, liegt 2006, wie bereits 2003, bei 490 €. Elternabhängig Geförderte werden hingegen mit durchschnittlich 342 € unterstützt (2003: 331 €).

8.4 Subjektive Sicht der Förderung

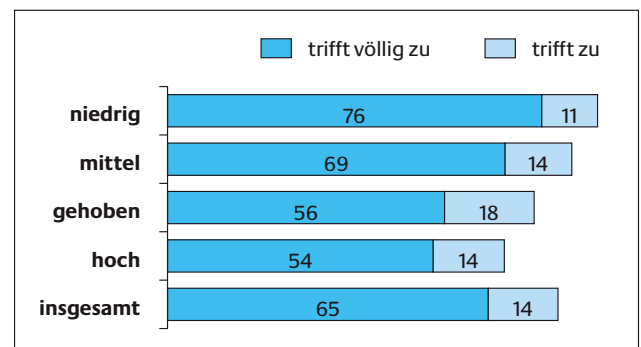
Fast vier Fünftel der 2006 geförderten Studierenden (79 %; 2003: 69 %) stimmen der Aussage zu: „Ohne BAFÖG-Förderung könnte

ich nicht studieren“. Differenziert nach der sozialen Herkunft der Geförderten unterscheiden sich die Anteile der Zustimmenden erheblich (Bild 8.6).

Knapp die Hälfte der BAFÖG-Empfänger/innen (48 %) geht davon aus, dass die Finanzierung des Lebensunterhalts während des Studiums sichergestellt ist (2003: 52 %). Bei den nicht geförderten Studierenden sind hingegen 66 % dieser Auffassung (2003: 70 %).

Bild 8.6 Zustimmung der Geförderten nach sozialer Herkunft zur Aussage: Ohne BAFÖG-Förderung könnte ich nicht studieren

Anteil der BAFÖG-Empfänger/Empfängerinnen, in % je Herkunftsgruppe



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

9. Zeitbudget

Die Analyse des studentischen Zeitbudgets im Rahmen der Sozialerhebung beschränkt sich auf die Zeiten, die Studierende während der Vorlesungszeit für den Besuch von Lehrveranstaltungen (Vorlesungen, Seminare, Praktika und sonstige betreute Studienformen), für das Selbststudium (sonstige selbstgeleitete studienbezogene Tätigkeiten) und für eine eventuelle Erwerbstätigkeit neben dem Studium aufwenden.

Der Zeitaufwand wird anhand einer Tabelle erfasst, in die wochentaggenau die auf volle Stunden gerundeten Aufwendungen für Lehrveranstaltungen, Selbststudium und Erwerbstätigkeit in der Woche eingetragen werden sollen. Bezugszeitraum war jeweils die Woche, die der Woche vorausging, in der die Befragten den Bogen ausgefüllt haben. Es wurden alle Studierenden in die Analyse aufgenommen, die für mindestens eine Tätigkeitsart plausible Zeitangaben gemacht hatten. Die nachfolgend ausgewiesenen Mittelwerte enthalten demnach – sofern nicht anders ausgewiesen – auch die Angaben derer, die für eine bestimmte Aktivität aktuell keinen Zeitaufwand hatten, beispielsweise weil sie nicht erwerbstätig waren oder in der Studienabschlussphase keine Lehrveranstaltungen mehr besuchten.

9.1 Zeitaufwand für das Studium

Der studienbezogene Zeitaufwand umfasst sowohl den Besuch von Lehrveranstaltungen im weiteren Sinne, das heißt Vorlesungen, Seminare, betreute Laborarbeiten, Pflichtpraktika usw., als

auch alle übrigen im Zusammenhang mit dem Studium erforderliche Tätigkeiten, wie zum Beispiel das Vor- und Nachbereiten von Lehrveranstaltungen, die Anfertigung schriftlicher Arbeiten, die Ausleihe und Lektüre von Fachliteratur, der Besuch von Sprechstunden und Konsultationen. Letztere werden unter dem Begriff Selbststudium subsummiert.

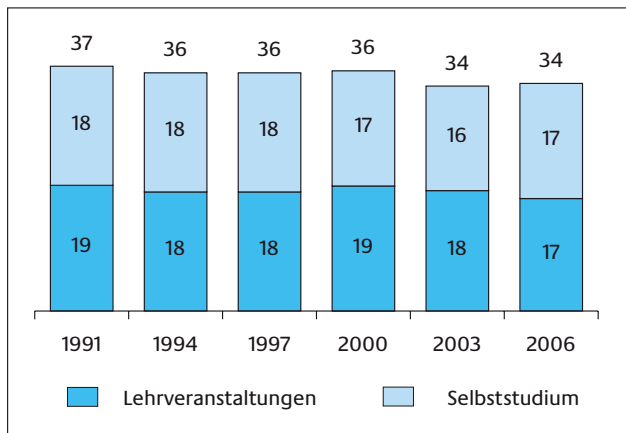
Studienaufwand nach Art des Studiums

Der Studienaufwand hängt in hohem Maße mit der Art des Studiums zusammen. Erwartungsgemäß investieren Studierende im Erststudium vergleichsweise viel Zeit in ihr Studium: Für Lehrveranstaltungen und Selbststudium bringen sie wöchentlich insgesamt etwa 34 Stunden auf. Gemessen am Zeitbudget sind beide hier betrachteten Studienformen nahezu gleich wichtig und beanspruchen einen Zeitumfang von jeweils etwa 17 Stunden in der Woche (Bild 9.1).

Verglichen mit den Befunden der letzten Sozialerhebung hat sich der studienbezogene Zeitaufwand kaum verändert: Bei gleichgebliebenem Gesamtumfang investierten Studierende im Erststudium im Jahr 2006 etwa eine Stunde pro Woche mehr ins Selbststudium zu Lasten der Zeit für Lehrveranstaltungen, für die eine Stunde weniger Zeit aufgewandt wurde als noch 2003.

Die zeitlich weitgehend gleichrangige Bedeutung von betreuten und unbetreuten Studienformen, wie sie mit den Daten der Sozialerhebung seit Jahren dokumentiert wird, besteht je-

Bild 9.1 Studienbezogener Zeitaufwand 1991 - 2006
Studierende im Erststudium¹, Mittelwerte in Stunden/Woche



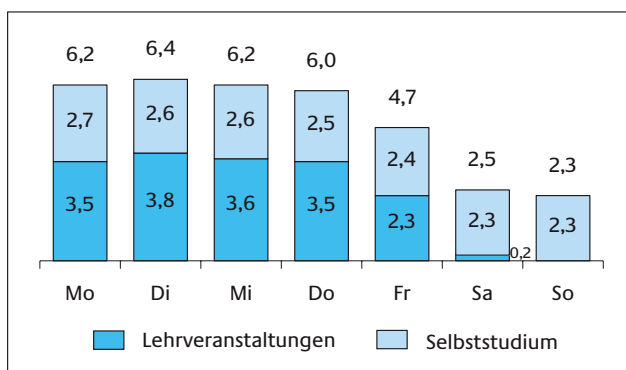
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

doch nur als durchschnittliche Gesamtrelation, die einzelne Studienphasen unberücksichtigt lässt.

Im Verlauf einer Studienwoche verändert sich die zeitliche Beanspruchung durch Lehrveranstaltungsbesuch und Selbststudium. Mit Ausnahme des Freitags haben Lehrveranstaltungen an den Werktagen gegenüber selbstbestimmten Studienaktivitäten die zeitlich größere Bedeutung (Bild 9.2). Von den etwas mehr als sechs Stunden, die Studierende im Erststudium täglich im Durchschnitt dem Studium widmen, übersteigen die Zeiten für Lehrveranstaltungen die des Selbststudiums um ungefähr eine Stunde. Die Zeitaufwendungen für das Selbststudium am weitgehend lehrveranstaltungs-freien Wochenende bleiben im Mittel unterhalb des Niveaus der Werktage. Studierende reservieren sich offenbar – ebenso wie die meisten Arbeitnehmer/innen – das Wochenende für freizeitbetonte Aktivitäten.

Bild 9.2 Zeitaufwand für das Studium im Wochenverlauf
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Tag



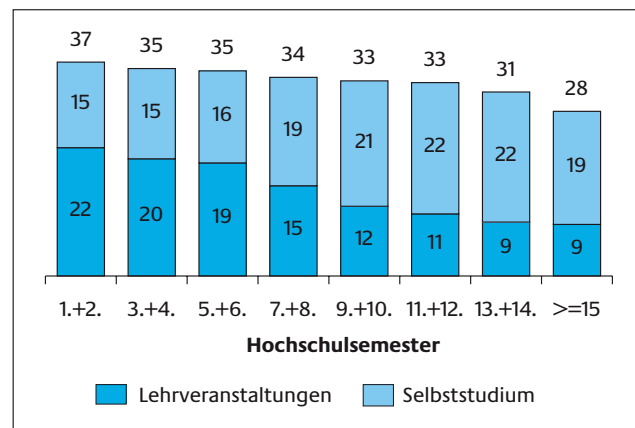
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Studienaufwand im Studienverlauf

Zu Beginn des Studiums ist der studienbezogene Zeitaufwand mit durchschnittlich fast 37 Stunden pro Woche am höchsten. In diesem Zeitbudget nehmen Lehrveranstaltungen mit sechs von zehn

Stunden einen hohen Stellenwert ein (Bild 9.3). Im Studienverlauf reduziert sich der zeitliche Gesamtaufwand für das Studium immer mehr – und zwar ausschließlich zu Lasten der Zeit, die für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen aufgewendet wird. Das Selbststudium hingegen gewinnt sukzessive an Bedeutung. Zum Ende des Studiums erreicht es einen Anteil von mehr als zwei Drittel des gesamten studienbezogenen Stundenumfangs.

Bild 9.3 Studienbezogener Zeitaufwand im Studienverlauf
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Studienaufwand nach angestrebtem Abschluss

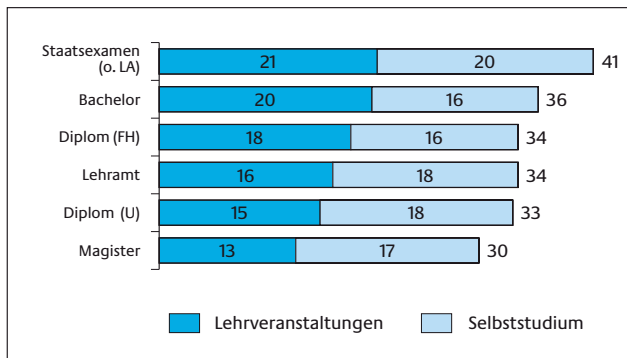
Im Vergleich der Studiengänge werden zum Teil recht große Unterschiede im Studienaufwand deutlich, die in erster Linie auf Disparitäten im Umfang der Zeiten für Lehrveranstaltungen zurückzuführen sind und weniger auf Unterschiede, die sich aus dem Aufwand für das Selbststudium ableiten.

Mit der Umsetzung der Studienstrukturreform wird insbesondere für Bachelor-Studiengänge eine Verdichtung des Studiums erwartet, die sich anhand der hier erhobenen Daten jedoch erst andeutet. Werden die Studiengänge außer Acht gelassen, aus denen sich die gegenwärtigen Bachelor-Studiengänge nicht rekrutieren bzw. die in absehbarer Zeit nicht umgestellt werden (Staatsexamen ohne Lehramt), dann liegt der zeitbezogene Studienaufwand der Studierenden in Bachelor-Studiengängen in den ersten beiden Studienjahren leicht über dem Durchschnitt. Das wird jedoch in erster Linie durch ihren höheren Aufwand für das Selbststudium erreicht und nicht durch einen überdurchschnittlich hohen Zeitaufwand für den Besuch von Lehrveranstaltungen (Bild 9.4).

Studienaufwand nach Hochschulart

Gemessen am Studienaufwand insgesamt unterscheiden sich Studierende an Universitäten von denen an Fachhochschulen nicht. Im Sommersemester 2006 investieren beide Gruppen durchschnittlich 34 Stunden in ihr Studium und damit den gleichen Umfang wie drei Jahre zuvor. Dahinter steht für beide Hochschularten ein weiterer Rückgang der Zeit für den Besuch von Lehrveranstaltungen zu Gunsten eines wachsenden Zeitbudgets

Bild 9.4 Studienaufwand nach Art des angestrebten Abschlusses
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

für selbstbestimmte Studienaktivitäten. Im Durchschnitt aller Studierenden im Erststudium überwiegt an Fachhochschulen jedoch nach wie vor die Zeit, die betreute Studienformen einnehmen, im Gegensatz zu den Universitäten, an denen inzwischen das Selbststudium die meiste studienbezogene Zeit in Anspruch nimmt.

Studienaufwand nach Fächergruppen

Das studierte Fach ist von hoher Relevanz für den zeitlichen Studienaufwand. Die entsprechenden Unterschiede zwischen den Studienfächern sind zum Teil erheblich und können als traditionell charakterisiert werden: Den größten Studienaufwand haben Studierende der Fächergruppe Medizin, wozu die Fächer Human-, Zahn-, Tiermedizin und neustens auch Gesundheitswissenschaften gehören (Bild 9.5).

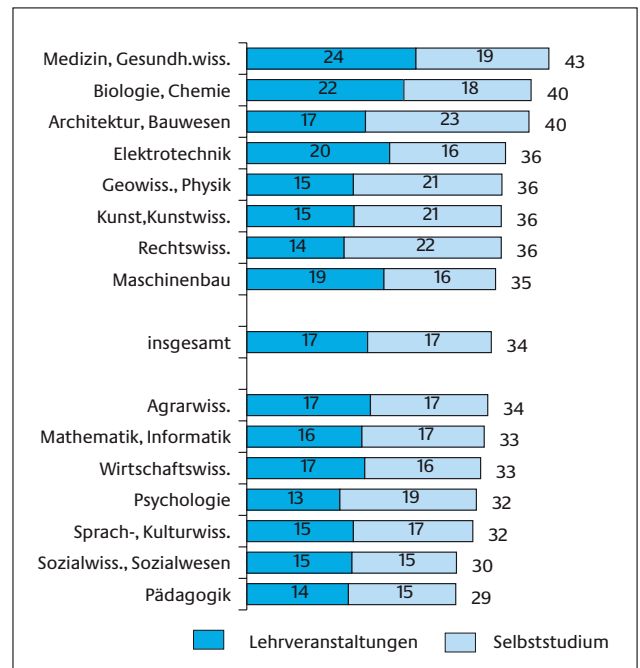
Einen studienbezogenen Gesamtaufwand oberhalb des Durchschnitts haben ebenso Studierende der Fachrichtungen Elektrotechnik/Elektronik, Geowissenschaften/Physik, Kunst/Kunstwissenschaften und Maschinenbau. In Fachrichtungen wie Psychologie, Sprach-/Kulturwissenschaften, Pädagogik und Sozialwissenschaften/Sozialwesen wird das Studium mit einem unterdurchschnittlich hohen wöchentlichen Zeitaufwand absolviert. Diese Unterschiede sind überwiegend fachkultureller Art und bestehen über alle Studienphasen hinweg, wie eine Differenzierung nach der Anzahl bereits absolvierter Hochschulsemerester zeigt.

9.2 Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit

Zum studentischen Zeitbudget gehören für einen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegenen Anteil Studierender auch Zeiten für Erwerbstätigkeit (vgl. Kapitel 10), die mit den Anforderungen des Studiums in Übereinstimmung gebracht werden müssen und die den Ablauf der Woche auch während der Vorlesungszeit zum Teil nicht unwesentlich mitbestimmen.

Die Zeitinvestitionen in einen Job neben dem Studium sind unterschiedlich hoch und variieren in Abhängigkeit von vielfältigen Merkmalen, zu denen auch zahlreiche Charakteristika des Studiums gehören.

Bild 9.5 Studienaufwand im Vergleich der Fachrichtungen
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Erwerbsaufwand nach Art des Studiums

Die studienbegleitende Erwerbstätigkeit gewinnt im Studienverlauf sukzessive an Raum. Im Erststudium, und hier insbesondere zu Beginn, ist der Anteil derer, die nebenher jobben, noch relativ gering. Wer einen ersten akademischen Abschluss anstrebt, arbeitete im Sommersemester 2006 durchschnittlich etwa 6,8 Stunden.

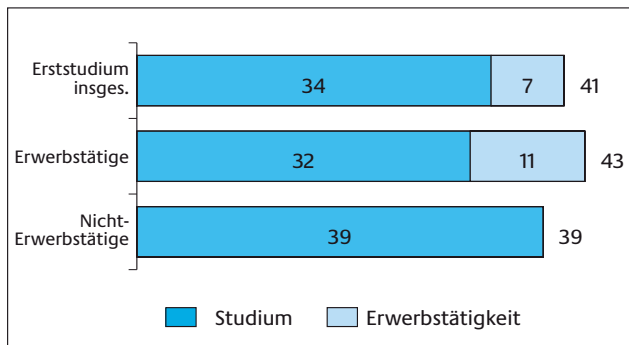
Im Vergleich zu 2003 hat sich dieser Erwerbsaufwand um etwa eine halbe Stunde reduziert – und zwar sowohl bezogen auf alle Studierende als auch auf diejenigen beschränkt, die tatsächlich neben dem Studium erwerbstätig sind.

Dieser Mittelwert, der alle Studierende einbezieht unabhängig davon, ob sie einen Job neben dem Studium haben oder nicht, täuscht darüber hinweg, dass die zeitliche Belastung derjenigen, die tatsächlich jobben, höher liegt (Bild 9.6).

Nur etwa ein Drittel der erwerbstätigen Studierenden hat einen Zeitaufwand von maximal einem Arbeitstag, d. h. bis zu acht Stunden. Bei zwei Dritteln jedoch liegt die Erwerbsbelastung darüber. Unter den Studierenden im Erststudium arbeiten 30 % mehr als 16 Stunden in der Woche. Sie können damit de facto als teilzeitbeschäftigt eingestuft werden. Die Erwerbstätigkeit erstreckt sich auf die gesamte Studienwoche.

Anhand der Daten der Sozialerhebung sind mögliche Veränderungen des studentischen Zeitbudgets in den neuen Studiengängen noch nicht vollständig abzulesen. Die Quoten an erwerbstätigen Studierenden liegen in Bachelor-Studiengängen an allen Wochentagen eher im Mittelfeld aller Studiengänge. Der tägliche Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit schwankt je nach Studiengang

Bild 9.6 Gesamtaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

recht breit und liegt für Studierende, die einen Bachelor anstreben, an allen Wochentagen ebenfalls im mittleren Bereich.

Erwerbsaufwand nach Hochschulart

Studierende an Fachhochschulen sind durchschnittlich acht Stunden in der Woche neben dem Studium erwerbstätig. Das ist deutlich länger als an Universitäten, deren Studierende im Mittel 6,3 Stunden pro Woche arbeiten.

Der höhere Erwerbsaufwand von Studierenden an Fachhochschulen erklärt sich aus zahlreichen Besonderheiten: Sie sind häufiger bereits vor dem Studium erwerbstätig gewesen, haben häufiger schon eine Berufsausbildung, ein studienvorbereitendes Praktikum o. ä. absolviert. Damit im Zusammenhang steht, dass sie durchschnittlich älter sind als Studierende an Universitäten und zudem finanziell unabhängiger vom Elternhaus leben (müssen). Darüber hinaus haben relativ viele bereits eine eigene Familie gegründet.

Erwerbsaufwand im Studienverlauf

Während des Studiums steigt nicht nur der Anteil derer, die nebenher jobben, sondern es erhöht sich gleichzeitig der in die Erwerbstätigkeit investierte Zeitumfang. Während Studierende im ersten Studienjahr pro Woche durchschnittlich etwa vier Stunden für Geld arbeiten, beträgt der entsprechende Zeitaufwand zum Ende der Regelstudienzeit ungefähr acht Stunden und ist damit bereits doppelt so hoch.

An den Universitäten ist der Umfang der Erwerbstätigkeit Studierender von Beginn an etwas geringer als an Fachhochschulen. An Fachhochschulen ist der Erwerbsaufwand bereits zu Studienbeginn mit ca. fünf Stunden in der Woche relativ hoch und nimmt im weiteren Studienverlauf zudem rascher und stärker zu, als das für Universitäten zu beobachten ist.

Die Ursachen hierfür sind vielfältig und zum Beispiel im für Fachhochschulen typischen Profil der Studierenden zu suchen: Zahlreiche Merkmale stehen mit einer höheren Quote studentischer Selbstfinanzierung in Zusammenhang (vgl. Kap. 6).

Zu diesen Merkmalen gehören beispielsweise eine im Durchschnitt spätere Studienaufnahme, anteilig mehr Studierende mit abgeschlossener Berufsausbildung bzw. mit längerer Berufserfahrung, höhere Anteile aus sozial schwächeren Schichten, mehr äl-

tere Studierende, die sich bereits stärker vom Elternhaus abgelöst und häufiger bereits eine eigene Familie haben.

9.3 Zeitbudget aus Studium und Erwerbstätigkeit

Die Zeitaufwendungen für Studium und Erwerbstätigkeit führen in der Summe für Studierende im Erststudium zu einer Belastung von durchschnittlich etwas mehr als 41 Stunden in der Woche. Hinter diesem Gesamteindruck verbirgt sich jedoch eine relativ große Spannweite im Zeitbudget Studierender: Ein knappes Viertel bringt wöchentlich maximal 30 Stunden für Studium und Job auf (24 %), mehr als jeder Vierte hat einen Zeitaufwand zwischen 30 und 40 Wochenstunden (27 %), ein weiteres Viertel (26 %) wendet für beides zwischen 40 und 50 Stunden je Woche auf. Einen vergleichsweise hohen Zeitaufwand von zum Teil deutlich mehr als 50 Stunden hat nach eigener Darstellung fast jeder vierte Studierende (24 %).

Zusammenhang zwischen Studien- und Erwerbszeit

Zwischen der Zeit, die Studierende für das Studium aufwenden, und Zeiten, in denen sie jobben, besteht ein enger Zusammenhang. Beide Zeitarten „kommunizieren“ jedoch nicht uneingeschränkt: Die Ausdehnung der Erwerbstätigkeit schlägt sich nicht vollständig auf den geleisteten Studienaufwand nieder. Einen linearen Zusammenhang unterstellend, zeigen Regressionsmodelle, dass Zeiten für Jobs etwa je zur Hälfte zu Lasten von Lehrveranstaltungen und Selbststudium gehen.

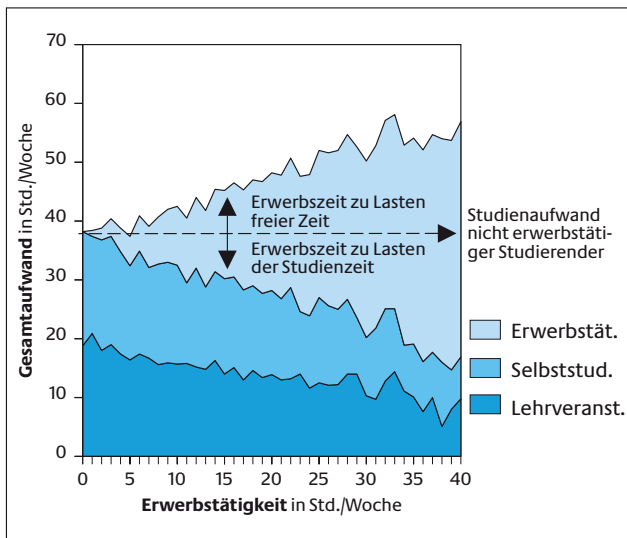
Darüber hinaus beeinträchtigen Erwerbszeiten in gleichem Umfang das übrige Zeitbudget (Freizeit, Familienzeit) der Studierenden. In Zahlen ausgedrückt: Jede Stunde, die Studierende erwerbstätig sind, vermindert sowohl ihren Studienaufwand als auch ihre Freizeit um jeweils etwa 30 Minuten. Maßstab ist hierbei der Studienaufwand derjenigen, die nicht erwerbstätig sind. Die Reduzierung der Zeiten für das Studium erfolgt in nahezu gleichem Umfang zu Lasten des Besuchs von Lehrveranstaltungen und des Selbststudiums (Bild 9.7). Hohe Gesamtbelastungen von 45 Stunden und mehr in der Woche sind zumeist mit überdurchschnittlich umfangreicher Erwerbstätigkeit verbunden.

Vollzeit- versus Teilzeitstudium

Ein reguläres Vollzeitstudium ist nach wie vor die typische Studienform in Deutschland. Anders als in anderen Ländern ist hier das organisierte Teilzeitstudium kaum verbreitet. Wenngleich die Anzahl an Teilzeitstudiengängen in den letzten Jahren erhöht wurde, werden noch immer lediglich etwa 2,5 % aller grundständigen Studiengänge als Teilzeitstudium, überwiegend an Fachhochschulen, angeboten.

Die Angaben der Studierenden zu ihrem Zeitbudget belegen jedoch seit Jahren, dass ein nicht unerheblicher Teil de facto ein Teilzeitstudium praktiziert, das heißt, dass sie ohne formale oder organisatorische Voraussetzungen an den Hochschulen (z.B. in Form entsprechender Studienordnungen) einen Studienaufwand betreiben, der unterhalb bestimmter Normwerte liegt. In den letzten Jahren ist dieser Prozentsatz sukzessive gestiegen.

Bild 9.7 Erwerbstätigkeit und Studienaufwand
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Die Sozialerhebung versucht seit 1991 mittels eines idealtypischen Modells diese Realität zu beschreiben. Es werden vier Studien-Erwerbs-Typen unterschieden, die den Studien- und Erwerbsaufwand berücksichtigen:

- I Vollzeitstudierende ohne/mit geringer Erwerbsbelastung
- II Vollzeitstudierende mit hoher Erwerbsbelastung
- III Teilzeitstudierende ohne/mit geringer Erwerbsbelastung
- IV Teilzeitstudierende mit hoher Erwerbsbelastung.⁶

Im Sommersemester 2006 realisieren drei von vier Studierenden im Erststudium ein Vollzeitstudium. Zwei Drittel studieren Vollzeit ohne bzw. mit lediglich geringer zeitlicher Belastung durch Erwerbstätigkeit, 9 % sind darüber hinaus in recht erheblichem Umfang erwerbstätig. Ein Viertel aller Studierenden praktiziert ein Teilzeitstudium. Unter ihnen finden sich doppelt so viele mit vergleichsweise geringem Zeitaufwand für einen studienbegleitenden Job (17 %) wie solche mit hoher Erwerbsbelastung (8 %, Bild 9.8).

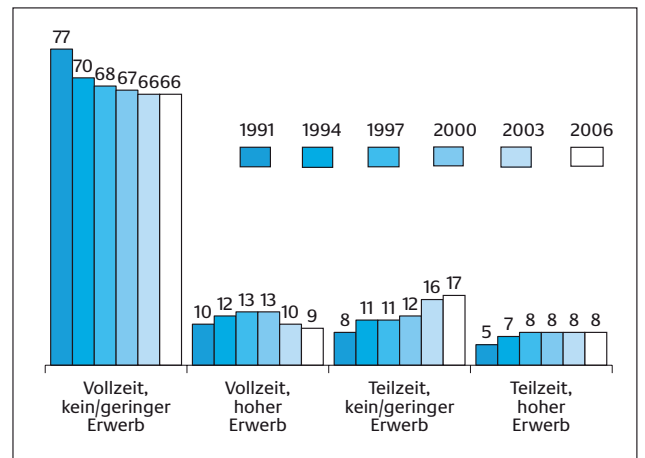
Der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend eines deutlich steigenden Anteils an de facto Teilzeitstudierenden hat sich demzufolge zum Sommersemester 2006 weiter fortgesetzt. 1991 konnten noch 87 % aller im Erststudium als Vollzeitstudierende eingestuft werden. 15 Jahre später ist dieser Anteil um 12 % geringer und hat sich der Anteil derer, die Teilzeit studieren, fast verdoppelt.

Nach wie vor wird in den alten Ländern häufiger als in den neuen Ländern de facto Teilzeit studiert (25 % vs. 23 %), wenngleich auch hier eine weitere Angleichung des Studierverhaltens zu beobachten ist: Im Jahr 2003 lag die Teilzeitquote in den neuen Ländern noch bei 19 %. Das Teilzeitstudium ist mittlerweile an beiden Hochschularten gleich stark verbreitet (jeweils 25 %).

Ein Vollzeitstudium zu absolvieren, bedeutet für zwei Drittel aller Studierenden, einen Zeitaufwand von etwa 44 Stunden in

⁶ Vollzeitstudium: ≥ 25 Std. Studienaufwand/Wo.; Teilzeitstudium: < 25 Std. Studienaufwand/Wo.; ohne/geringer Erwerbsaufwand: ≤ 15 Std. /Wo.; hoher Erwerbsaufwand: > 15 Std./Wo.

Bild 9.8 Studien-Erwerbs-Typ – Entwicklung 1991 - 2006
Studierende im Erststudium, in %¹



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

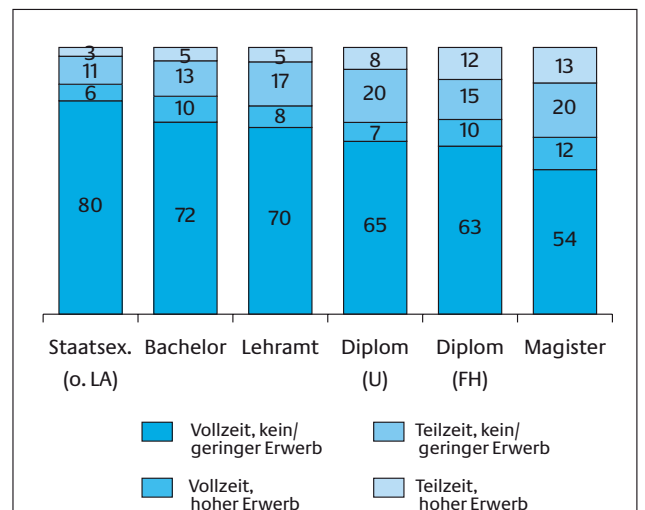
¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

der Woche zu haben, darunter etwa 41 Stunden für das Studium.

Fast jeder Zehnte studiert Vollzeit bei gleichzeitig hohem Erwerbsaufwand und hat im Durchschnitt eine 60-Stunden-Woche und damit die mit Abstand höchste Gesamtbelastung. Diese Studierenden können mit ca. 23 Stunden Erwerbstätigkeit pro Woche als teilzeitbeschäftigt gelten. Die Abstriche am Studienaufwand im Vergleich zu den Vollzeitstudierenden ohne hohen Erwerbsaufwand sind mit durchschnittlich -3 Stunden eher minimal.

Teilzeitstudierende mit hoher Erwerbsbelastung arbeiten im Mittel nur vier Stunden in der Woche länger als Vollzeitstudierende mit gleicher Zusatzbelastung, ihr Studienaufwand ist jedoch um 23 Stunden niedriger. Für sie steht das Studium eher im Hintergrund. Mit ca. 21 Stunden in der Woche haben Studierende im

Bild 9.9 Studien-Erwerbs-Typ nach Art des angestrebten Abschlusses
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Teilzeitstudium, die gleichzeitig nicht oder kaum erwerbstätig sind, nur eine höchstens halb so hohe Gesamtbelastung im Vergleich zu den übrigen.

Je nach Studiengang gibt es unterschiedliche (formale) Möglichkeiten und studienorganisatorische Voraussetzungen, ein Teilzeitstudium zu realisieren. Den geringsten Anteil an Teilzeitstudierenden haben Studiengänge, die mit einem Staatsexamen

abschließen. Von Studierenden im Bachelor-Studium studieren 82 % Vollzeit (Bild 9.9). Dass 18 % von ihnen kein Vollzeitstudium betreiben, hängt auch mit der oben erwähnten Steigerung der Anzahl an Teilzeitstudiengängen v. a. an Fachhochschulen zusammen. Diese sind bei der Umsetzung der Studienstrukturreform am weitesten fortgeschritten, was sich auch auf die neu implementierten Teilzeitstudiengänge erstreckt.

10. Studentische Erwerbstätigkeit

Im vorangegangenen Kapitel 9 wurde bereits gezeigt, dass Erwerbstätigkeit für viele zum Studienalltag gehört. Neben dem Studium zu jobben, ist schon seit Langem nicht mehr auf die vorlesungsfreie Zeit beschränkt, sondern Bestandteil des studentischen Zeitbudgets auch während der Vorlesungszeit.

Aufgrund der Angleichung des Erwerbsverhaltens zwischen Vorlesungs- und vorlesungsfreier Zeit und der größeren Relevanz, die der studentischen Erwerbstätigkeit während der Vorlesungszeit für die Studieneffektivität zukommt, werden im vorliegenden Kapitel ausschließlich Befunde zur Erwerbstätigkeit während der Vorlesungszeit des Sommersemesters dargestellt.

10.1 Erwerbstätigenquote

Im Sommersemester 2006 waren 63 % der Studierenden im Erststudium nebenher erwerbstätig. Diese Erwerbstätigenquote ist um drei Prozentpunkte niedriger als im Jahr 2003 (66 % Erwerbstätige im Erststudium). Erstmals nach Jahren des mehr oder weniger starken Anstiegs ist somit eine Verringerung des Anteils erwerbstätiger Studierender zu verzeichnen (Bild 10.1).

Zum jetzt registrierten Rückgang der Erwerbstätigkeit werden vielfältige Faktoren beigetragen haben. Dazu gehört die Einführung von Langzeitstudiengebühren seit 2003 in immer mehr Ländern. Durch diese Maßnahme hat sich der Anteil an Langzeit-

studierenden reduziert. Gerade diese Studierenden gehören zu denen, die einen überdurchschnittlich hohen Erwerbsaufwand haben. Nach den Ergebnissen der Sozialerhebungen betrug der Anteil an Langzeitstudierenden (Studierende im Erststudium ab dem 10. Hochschulsesemester an Fachhochschulen bzw. ab dem 14. Hochschulsesemester an Universitäten) im Jahr 2000 etwa 12 %. Er verringerte sich bis 2003 auf ca. 10 % und liegt im Sommersemester 2006 bei 8 %.

Darüber hinaus werden Maßnahmen im Zusammenhang mit der Studienstrukturreform eine Bedeutung für die Erwerbstätigenquote haben, weil zwischenzeitlich die Anzahl neuer Studiengänge größer geworden ist. Für Bachelor-Studiengänge wird davon ausgegangen, dass sie eine höhere Regelungsdichte aufweisen als zum Beispiel Diplom-Studiengänge.

Des Weiteren ist der Anteil an Studierenden aus sozial höher gestellten Gruppen wiederum etwas gestiegen (vgl. Kap. 4). Hinzu kommt, dass die finanzielle Unterstützung seitens der Eltern insbesondere bei den jüngeren Studierenden im Jahr 2006 höher war als zuvor (vgl. Kap. 6). Die Selbstfinanzierung der Studierenden über einen Job neben dem Studium war dadurch weniger notwendig.

Die Erwerbstätigenquoten fassen diejenigen zusammen, die angaben, während des Sommersemesters 2006 „gelegentlich“, „häufig“ oder „laufend“ gearbeitet zu haben. Von den Studierenden im Erststudium hat ein Drittel „laufend“ gearbeitet, ein Zehntel war „häufig“ erwerbstätig und ein Fünftel jobbte „gelegentlich“.

Ein Indiz für eine rückläufige Erwerbstätigkeit ist der Stundenumfang, den Studierende arbeiten. Verglichen mit 2003 reduzierte sich der Erwerbsaufwand insgesamt um durchschnittlich eine Stunde (Erststudium: von 10 auf 9 Stunden pro Woche, postgraduales Studium: von 20 auf 19 Stunden pro Woche).

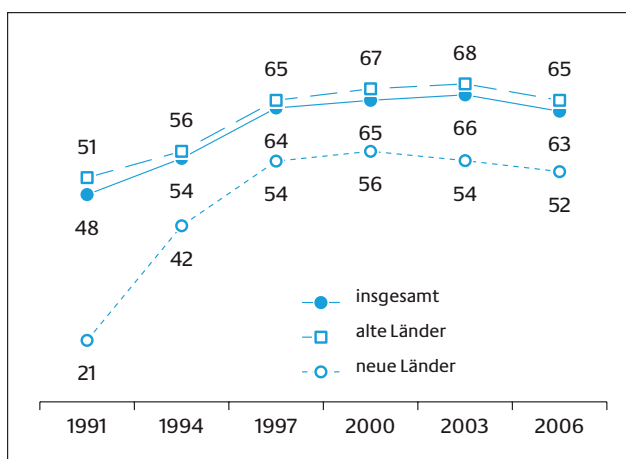
Diese für das Erststudium signifikante Reduzierung des Erwerbsaufwandes ist bei allen Studierenden zu beobachten, das heißt unabhängig davon, wie regelmäßig sie jobben.

10.2 Einflussfaktoren auf studentische Erwerbstätigkeit

Regionale Aspekte

Von den Studierenden im Erststudium sind im Sommersemester 2006 in den alten Ländern 65 %, aber nur 52 % in den neuen Ländern nebenher erwerbstätig (Bild 10.1).

Bild 10.1 Entwicklung der Erwerbstätigenquote in den alten und neuen Ländern
Studierende im Erststudium, in %¹



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Im Vergleich zu 2003 arbeiten die Studierenden in beiden Regionen anteilig seltener. Der Rückgang der Erwerbstätigenquoten in den alten Ländern ist um ein Prozentpunkt höher als in den neuen Ländern. Dadurch hat sich der Abstand zwischen den Regionen wiederum etwas reduziert. Mit 13 Prozentpunkten Unterschied liegt die Erwerbstätigenquote in den neuen Ländern dennoch deutlich unter der in den alten Ländern.

Wie viele Studierende neben dem Studium jobben, hat auch mit Rahmenbedingungen wie dem regionalen Arbeitsmarkt und den Beschäftigungschancen für Studierende zu tun. Die Unterschiede der Erwerbstätigenquoten im Ländervergleich zeigen, dass in strukturschwachen Regionen mit hoher Erwerbslosigkeit auch für Studierende vergleichsweise schlechte Voraussetzungen bestehen, einen Job zu finden, bzw. in Ballungszentren die Beschäftigungschancen besonders gut sind (Bild 10.2).

Bild 10.2 Erwerbstätigenquoten nach Hochschulstandort¹
Studierende im Erststudium, in %

Standort	Erw.-quote	Standort	Erw.-quote	Standort	Erw.-quote
Köln	78	Wuppertal	67	Braunschw.	57
Hamburg	76	Erl.-Nürnb.	66	Paderborn	57
Mönchengl.	74	Mannheim	66	Regensburg	56
Frankfurt a. M.	73	Berlin	65	Saarbrücken	56
Darmstadt	72	Kiel	65	Würzburg	56
Dortmund	72	Hannover	64	Heidelberg	54
Essen	72	Potsdam	64	Leipzig	54
Bochum	71	Trier	64	Magdeburg	54
Bonn	71	Freiburg	62	Oldenburg	53
Düsseldorf	70	Karlsruhe	62	Dresden	52
Siegen	69	Kassel	62	Göttingen	52
Bremen	68	Aachen	61	Halle	52
Duisburg	68	Konstanz	61	Augsburg	51
Koblenz	68	Münster	60	Jena	51
München	68	Tübingen	60	Rostock	51
Bielefeld	67	Gießen	58	Marburg	47
Mainz	67	Ulm	58	Osnabrück	46

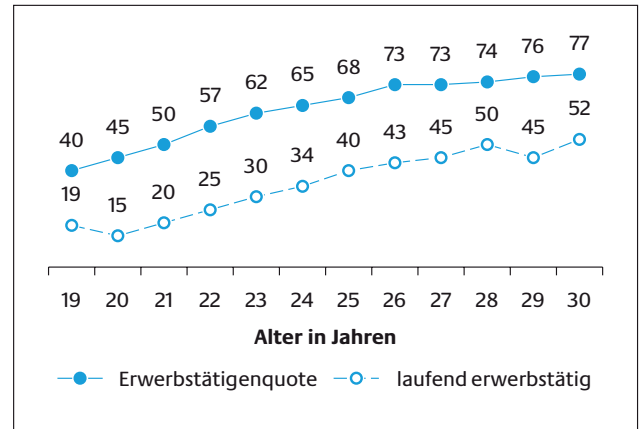
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nur Hochschulstandorte mit mindestens 100 Fällen

Alter

Mit dem Alter der Studierenden steigt der Anteil derjenigen, die neben dem Studium arbeiten. Von den Studierenden im Alter bis zu 20 Jahren verdient nicht einmal jeder zweite nebenher Geld (40 % bzw. 45 %, Bild 10.3). Im Alter von 24 bis 25 Jahren arbeiten bereits zwei Drittel der Studierenden und ab Ende 20 sind mindestens drei Viertel erwerbstätig. Mit der Erwerbstätigenquote nimmt auch der Anteil derer kontinuierlich zu, die nach eigener Einschätzung „laufend“ erwerbstätig sind. Unter den jüngsten Studierenden im Erststudium ist etwa jeder Fünfte „laufend“ erwerbstätig. Bei den 28-Jährigen erreicht dieser Anteil bereits 50 %.

Bild 10.3 Erwerbstätigenquote und Anteil laufend erwerbstätiger Studierender nach Alter
Studierende im Erststudium, in %



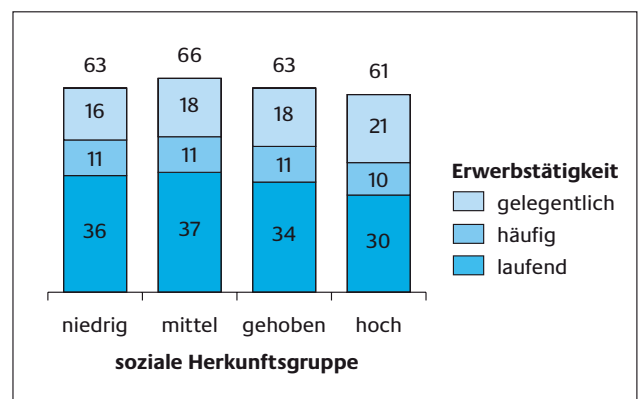
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Soziale Herkunft

Die Erwerbstätigenquoten der Studierenden unterschiedlicher sozialer Herkunft weichen insgesamt weniger voneinander ab, als möglicherweise zu erwarten gewesen wäre. Der geringste Anteil jobbender Studierender ist unter denen der Herkunftsgruppe „hoch“ anzutreffen (61 %, Bild 10.4), den höchsten weisen Studierende der Herkunftsgruppe „mittel“ auf, von denen zwei Drittel Geld verdienen. Die Erwerbstätigenquoten der übrigen beiden Herkunftsgruppen „niedrig“ und „gehoben“ entsprechen mit 63 % dem Durchschnitt aller Studierenden im Erststudium.

Die Regelmäßigkeit studentischer Erwerbstätigkeit kann auch als Indiz für ihre Notwendigkeit zur Finanzierung des Lebensunterhalts interpretiert werden. Das wird deutlich, wenn die Erwerbstätigenquoten der Studierenden aus den einzelnen Herkunftsgruppen unterschieden werden nach den Anteilen jener, die „laufend“ arbeiten (müssen). Wiederum ist dieser Prozentsatz bei Studierenden der Herkunftsgruppe „mittel“ mit 37 % am höchsten, übersteigt aber auch bei den Studierenden aus der Her-

Bild 10.4 Erwerbstätigenquote und Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit nach sozialer Herkunft
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

kunftsgruppe „niedrig“ die Werte der beiden übrigen Gruppen (36 % vs. 34 % bzw. 30 %).

10.3 Motive studentischer Erwerbstätigkeit

Warum Studierende neben dem Studium arbeiten, hat vielfältige Gründe. Zu den möglichen Motiven gehören ökonomische Beweggründe (notwendiger Beitrag zum Lebensunterhalt, sich etwas mehr leisten können) ebenso wie lebenslaufspezifische Motivlagen (Unabhängigkeit von den Eltern, Mitfinanzierung von Angehörigen) und Ziele, die auf den anstehenden Übergang in eine berufliche Tätigkeit orientiert sind (Praxiserfahrung, Kontakte ins Berufsfeld).

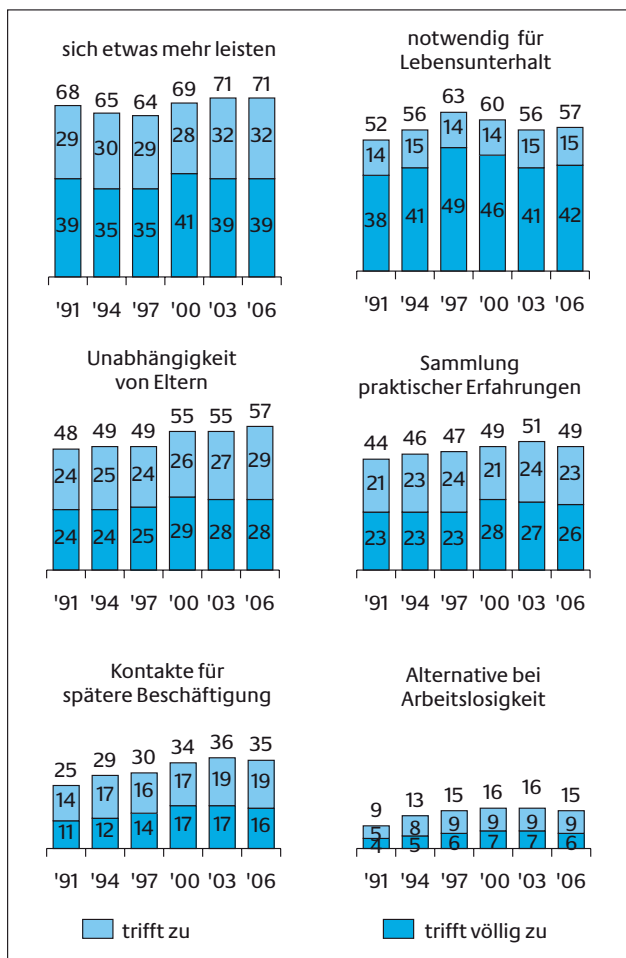
Bildet der Anteil derer, die einem Erwerbsmotiv völlig zustimmen, Grundlage der Bewertung, so ist der notwendige Beitrag zum Lebensunterhalt der am häufigsten genannte Beweggrund, nebenher Geld zu verdienen. 42 % stimmen der Aussage „ich verdiene während des Studiums Geld, weil es zur Bestreitung meines Lebensunterhaltes unbedingt notwendig ist“ völlig zu. An zweiter Stelle folgt das Motiv, neben dem Studium zu jobben, um sich etwas mehr leisten zu können (39%). Werden auch die berücksich-

tigt, die das jeweilige Motiv – abgestuft – als zutreffend beurteilen, dann ist der häufigste Anlass für Erwerbstätigkeit, sich etwas mehr leisten zu wollen. 71 % der erwerbstätigen Studierenden äußerten sich entsprechend (Bild 10.5). Allerdings gab knapp die Hälfte dieser Studierenden gleichzeitig an, sie würden arbeiten, weil es zur Bestreitung des Lebensunterhalts notwendig ist.

Das dritthäufigste Motiv ist zu arbeiten, „um finanziell unabhängig von den Eltern zu sein“ (57 %, „trifft zu/trifft völlig zu“). Jeder Zweite arbeitet, um praktische Erfahrungen zu sammeln, die im späteren Beruf von Nutzen sind (49 %, „trifft zu/trifft völlig zu“). Jeder Dritte strebt an, über den Job Kontakte für eine mögliche spätere Beschäftigung zu knüpfen. Etwa jeder sechste Studierende sieht in der Erwerbstätigkeit eine Vorbereitung auf eine alternative, gegebenenfalls vom Studienabschluss unabhängige Beschäftigung.

Im zurückliegenden Jahrzehnt hat sich an der Rangfolge und Ausprägung der genannten Erwerbsmotive kaum etwas verändert. Wie zuvor haben Studierende mehrere Gründe, neben dem Studium Geld zu verdienen: Sie stufen durchschnittlich etwa drei der vorgegebenen Erwerbsmotive als relevant ein.

Bild 10.5 Entwicklung der Motive für Erwerbstätigkeit 1991 - 2006
Bewertungsskala von „trifft gar nicht zu“ bis „trifft völlig zu“, Studierende im Erststudium, in %



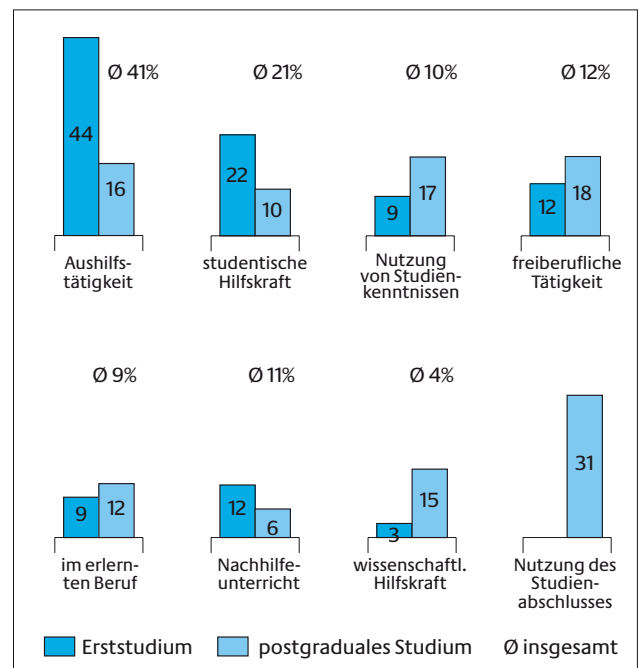
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

10.4 Tätigkeitsarten

Studierende erledigen die vielfältigsten Jobs. Sie führen einfache Arbeiten aus, die keine besonderen Vorkenntnisse voraussetzen, ebenso wie hochspezialisierte Tätigkeiten, für die sie Kenntnisse aus dem Studium einsetzen. Trotz dieser qualitativen Spannweite sind Aushilfstätigkeiten wie Kellnern, Taxi-Fahren, Verkaufen, Bürohilfe am weitesten verbreitet.

Vor allem Studierende im Erststudium jobben als Aushilfskraft (44 % Bild 10.6). Nur halb so viele arbeiten als studentische

Bild 10.6 Art der Erwerbstätigkeit nach Art des Studiums
erwerbstätige Studierende, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Hilfskraft (22 %). Fast jeder zehnte Studierende im Erststudium nutzt erworbenes Studienwissen, um Geld zu verdienen. Wahrscheinlich sind auch freiberuflich ausgeübte Tätigkeiten und die Erteilung von Nachhilfeunterricht großenteils studiennahe Jobs.

Studierende in postgradualen Studiengängen sind im Vergleich zu jenen im Erststudium relativ häufig studien(abschluss)-nah beschäftigt. Fast ein Drittel von ihnen hat eine Beschäftigung, bei welcher der akademische Abschluss vorausgesetzt wird. Etwa ein Sechstel nutzt Wissen aus dem Studium für den Job bzw. arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft.

Fächergruppe und Art der Hochschule

Die Besonderheiten der Fachhochschulen im Vergleich zu den Universitäten, z. B. in Bezug auf die angebotene Fächerstruktur und den Hochschulzugang ihrer Studierenden (vgl. Kap. 2 und Kap. 4), spiegeln sich in gewisser Weise auch in den studentischen Jobs. Studierende an Fachhochschulen arbeiten häufiger als diejenigen an Universitäten im erlernten Beruf (16 % vs. 6 %) und sie nutzen häufiger als diese Kenntnisse aus dem Studium, wenn sie nebenher jobben.

Studierende an Universitäten üben zu vergleichsweise hohen Anteilen Aushilfstätigkeiten aus oder sind als studentische Hilfskraft beschäftigt. Entsprechend der hier angebotenen (Lehr- amts-)Studiengänge geben sie häufiger als Studierende an Fachhochschulen Nachhilfeunterricht. Nachhilfeunterricht scheint insbesondere für Fächer nachgefragt zu werden, die Studierende der Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Sprach-/Kulturwissenschaften besonders gut erteilen können. Von Letzteren sind darüber hinaus auch relativ viele freiberuflich tätig. Studierende der Medizin/Gesundheitswissenschaften arbei-

ten häufiger als alle anderen im zuvor erlernten (meist medizinischen bzw. pflegerischen) Beruf. Ein bezahltes Praktikum führen Studierende im Erststudium anteilig selten durch.

10.5 Finanzieller Ertrag der Tätigkeiten

Die durchschnittliche Vergütung, die Studierende mit ihren Jobs erzielen, beträgt 9 € netto pro Stunde. Das ist im Vergleich zur 17. Sozialerhebung 1 € weniger. Studierende im postgradualen Studium erhalten mit 12 € einen durchschnittlich höheren Stundenlohn als diejenigen im Erststudium. Im Vergleich zu 2003 sank ihre Vergütung noch stärker als im Durchschnitt, denn sie betrug damals noch 15 € pro Stunde. Den geringsten durchschnittlichen Ertrag erzielen mit 7 € pro Stunde Studierende in den neuen Ländern.

Mit einer selbständigen Tätigkeit im eigenen Unternehmen lässt sich offenbar am meisten verdienen (18 € pro Stunde). Darüber hinaus gilt unverändert, dass je stärker die Tätigkeit an eine bestimmte Qualifikation gebunden ist – z. B. an einen erworbenen Berufs- oder Studienabschluss –, desto höher fällt die erzielte Vergütung aus. Praktika gehören seit Jahren zu den am schlechtesten bezahlten Tätigkeiten (6 € pro Stunde), offenbar auch, weil hier der Gelderwerb nicht im Vordergrund steht.

Die meisten Studierenden im Erststudium haben eine Stundenvergütung, die zwischen sechs und zehn Euro liegt, bei starkem regionalen Lohngefälle. Die Mehrheit der Studierenden in den alten Ländern erhalten zwischen neun und zwölf Euro in der Stunde, während die Studierenden in den neuen Ländern am häufigsten lediglich zwischen sieben und zehn Euro in der Stunde verdienen.

11. Wohnsituation

11.1 Genutzte Wohnformen

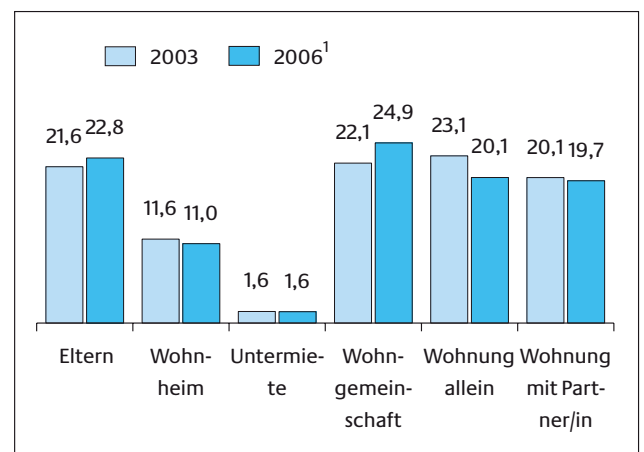
Rund 40 % der Studierenden haben eine Wohnung angemietet, um diese allein oder mit dem Partner bzw. der Partnerin zu bewohnen (Bild 11.1). Knapp ein Viertel lebt in einer Wohngemeinschaft und ein nicht wesentlich geringerer Anteil wohnt bei den Eltern (rd. 23 %). In einem Studentenwohnheim leben 11 % und weniger als 2 % wohnen zur Untermiete.

Gegenüber 2003 hat sich der Anteil der Studierenden, die in einer Wohngemeinschaft wohnen, um knapp drei Prozentpunkte erhöht. Der Anteil, der eine Wohnung allein nutzt, ist hingegen in etwa gleichem Umfang zurückgegangen. Leicht gestiegen gegenüber 2003 ist auch der Anteil der Studierenden, die im Elternhaus wohnen.

Alter

Die genutzte Wohnform ist vor allem vom Alter, damit auch von der mit dem Alter der Studierenden steigenden Höhe der verfügbaren Einnahmen abhängig. Während von den jüngsten Studierenden (bis 21 Jahre) fast die Hälfte bei den Eltern oder im Wohnheim wohnt, verringert sich dieser Anteil mit zunehmenden

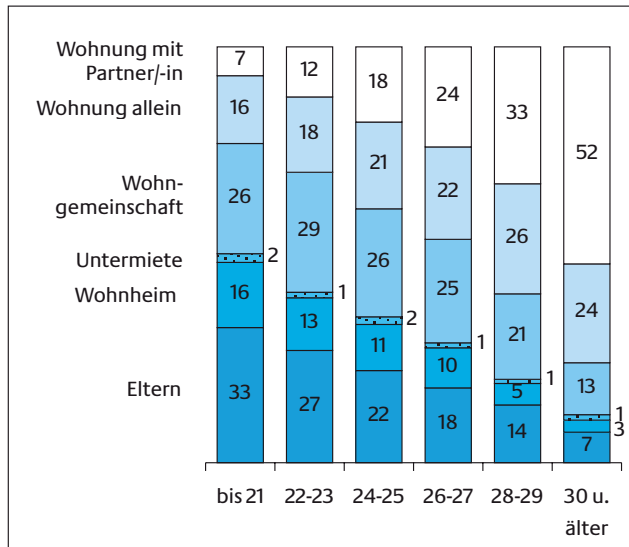
Bild 11.1 Studierende nach der Wohnform in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ einschl. Bildungsinländer/innen

Bild 11.2 Wohnformen nach dem Alter der Studierenden
Studierende in % je Altersgruppe



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

dem Alter bis auf ein Zehntel bei den ältesten Studierenden (Bild 11.2). Hingegen steigt mit dem Alter der Anteil, der eine Wohnung angemietet hat, von 23% bis auf 76%; dabei erhöht sich insbesondere der Anteil, der mit dem Partner/der Partnerin eine Wohnung teilt (von 7% auf 52%). Der Anteil, der in einer Wohngemeinschaft lebt, variiert von Altersgruppe zu Altersgruppe zwischen 21% und 29%. Erst bei den ältesten Studierenden (30 Jahre und älter) verringert sich dieser Anteil deutlich auf 13%.

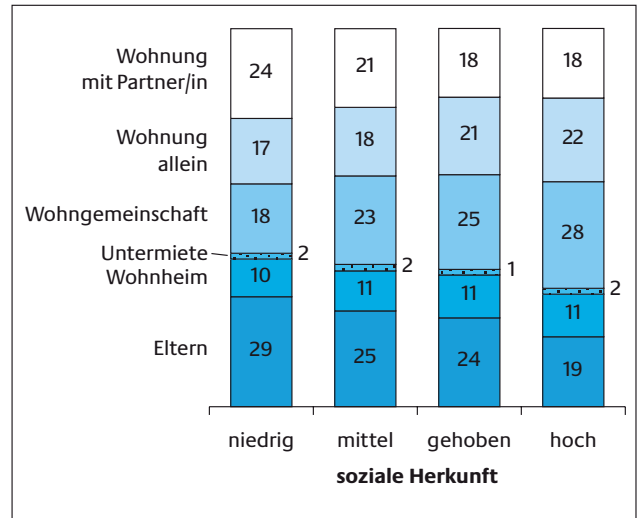
Geschlecht

Auch nach dem Geschlecht der Studierenden gibt es bemerkenswerte Unterschiede bezüglich der genutzten Wohnformen. Studentinnen verlassen früher als Studenten die elterliche Wohnung: Während von den Frauen 19% bei den Eltern wohnen, sind es bei den Männern 26%. Studentinnen leben bereits in jüngeren Jahren häufiger in einer festen Partnerschaft, was sich auch in den von ihnen genutzten Wohnformen zeigt: 23% der Studentinnen, aber nur 17% der Studenten teilen sich eine Wohnung mit einem Partner bzw. mit einer Partnerin. Auch für eine Wohngemeinschaft entscheiden sich Studentinnen häufiger als Studenten (26% vs. 24%). Etwas weniger häufig leben Studentinnen hingegen in einem Wohnheim (10% vs. 12%).

Soziale Herkunft

Nach der sozialen Herkunft der Studierenden sind Unterschiede insbesondere bei den Anteilen, die im Elternhaus wohnen, und denen, die in einer Wohngemeinschaft leben, festzustellen (Bild 11.3). Sind es in der Herkunftsgruppe „niedrig“ 29%, die bei den Eltern wohnen, so sind es bei Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ 19%. Bei den Studierenden, die in einer Wohngemeinschaft leben, werden die Unterschiede entsprechend gespiegelt: 18% der Studierenden der unteren, aber 28% der Studierenden der oberen Herkunftsgruppe wohnen in einer Wohngemeinschaft. Geringere Unterschiede gibt es auch bei denen, die eine

Bild 11.3 Wohnformen nach sozialer Herkunft der Studierenden
Studierende in % je Herkunftsgruppe

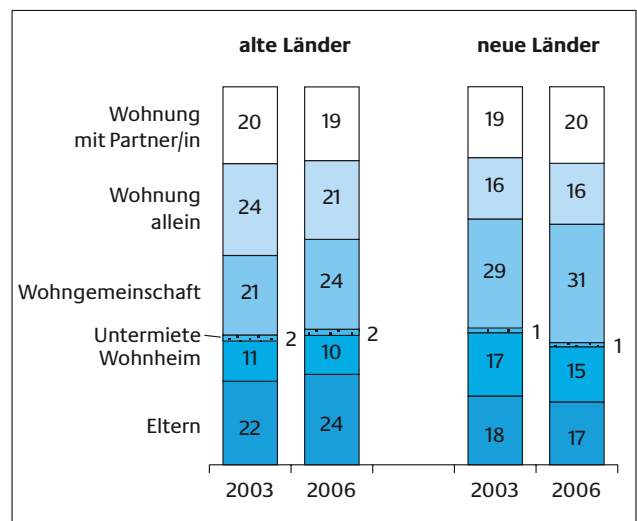


DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Wohnung allein nutzen. Dies gilt für 17% der Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ und 22% der Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“. Umgekehrt sind die Verhältnisse bei der Mietwohnung, die mit einem Partner bzw. einer Partnerin geteilt wird. Diese Wohnform nutzen Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ häufiger als die der Herkunftsgruppe „hoch“ (24% vs. 18%).

Die beschriebenen Unterschiede sind Folge einer Vielzahl von Einflussfaktoren. So entscheiden sich Studierende aus den unteren Herkunftsgruppen häufiger für ein Studium an einer Fachhochschule, was für höhere Elternwohneranteile spricht, andererseits sind Studierende aus den unteren Herkunftsgruppen deut-

Bild 11.4 Studierende¹ nach der Wohnform in den alten und neuen Ländern
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen; ab 2000 Berlin den alten Ländern zugeordnet

lich älter als ihre Mitstudenten und Mitstudentinnen aus den höheren Herkunftsgruppen, was dafür spricht, dass sie seltener bei den Eltern wohnen und sich statt dessen häufiger für eine eigene Wohnung entscheiden.

Alte Länder – neue Länder

Auch differenziert nach alten und neuen Ländern sind nach wie vor bemerkenswerte Unterschiede bezüglich der in Anspruch genommenen Wohnformen festzustellen (Bild 11.4). So ist 2006 der Anteil der Studierenden, die noch bei den Eltern wohnen, in den neuen Ländern erheblich geringer als in den alten Ländern (17 % vs. 24 %). Geringer ist auch der Anteil, der allein eine Mietwohnung bewohnt (16 % vs. 21 %). Größer sind hingegen die Anteile derer, die im Wohnheim (15 % vs. 10 %) oder in einer Wohngemeinschaft leben (31 % vs. 24 %).

11.2 Zufriedenheit mit der Wohnsituation

Mehrheitlich beurteilen die Studierenden ihre Wohnsituation positiv (Bild 11.5). Ein Viertel gibt an, damit sehr zufrieden zu sein. Ein gutes Drittel urteilt mit „zufrieden“. Explizit unzufrieden zeigt sich nur etwa ein Fünftel der Studierenden (12 % unzufrieden, 9 % sehr unzufrieden).

Die Zufriedenheit mit der Wohnsituation ist in nicht unerheblichem Maß von der jeweils genutzten Wohnform abhängig. So sind Studierende, die mit einem Partner bzw. mit einer Partnerin zusammenwohnen, am zufriedensten – (sehr) zufrieden: 70 %. Überwiegend zufrieden sind auch diejenigen, die allein in einer Wohnung oder in einer Wohngemeinschaft wohnen – (sehr) zufrieden: je 62 %.

Von den Studierenden, die im Wohnheim oder zur Untermiete wohnen, ist mehr als die Hälfte (je 53 %) damit zufrieden oder

sehr zufrieden. Lediglich von den Studierenden, die im Elternhaus wohnen, ist weniger als die Hälfte mit der Wohnsituation zufrieden (48 %).

11.3 Wohnwünsche

Nicht immer stimmt bei den Studierenden die tatsächliche Wohnform mit der bevorzugten Wohnform überein. Könnte in allen Fällen die präferierte Wohnform realisiert werden, sähe die Verteilung auf die einzelnen Wohnformen deutlich anders aus (Bild 11.6) – gut zwei Fünftel der Studierenden präferieren eine andere als die derzeit genutzte Wohnform. Dann würden etwa 30 % mit einem Partner bzw. einer Partnerin die Wohnung teilen, und jeweils rd. ein Viertel würde allein in einer Mietwohnung (26 %) oder in einer WG (25 %) leben. Das Wohnheim bzw. das Wohnen im Elternhaus bevorzugen jeweils weniger als ein Zehntel der Studierenden (9 % bzw. 8 %).

Es liegt nahe, dass die Diskrepanz zwischen genutzter und präferierter Wohnform stark davon abhängt, wo die Studierenden gegenwärtig wohnen (Bild 11.6). Am seltensten spüren Studierende, die sich eine Wohnung mit einem Partner bzw. einer Partnerin teilen, den Wunsch, woanders zu wohnen: Nur gut 5 % würden lieber eine andere Wohnform nutzen. Auch bei denen, die in einer Wohngemeinschaft bzw. allein in einer Mietwohnung leben, stimmen Wunsch und Realität mehrheitlich überein (69 % bzw. 66 %). Deutlich geringer ist die Übereinstimmung bei Studierenden, die in Wohnheimen wohnen: Über die Hälfte der Wohnheimbewohner/innen (56 %) würde bei tatsächlich freier Wahl eine andere Wohnform bevorzugen. Bei Studierenden, die im Elternhaus oder zur Untermiete wohnen, gilt dies sogar für jeweils rd. drei Viertel.

Bild 11.5 Zufriedenheit mit der aktuellen Wohnsituation
Beurteilung auf einer Skala von „sehr unzufrieden“ bis „sehr zufrieden“, Studierende in % je Wohnform

Wohnform	sehr zufrieden	zufrieden	unentschieden	unzufrieden	sehr unzufrieden
Eltern	17	31	27	17	8
Wohnheim	16	37	24	15	8
Untermiete	20	33	21	15	11
Wohngemeinschaft	25	37	18	11	9
Wohnung allein	28	34	19	11	8
Wohnung mit Partner/in	39	31	12	8	10
insgesamt	25	34	20	12	9

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Bild 11.6 Übereinstimmung zwischen realisierter und bevorzugter Wohnform
Studierende je Wohnform, in %

realisierte Wohnform	bevorzugte Wohnform						insg. ¹
	Eltern	Wohnheim	Untermiete	WG	Wohnung allein	W. mit Partner/in	
Eltern	26	11	1	16	26	20	100
Wohnheim	5	44	1	17	18	15	100
Untermiete	4	7	25	18	29	16	100
Wohngemein.	2	2	0	69	16	11	100
Wohn. allein	4	3	0	7	66	19	100
W. mit Partner/in	1	2	0	1	1	95	100
insgesamt	8	9	1	25	26	30	100

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich

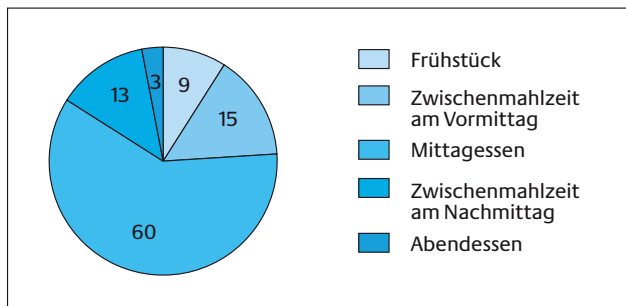
12. Gastronomische Einrichtungen im Hochschulbereich – Mensa und Cafeteria

12.1 Nutzung des Angebots

Im Laufe einer Woche suchen 83 % der Studierenden eine Mensa oder Cafeteria auf, um dort zu frühstücken, eine Zwischenmahlzeit am Vor- oder Nachmittag zu sich zu nehmen, zu Mittag oder zu Abend zu essen. Im Durchschnitt besuchen diese Studierenden im Laufe einer Woche viermal eine Mensa oder Cafeteria, um dort eine der genannten Mahlzeiten einzunehmen.

Unterschieden nach der Art der Mahlzeiten, die in den Mensen und Cafeterien angeboten werden, ist das Mittagessen der mit Abstand häufigste Anlass, die Mensa oder Cafeteria aufzusuchen. Von allen dort eingenommenen Mahlzeiten sind 60 % Mittagessen. Zwischenmahlzeiten am Vormittag oder am Nachmittag folgen mit einem Anteil von 15 % bzw. 13 %. Während das Frühstück noch mit 9 % aller Mahlzeiten zu Buche schlägt, spielt das Abendessen in der Mensa/Cafeteria derzeit nur eine geringe Rolle (Bild 12.1).

Bild 12.1 Mahlzeiten in der Mensa/Cafeteria – Anteil nach der Art der Mahlzeit in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

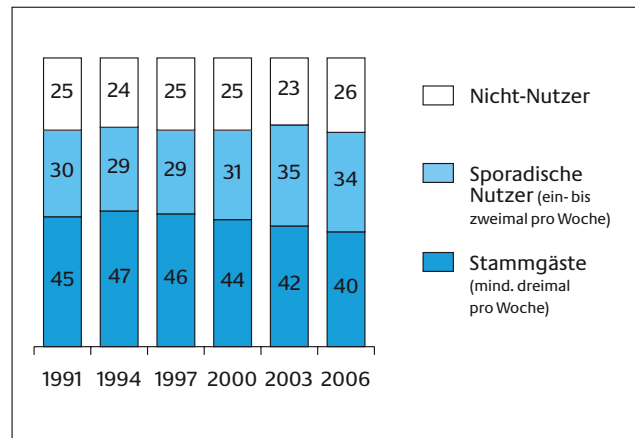
12.2 Mittagessen in der Mensa/Cafeteria

Der Anteil der Studierenden, der eine Mensa oder Cafeteria zum Mittagessen aufsucht, hat sich von 1991 bis 2006 kaum verändert, er liegt relativ konstant bei etwa drei Vierteln. Deutlicher verändert hat sich allerdings die Häufigkeit der Mensabesuche im Laufe einer Woche. Der Anteil der Studierenden, der mindestens dreimal pro Woche zum Mittagessen in die Mensa/Cafeteria geht (Stammgäste der Mensa), lag 1994 bei 47 % und ist seit dem rückläufig (Bild 12.2). Der Anteil der Studierenden, die in der Woche nur ein- bis zweimal zum Mittagessen in die Mensa/Cafeteria gehen (sporadische Nutzer), hat sich hingegen nach 1997 erhöht.

Geschlecht

Bezogen auf die Situation im Jahre 2006 ist festzustellen: Stammgäste der Mensa/Cafeteria sind weit häufiger Studenten als Studentinnen (Bild 12.3). Von den Studenten gehen dort 49 % mindestens dreimal die Woche zum Mittagessen, von den Studentinnen

Bild 12.2 Häufigkeit des Mensabesuches im Zeitvergleich Studierende in %

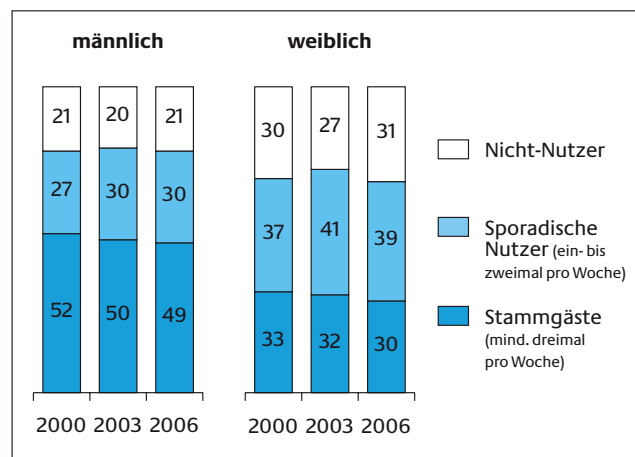


DSW/HIS 18. Sozialerhebung

lediglich 30 %. Studentinnen hingegen gehen häufiger als Studenten sporadisch zum Mittagessen in die Mensa/Cafeteria (39 % vs. 30 %). Allerdings ist auch der Anteil der Studentinnen, der nie zum Mittagessen in die Mensa/Cafeteria geht, deutlich höher als der entsprechende Anteil der Studenten (31 % vs. 21 %).

Verglichen mit 2003 ist der Anteil der Studenten, die zum Mittagessen nicht in die Mensa/Cafeteria gehen, kaum gestiegen (von 20 % auf 21 %). Bei den Studentinnen hingegen hat sich dieser Anteil spürbar erhöht (von 27 % auf 31 %). Während bei den Studentinnen sowohl der Anteil der Mensa-Stammgäste als auch der sporadischen Nutzerinnen von 2003 auf 2006 um zwei Prozentpunkte zurückgegangen ist, hat sich bei den Studenten in diesem Zeitraum lediglich der Anteil der Stammgäste um einen Prozent-

Bild 12.3 Häufigkeit des Mensabesuches nach dem Geschlecht Studierende in %



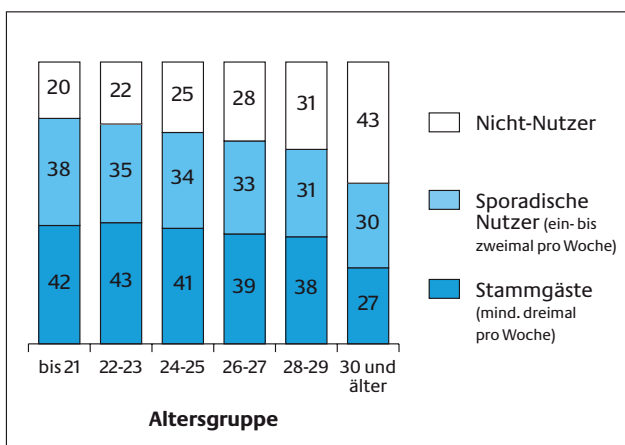
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

punkt verringert. Gegenüber 2000 hat sich der Anteil der männlichen und weiblichen Stammgäste ausgehend von 52 % bzw. 33 % bis 2006 jeweils um drei Prozentpunkte verringert.

Alter

Ob das Angebot, kostengünstig in der Mensa/Cafeteria zu Mittag zu essen, angenommen wird, ist offensichtlich auch vom Alter der Studierenden abhängig. Während von den jüngsten Studierenden (bis 21 Jahre) 80 % in der Mensa zu Mittag essen, verringert sich dieser Anteil mit zunehmendem Alter (Bild 12.4).

Bild 12.4 Häufigkeit des Mensabesuches nach dem Alter der Studierenden
Studierende in % je Altersgruppe



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Studienspezifische Aspekte

Unterschieden nach Fächergruppen sind es die Studierenden der Ingenieurwissenschaften, die am häufigsten als Stammgäste in der Mensa/Cafeteria zu Mittag essen (49 %). Mit nur geringem Abstand folgen die Studierenden der Mathematik/Naturwissenschaften und der Medizin/Gesundheitswissenschaften (48 % bzw. 47 %). Auch von den Studierenden der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften ist mit 43 % ein noch relativ hoher Anteil beim Mittagessen Stammgast der Mensa/Cafeteria.

Studierende der Sprach- und Kulturwissenschaften sowie der Fächergruppe Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Psychologie, Pädagogik sind hingegen vergleichsweise selten Stammgast einer Mensa/Cafeteria (29 % bzw. 26 %). Studierende dieser beiden Fächergruppen gehören überdurchschnittlich oft zu den sporadischen Gästen (40 % bzw. 41 %). Bei den übrigen Fächergruppen liegt der Anteil der sporadischen Nutzer zwischen 29 % (Ingenieurwissenschaften) und 33 % (Rechts- und Wirtschaftswissenschaften).

Studierende, die einen Bachelor-Studiengang absolvieren, zeigen kein anderes Nutzungsverhalten der Mensa/Cafeteria als Studierende der traditionellen Studiengänge. Es ist nahe liegend, dass es sich bei den Studierenden der neu eingeführten Bachelor-Studiengänge vor allem um jüngere Studierende handelt. Um den Einfluss des Alters auf das Nutzungsverhalten der Mensen/Cafeterien auszuschließen, wurden nur Studierende der traditionel-

len und der neuen Studiengänge im Alter bis 23 Jahre miteinander verglichen. Im Ergebnis besuchen die gleichaltrigen Studierenden der Bachelor- und der übrigen Studiengänge eine Mensa/Cafeteria zum Mittagessen praktisch gleich häufig (2,7 bzw. 2,8 mal pro Woche).

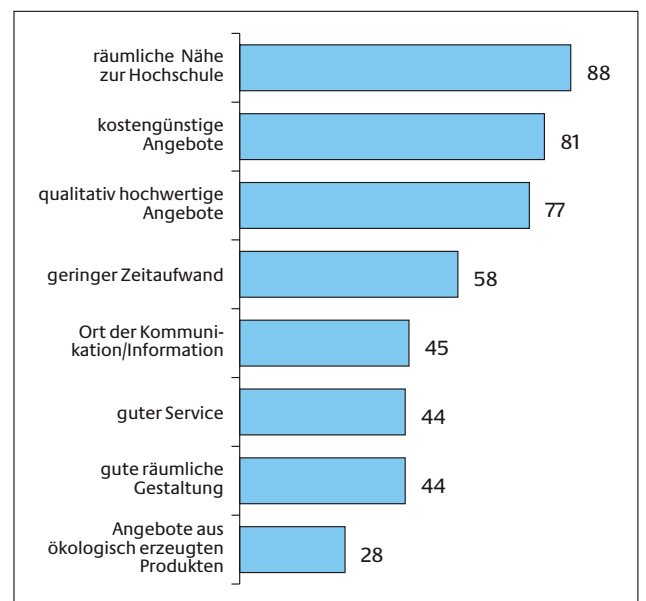
Studierende der Universitäten gehen zum Mittagessen etwas häufiger als Studierende der Fachhochschulen in die Mensa/Cafeteria (76 % vs. 71 %). Während sich der Anteil der Stammgäste bei den Studierenden der beiden Hochschularten kaum unterscheidet (40 % vs. 39 %), ist der Unterschied bei den sporadischen Mensa-Nutzern deutlicher (36 % vs. 32 %).

12.3 Wichtige Aspekte aus studentischer Sicht

Mit der Frage: „Was ist Ihnen an den Mensen/Cafeterien besonders wichtig?“ wurden die Studierenden gebeten, verschiedene Vorgaben mittels einer Fünfer-Skala von „überhaupt nicht wichtig“ bis „sehr wichtig“ zu bewerten.

Danach ist es den Studierenden mit Abstand am wichtigsten, dass die Mensen/Cafeterien in räumlicher Nähe zur Hochschule liegen (88 %), ihre Angebote kostengünstig (81 %) und qualitativ hochwertig (77 %) sind. Für deutlich mehr als die Hälfte der Studierenden (58 %) ist es außerdem wichtig, dass für das Essen in der Mensa/Cafeteria nur ein geringer Zeitaufwand investiert werden muss. Fast die Hälfte der Studierenden (45 %) hält es für wichtig, dass Mensen und Cafeterien auch Orte der Kommunikation und Information sind. Der Anteil der Studierenden, für den guter Service in den Mensen/Cafeterien und die räumliche Gestaltung wichtig sind, liegt bei jeweils 44 %. Mensen und Cafeterien sollten Angebote aus ökologisch erzeugten Produkten offerieren, das ist für 28 % der Studierenden wichtig (Bild 12.5).

Bild 12.5 Mensa/Cafeteria – wichtige Aspekte aus der Sicht der Studierenden
Studierende, die den Aspekt für wichtig oder sehr wichtig halten, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

13. Gesundheitliche Beeinträchtigungen

13.1 Begriffliche Abgrenzung

Seit 1982 wird in der Sozialerhebung erfasst, bei welchem Anteil von Studierenden eine Behinderung und bzw. oder eine chronische Krankheit vorliegt. Diese Differenzierung wird nach der hier zu Grunde gelegten Definition nicht mehr vorgenommen. In ihr werden sowohl die unter Behinderung als auch unter chronischer Krankheit angegebenen gesundheitlichen Schädigungen gefasst.

In der Sozialerhebung werden gesundheitlich geschädigte Studierende denjenigen ohne gesundheitliche Schädigung gegenübergestellt, um spezifische Problemlagen von Studierenden zu verdeutlichen.

Der Terminus *gesundheitliche Schädigung* ist synonym zu *Beeinträchtigung* verwendbar. Im Text wird anstatt Beeinträchtigung ausschließlich Schädigung verwandt, um die Unterscheidbarkeit zum häufig verwendeten Begriff *Studienbeeinträchtigung* zu gewährleisten.

13.2 Studierende mit gesundheitlicher Schädigung

Der Anteil der gesundheitlich geschädigten Studierenden beträgt im Sommersemester 2006 knapp 19 %. Gegenüber dem Jahr 2000, als zuletzt Studierende zu diesem Thema befragt wurden, ist die Quote deutlich angewachsen (2000: 15 %). Allgemein ist jedoch zu berücksichtigen, dass für 56 % (2000: 61 %) dieser Studierenden nach eigener Einschätzung keine Studienbeeinträchtigung daraus resultiert.

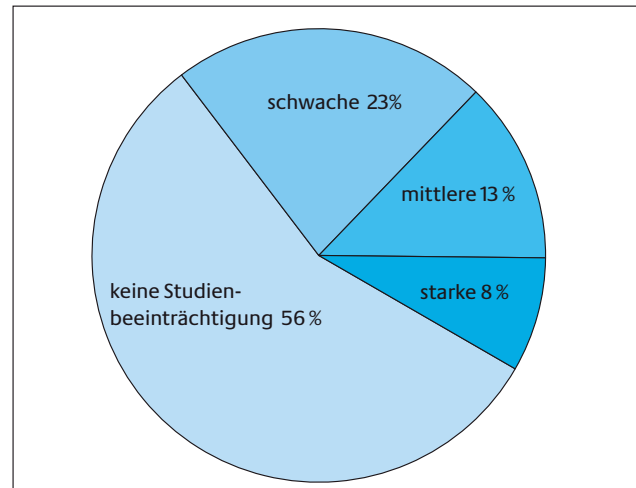
Bezogen auf die 1,76 Millionen Studierenden des Berichtskreises der Sozialerhebung errechnen sich in absoluten Häufigkeiten knapp 327.000 (2000: 240.000) Studierende mit gesundheitlicher Schädigung. 44 %, also etwa 143.000 von ihnen fühlen sich dadurch in ihrem Studium eingeschränkt. Unter einer (sehr) starken Studieneinschränkung leiden etwa 27.000 Studierende.

Aus dem Blickwinkel der Sozialerhebung sind vor allem jene Studierende von Interesse, deren gesundheitliche Schädigung Auswirkungen auf das Studium nach sich zieht. Das trifft auf 8 % aller Studierenden zu. Bei der Mehrheit wirkt sich die gesundheitliche Schädigung nicht nachteilig auf das Studium aus (56 %). Bei 23 % (2000: 18 %) aller Studierenden mit gesundheitlichen Problemen beeinträchtigen diese das Studium nur schwach und bei weiteren 13 % (2000: 13 %) in mittlerer Stärke. Bei acht Prozent der Studierenden mit gesundheitlicher Schädigung schränkt sie das Studium stark ein (Bild 13.1). Das entspricht einem Anteil von etwa 1,5 % an allen Studierenden.

Formen der Schädigung

Die Formen gesundheitlicher Schädigung wurden in Kategorien abgefragt, die unterschiedliche Schädigungen berücksichtigen. Die auf diese Weise gewonnenen Daten zeigen, in welcher Häufigkeit die verschiedenen Formen von gesundheitlicher Schädigung unter den Studierenden auftreten.

Bild 13.1 Grad der Studienbeeinträchtigung¹
Studierende mit gesundheitlicher Schädigung



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Zusammengefasste 5-stufige Skala von (sehr) schwach bis (sehr) stark.

Allen voran stehen Allergien und Atemwegserkrankungen. Sechs von zehn Studierenden mit gesundheitlichen Problemen geben diese Erkrankungen an. Jeder sechste bis achte Studierende mit gesundheitlicher Schädigung gibt Sehschädigungen (16 %), Hauterkrankungen (14 %) oder Schädigungen des Stütz- und Bewegungsapparates (13 %) an. Insgesamt 11 % der Studierenden mit gesundheitlichen Problemen sehen sich von psychischen Krankheiten betroffen.

Studentinnen und Studenten weisen in den Anteilen an gesundheitlicher Schädigung nur geringe Unterschiede auf (19 % vs. 18 %). In der Form der gesundheitlichen Schädigung bestehen Unterschiede zwischen Männern und Frauen (vgl. Bild 13.2).

13.3 Studium und gesundheitliche Schädigung

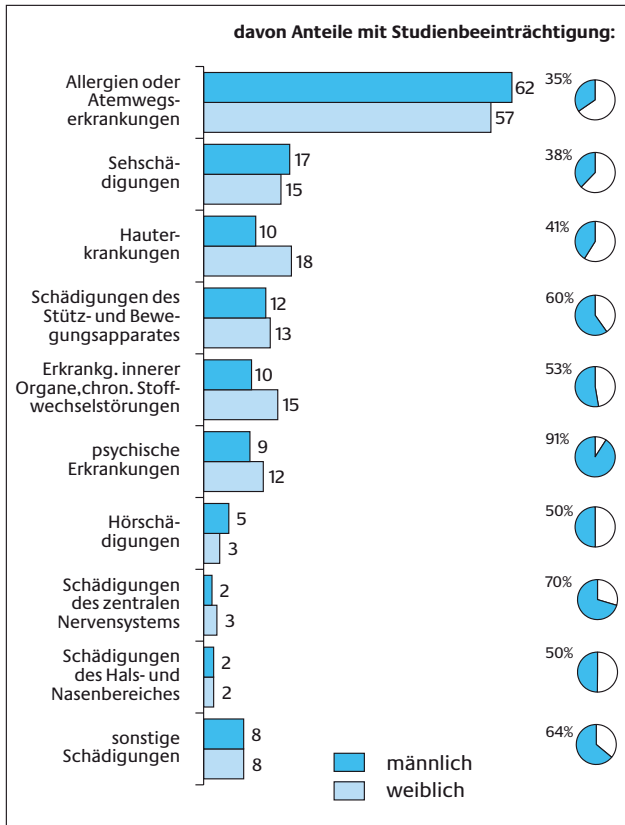
Fächerstruktur

Die Anteile gesundheitlicher Schädigungen variieren über die Fächergruppen. Während 16 % der Studierenden der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften eine gesundheitliche Schädigung angeben, trifft dies auf mehr als jeden fünften Studierenden der Fächergruppe Sozialwissenschaften, Sozialwesen/Pädagogik/Psychologie zu (21 %, Bild 13.3). Gleichzeitig ist hier, ähnlich wie in den Sprach- und Kulturwissenschaften auch, der Anteil derjenigen am höchsten, deren Schädigung eine Studienbeeinträchtigung darstellt. (48 % bzw. 49 %). Darüber hinaus weisen diese Fächergruppen auch den höchsten Anteil an Studierenden mit starker Studienbeeinträchtigung auf.

Studienverlauf

Die zufriedenstellende und erfolgreiche Realisierung des Studiums ist für Studierende mit gesundheitlichen Schädigungen in besonderer Weise mit der Bewältigung von organisatorischen,

Bild 13.2 Art gesundheitlicher Schädigung nach Geschlecht und Anteile mit Studienbeeinträchtigung
nur Studierende mit gesundheitlicher Beeinträchtigung, in %



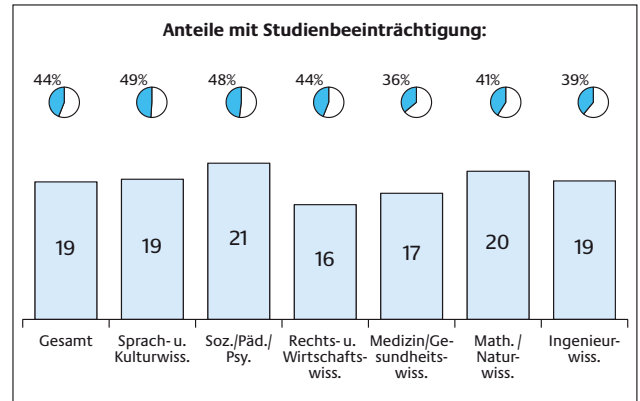
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

zeitlichen und materiellen Herausforderungen verbunden. Gleichwohl gelingt es nicht in jedem Fall, eine möglicherweise vorhandene Studienbeeinträchtigung zu kompensieren. Deshalb absolvieren diese Studierenden das Studium teilweise weniger komplikationslos als der Durchschnitt der Studierenden.

Studierende mit einer Schädigung nehmen das Hochschulstudium genauso wichtig wie alle anderen Studierenden auch. Mit zunehmendem Grad der Studienbeeinträchtigung steigt allerdings der Anteil der Studierenden, für die das Studium eher im Hintergrund steht. Gleichzeitig geben diese Studierenden häufiger an, dass eine meist notwendige Erwerbstätigkeit neben dem Studium ihre Studienzeit verlängern wird.

Jeder fünfte Studierende mit einer gesundheitlichen Schädigung, darunter mehr als jeder Zweite mit starker Studienbeeinträchtigung, unterbricht das Studium. Unter den anderen Studierenden ist die Unterbrecherquote deutlich niedriger (20 % vs. 13 %). Als Hauptgrund für eine Studienunterbrechung gibt fast jeder zweite Studierende mit einer gesundheitlichen Schädigung erwartungsgemäß gesundheitliche Probleme an, während dies unter den anderen Studierenden weit seltener vorkommt (48 % vs. 10 %).

Bild 13.3 Studierende mit gesundheitlicher Schädigung und Anteil derer mit Studienbeeinträchtigung je Fächergruppe in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

13.4 Finanzielle Situation und Wohnverhältnisse

Die Einschätzung der finanziellen Situation von Studierenden mit bzw. ohne gesundheitliche Schädigung fällt sehr unterschiedlich aus. Abhängig vom Grad der Studienbeeinträchtigung unterscheidet sich die Einschätzung über die finanzielle Absicherung des Studiums.

Während nur jeder fünfzehnte Studierende mit gesundheitlicher Schädigung, aber ohne Studienbeeinträchtigung angibt, die Finanzierung des Lebensunterhaltes während des Studiums sei gar nicht sichergestellt, gilt das für nahezu jeden vierten Studierenden mit starker Studienbeeinträchtigung (6,5 % vs. 23 %). Hinzu kommt, dass die Möglichkeiten, Geld zu verdienen, nicht mit gleicher Selbstverständlichkeit wie bei Studierenden ohne gesundheitliche Schädigung bzw. ohne Studienbeeinträchtigung umzusetzen sind.

Unter Berücksichtigung aller Einnahmen und der angegebenen ausgewählten Ausgaben zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Bilanz der Ein- und Ausgaben und dem Grad der Studienbeeinträchtigung. Studierende mit schwacher bzw. starker Studienbeeinträchtigung haben weniger Mittel zur Bestreitung weiterer Ausgabenposten zur Verfügung.

Daraus resultiert eine kritischere Einschätzung ihrer finanziellen Lage. Überproportional viele von ihnen gehen davon aus, dass ihre Studienfinanzierung nicht sichergestellt ist, sie neben dem Studium arbeiten müssen und sich dadurch die Studienzeit verlängern wird.

14. Beratungs- und Informationsbedarf

Studierende sind mit vielfältigen Anforderungen und Situationen konfrontiert, für deren Bewältigung sie Informationen und Beratung benötigen. Über studienbezogene Problemstellungen und Leistungserwartungen hinaus befinden sich Studierende im Erststudium zumeist in einer Lebensphase, in der – entwicklungspsychologisch gesehen – besondere Aufgaben (Ablösung aus dem Elternhaus, Aufbau eines eigenen sozialen Netzes) zu lösen sind.

Professionelle Einrichtungen stellen Information und Beratung zur Verfügung, die zur Bewältigung von damit in Zusammenhang stehenden Anforderungssituationen notwendig sind. Daneben suchen Studierende häufig Rat bei Personen im persönlichen Umfeld, recherchieren im Internet bzw. informieren sich anhand von Zeitschriften, Fernsehen etc.

Der Bedarf an Beratung und Information wird retrospektiv erhoben und ist auf das Zeitfenster der letzten zwölf Monate bezogen, gemessen vom Befragungszeitpunkt an. Anhand eines vorgegebenen Katalogs von 18 Bereichen, zu denen während des Studiums eine Nachfrage nach Information bzw. Beratung entstehen könnte, wurde ermittelt, welche entsprechenden Bedarfe die Studierenden aus ihrer Sicht hatten. Nachfolgend wird aus Gründen der Lesbarkeit abkürzend häufig „Beratungsbedarf“ gleichbedeutend mit „Bedarf an Beratung und Information“ verwendet.

14.1 Bereiche des Beratungs- und Informationsbedarfs

Über alle Themenfelder hinweg hatten zwei Drittel der Studierenden im Erststudium in den zwölf Monaten vor der Befragung im Sommersemester 2006 Bedarf an Beratung und/oder Information zu mindestens einem der vorgegebenen Bereiche. Der Beratungsbedarf Studierender in postgradualen Studiengängen war mit insgesamt 61 % etwas geringer. Wenn sie Beratungs- und Informationsbedarf während des letzten Jahres bekundeten, dann nannten die Studierenden beider Studienarten im Durchschnitt drei der 18 aufgelisteten Bereiche. Mit der Art des Studiums hängen nicht nur die Quoten des Beratungsbedarfs insgesamt zusammen, sondern auch die Häufigkeit, mit der einzelne Themen nachgefragt werden.

Die Vielfalt der erhobenen Beratungsbereiche berührt im Wesentlichen drei Problemfelder: i. w. S. finanzierungsbezogene, studien(leistungs)bezogene und solche, die sich sowohl auf die eigene Person als auch auf das persönliche Umfeld beziehen. Letzteres wird aus Gründen der Lesbarkeit nachfolgend als „Probleme im persönlichen Umfeld“ bezeichnet.

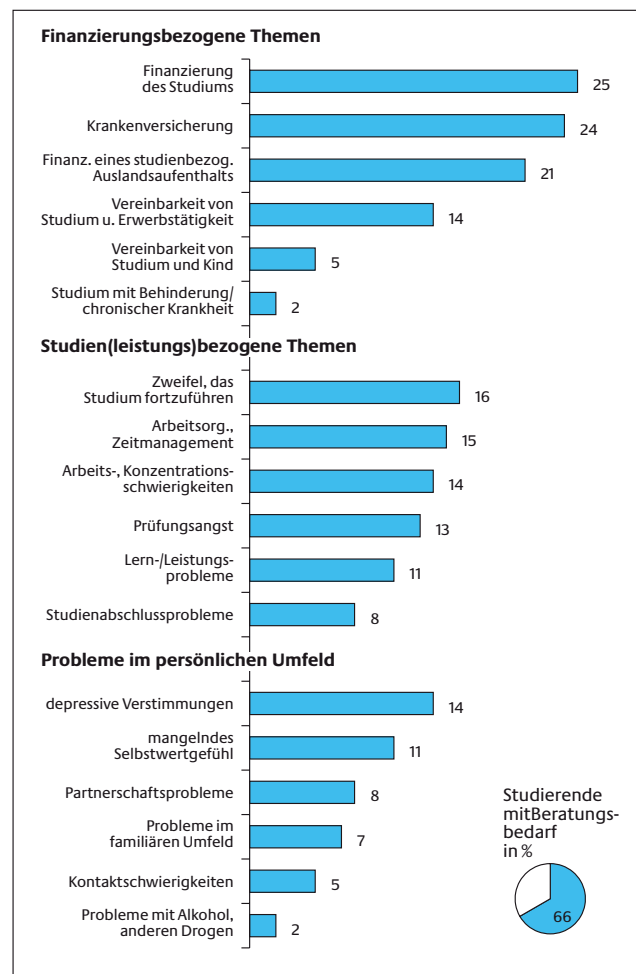
Gemessen an der Häufigkeit, mit der die Beratungsbereiche genannt wurden, stehen finanzielle Fragen und Themen, die im engeren Sinne für den Studienerfolg relevant sind, im Vordergrund. Jeder vierte Studierende hatte Fragen zur Finanzierung des Studiums und zur Krankenversicherung (Bild 14.1). An dritter Stelle steht die Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes, wofür sich jeder Fünfte interessierte (21 %). Mehr als

ein Sechstel der Studierenden hatte Zweifel, das Studium fortzuführen. Es folgen einige inhaltlich recht unterschiedliche Beratungsfelder, die ungefähr gleich häufig genannt wurden: Arbeitsorganisation und Zeitmanagement, Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit, depressive Verstimmungen, Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten und Prüfungsangst.

Einige Beratungsbereiche betreffen nur relativ kleine Gruppen unter den Studierenden, weshalb sie anteilig selten genannt werden. Dazu gehören Beratung und Information zu einem Studium mit Kind, zu einem Studium mit Behinderung bzw. chronischer Krankheit.

Auch Themen wie Probleme mit Alkohol und anderen Drogen sind sensible Bereiche mit einer relativ kleinen Anzahl an Betroffenen. Sie sind mit standardisierten Befragungsmethoden kaum realitätsnah zu erfassen.

Bild 14.1 Bereiche des Beratungs- und Informationsbedarfs Studierende im Erststudium, in %



14.2 Beratungsbedarf nach Merkmalen des Studiums

Hochschulart

Studierende an Universitäten haben insgesamt anteilig einen etwas größeren Bedarf an Beratung und Information als Studierende an Fachhochschulen (68 % vs. 63 %). Sie fragen häufiger als diese zum Beispiel Informationen zu einem studienbezogenen Auslandsaufenthalt nach. Das hängt eng mit dem unterschiedlichen Studienangebot der Hochschularten zusammen.

Studierende an Fachhochschulen hatten etwas häufiger Bedarf an Beratung und Information zur Studienfinanzierung und zur Krankenversicherung als diejenigen an Universitäten. Wesentliche Ursachen hierfür liegen darin, dass Studierende an Fachhochschulen im Vergleich zu Studierenden an Universitäten häufiger aus unteren sozialen Herkunftsgruppen kommen (vgl. Kap. 4), eine geringere finanzielle Unterstützung von ihren Eltern erhalten und deshalb ihren Lebensunterhalt zu einem höheren Anteil selbst bestreiten müssen (vgl. Kap. 6). Das erklärt ihr etwas höheres Interesse an Beratung und Information zur Problematik der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit.

Studierende an Universitäten hingegen haben vergleichsweise häufig Zweifel, ob sie ihr Studium fortführen sollen, und nennen häufiger Bereiche, die für verschiedene psychische Probleme stehen.

Angestrebter Abschluss

Im Erststudium haben Studierende in Diplom-Studiengängen an Fachhochschulen anteilig den geringsten Bedarf an Beratung und Information (63 %) im Kontrast zu Studierenden, die einen Magister anstreben (74 %). Unter Studierenden in Bachelor-Studiengängen ist der Anteil derer, die sich für (mindestens) eins der aufgeführten Beratungsthemen interessierten, nur geringfügig höher als im Durchschnitt (67 % vs. 66 %).

Mit Finanzfragen sind Studierende in Magister- und Bachelor-Studiengängen häufiger beschäftigt als andere – das betrifft sowohl die Studienfinanzierung als auch die Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes. Diese Themen sind möglicherweise mit ein Grund dafür, dass sich beide Studierendengruppen ebenfalls häufiger als andere mit Fragen der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit auseinandersetzen.

Fächergruppe

Studierende in den Ingenieurwissenschaften gaben mit 60 % anteilig den geringsten Beratungsbedarf an. Auch künftige Mathematiker/innen und Naturwissenschaftler/innen haben vergleichsweise selten Fragen zu den aufgeführten Bereichen (62 %).

In den Fächergruppen Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Psychologie, Pädagogik bzw. in Sprach-, Kulturwissenschaften ist die Nachfrage nach Beratung und Information deutlich höher (71 % bzw. 74 %). Letztere fragen überdurchschnittlich häufig Beratung zur Finanzierung des Studiums bzw. eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes nach. Damit im Zusammenhang steht auch der Befund, dass relativ viele von ihnen Fragen zur Vereinbarkeit des Studiums mit Erwerbstätigkeit haben.

Studienverlauf

Welche Beratungsthemen im Vordergrund stehen, hat auch mit der aktuellen Studienphase zu tun. Der Beratungsbedarf ändert sich im Verlaufe des Erststudiums in typischer Weise: Zum Anfang des Studiums stehen finanzielle Fragen eindeutig im Vordergrund. Zwar besteht bei Fragen der Finanzierung des Studiums zu Beginn der größte Bedarf – mehr als ein Drittel der Studierenden im Erststudium gab einen entsprechenden Informationsbedarf an –, jedoch bleibt das Interesse an entsprechender Beratung und Information das gesamte Studium über vergleichsweise hoch. Unter Studierenden in den höheren und hohen Semestern erlangen Finanzierungsfragen (wieder) eine hohe Relevanz. Entsprechend häufiger wird ein Bedarf an Beratung und Information zu Fragen der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit bekundet.

Die Finanzierung eines Auslandsaufenthaltes ist für Studierende vor allem zwischen dem dritten und sechsten Hochschulsemester interessant. Gegen Ende des Studiums flaut dieses Interesse wieder ab, weil ein Studienaufenthalt im Ausland entweder bereits erfolgt ist oder nunmehr nur noch geringe Realisierungschancen gesehen werden. Nach dem achten Semester gewinnt die (eigene) Krankenversicherung sprunghaft an Bedeutung. Das ist vor allem dann der Fall, wenn die Familienversicherung (Mitversicherung bei den Eltern) ab einem Alter von 25 Jahren in der Regel wegfällt.

Die Zweifel an der Fortführung des Studiums bestehen häufig zu Beginn. Sie lassen in ihrer Bedeutung nach unter denjenigen, die an der Hochschule geblieben sind und sich im Hauptstudium befinden. Diese Zweifel leben offenbar nach Ablauf der Regelstudienzeit wieder auf. Etwa ein Sechstel der Studierenden im 11. bis 12. Semester und ein Viertel bis ein Drittel derer im 13. Semester und höher haben ähnlich gelagerte bzw. sich unter Umständen gegenseitig bedingende Probleme, zum Beispiel Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten, Arbeitsorganisation, Zeitmanagement, Lern-, Leistungsprobleme und Prüfungsangst.

Damit einher gehen nicht selten depressive Verstimmungen, was abzulesen ist an einem entsprechenden Beratungsbedarf, den Studierende in hohen Semestern häufiger als andere benennen.

14.3 Beratungsbedarf und sozio-demographische Merkmale

Alter

Die Entwicklung der Nachfrage nach Beratung und Information verläuft erwartungsgemäß für viele der aufgeführten Bereiche ähnlich der oben bereits gezeigten Nachfrageentwicklung im Studienverlauf.

Ältere Studierende interessieren sich häufiger als jüngere für Fragen der Krankenversicherung, der Studienfinanzierung und der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit. Das Thema Auslandsaufenthalt interessiert Studierende bis zu 25 Jahren häufiger als ältere. Für Studierende wird ab einem Alter von Ende 20 die Vereinbarkeit von Studium und Kind zu einem Bereich, zu dem sie Beratung und Information möchten.

Unter älteren Studierenden, vor allem denjenigen ab 30 Jahren, gewinnen verschiedene studien(leistungs)bezogene Problemfelder an Beratungsrelevanz. Ebenso steigt mit dem Alter der Anteil derjenigen, die Angaben, Fragen zu psychologischen Problemen verschiedenster Art zu haben.

Geschlecht

Studentinnen und Studenten fragen die einzelnen Beratungsgebiete unterschiedlich stark nach. Das hängt mit vielfältigen Faktoren zusammen, wie zum Beispiel mit Unterschieden in der Fächerwahl, mit Altersunterschieden, mit einer auch unter Studierenden anzutreffenden geschlechtsspezifischen Aufteilung von Familienarbeit bzw. familienbezogener Verantwortung und mit Disparitäten in der Selbst- und Fremdwahrnehmung.

Insgesamt nannten anteilig mehr Frauen als Männer mindestens einen Bereich, zu dem sie in den vergangenen zwölf Monaten Beratung und Information gesucht haben (70 % vs. 63 %). Studentinnen stellen sich häufiger als Studenten Fragen zur Studienfinanzierung und zur Finanzierung eines Auslandsaufenthaltes. Letzteres hat mit dem hohen Anteil von Frauen in sprach- und kulturwissenschaftlichen Studiengängen zu tun, in denen ein Studienaufenthalt im Ausland häufig Bestandteil des Studiums ist.

Einige Beratungsbereiche, die für ein erfolgreiches Studium von Bedeutung sind, werden von Studentinnen ebenfalls häufiger genannt als von Studenten. Dazu gehören Fragen der Arbeitsorganisation und Prüfungsangst. Studenten gaben seltener als Studentinnen an, Informationsbedarf zu den Bereichen „depressive Verstimmung“, „mangelndes Selbstwertgefühl“ und „Probleme im familiären Umfeld“ gehabt zu haben.

Die Frage, wie Studium und Kind miteinander zu vereinbaren sind, nennen sie ebenfalls seltener als Studentinnen, die wegen der Gründung einer Familie häufiger studienbezogene Einschränkungen machen (müssen), zum Beispiel in Form einer Unterbrechung des Studiums (vgl. Kap. 2).

Soziale Herkunft

Wie groß der Beratungsbedarf ist und welche Bereiche er umfasst, hängt eng mit der Lebenssituation der Studierenden zusammen, die weitreichend von ihrer sozialen Herkunft mit geprägt ist. Das zeigt ein Vergleich der beiden extremen Herkunftsgruppen „hoch“ und „niedrig“. Von den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ nennt ein größerer Anteil als von denen der Herkunftsgruppe „hoch“ mindestens einen Bereich, zu dem er im letzten Jahr Beratung und Information benötigt hat (71 % vs. 65 %).

Der deutlichste Unterschied besteht im Anteil derer, denen sich Fragen zur Finanzierung des Studiums stellten: Er ist unter Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ mit 35 % fast doppelt so groß wie unter jenen der Herkunftsgruppe „hoch“ (18 %). Finanzielle Fragen haben Letztere vor allem in Bezug auf einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt (23 % vs. 19 %). Für Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ stehen dagegen Bereiche wie „Krankenversicherung“, „Zweifel an der Fortführung des Studiums“, „Prüfungsangst“ und „Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit“ stärker im Vordergrund als für ihre Kommiliton/innen.

14.4 Nutzung von Angeboten zur Beratung und Information

Von den an Information und Beratung interessierten Studierenden im Erststudium haben mehr als die Hälfte (54 %) eine beratende Einrichtung des Studentenwerks, der Hochschule oder außerhalb des Hochschulbereichs aufgesucht. Hochgerechnet auf alle Studierende, das heißt unabhängig davon, ob sie Beratungsbedarf hatten oder nicht, nahm deutlich mehr als ein Drittel (37 %) innerhalb eines Jahres professionellen Rat in Anspruch.

Differenziert nach der Zugehörigkeit des genutzten Beratungsangebotes zeigt sich eine etwa gleich große Bedeutung von Beratungsangeboten im Hochschulbereich und solchen außerhalb der Hochschule: Jeweils 18 % der Studierenden nutzten Angebote des Studentenwerks/der Hochschule bzw. außerhalb des Hochschulbereichs.

15. Studierende mit Migrationshintergrund

15.1 Begriffliche Abgrenzung und Zahl der Studierenden mit Migrationshintergrund

Über die Migrationsforschung hinaus hat sich in den letzten Jahren ein Begriff für Migrationshintergrund etabliert, der die Dimensionen individuelle und familiäre Migrationserfahrung integriert.

Mit den Daten der Sozialerhebung sind drei Gruppen von Studierenden mit Migrationshintergrund identifizierbar:

- Eingebürgerte Studierende – also solche, die ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit zugunsten der deutschen aufgaben,
- Studierende, die neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, und
- Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre

Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben – so genannte Bildungsinländer/innen.⁷

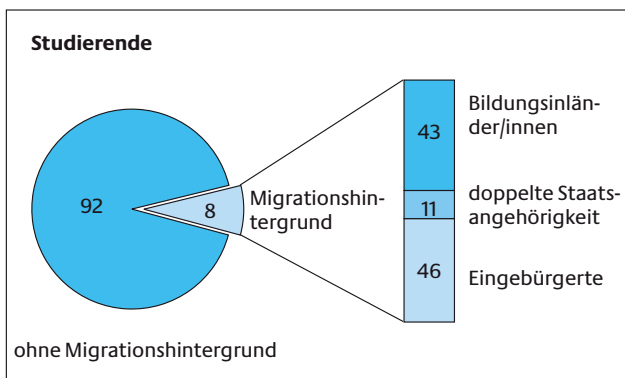
Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen überwiegend Befunde, die auf offensichtliche Unterschiede zwischen den Studierenden mit Migrationshintergrund, die im Folgenden auch als Migranten/innen bezeichnet werden, und der in den vorangehenden Kapiteln beschriebenen Gesamtheit der Studierenden hinweisen.

Entsprechend der beschriebenen Definition haben acht Prozent aller Studierenden des Sommersemesters 2006 (ausgenommen Bildungsausländer/innen) einen Migrationshintergrund.

⁷ Die Situation der so genannten Bildungsausländer/innen, also der ausländischen Studierenden, die erst zum Studium nach Deutschland kamen, wird im Sonderbericht „Internationalisierung des Studiums“ beschrieben.

11 % von ihnen haben eine doppelte Staatsangehörigkeit, die anderen Migranten/innen verteilen sich zu etwa gleichen Teilen auf Bildungsinländer/innen und Eingebürgerte (Bild 15.1). Insgesamt sind damit rd. 136.000 Studierende mit Migrationshintergrund an deutschen Hochschulen immatrikuliert, von denen etwa 58.000 zu den Bildungsinländern/innen zählen, 16.000 eine doppelte Staatsangehörigkeit haben und 62.000 eingebürgert sind.

Bild 15.1 Studierende nach Migrationsstatus 2006
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

15.2 Demographische Merkmale

Studierende mit Migrationshintergrund weisen nahezu dieselbe Altersstruktur auf wie die Gesamtheit der Studierenden.

In der Verteilung nach Geschlecht zeigen sich jedoch Unterschiede. An deutschen Hochschulen studieren genauso viele Frauen wie Männer mit Migrationshintergrund (je 50 %). Die Quote aller Studentinnen beträgt dagegen gut 47 %. Der Unterschied ist vor allem auf den überproportionalen Anteil von Bildungsinländerinnen zurückzuführen (51 % vs. 49 %). Bei den Studierenden mit doppelter Staatsangehörigkeit und den Eingebürgerten sind es mehr Männer als Frauen (51 % vs. 49 %).

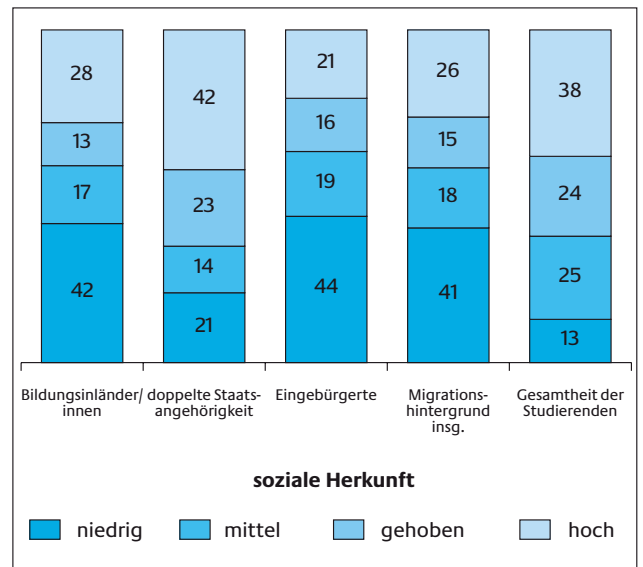
Jeder zehnte Studierende mit Migrationshintergrund hat (mindestens) ein Kind. Damit liegt diese Quote höher als bei allen Studierenden, von denen knapp 7 % Eltern sind.

15.3 Soziale Herkunft

Nach der sozialen Herkunft unterscheiden sich Migranten/innen erheblich von der Gesamtheit der Studierenden. 41 % der Studierenden mit Migrationshintergrund, aber nur 13 % aller Studierenden sind der Herkunftsgruppe „niedrig“ zuzuordnen. Folglich liegen die Anteile der Migranten/innen, die den übrigen Herkunftsgruppen entstammen, deutlich niedriger als bei allen Studierenden (Bild 15.2).

Die deutlichsten Unterschiede in der Verteilung nach sozialer Herkunft zeigen sich in den beiden Subgruppen Bildungsinländer/innen und Eingebürgerte. Hier finden sich 42 % bzw. 44 % der Studierenden in der sozialen Herkunftsgruppe „niedrig“ (alle Studierenden: 13 %). Während fast vier von zehn aller Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ zugeordnet werden (38 %), trifft dies

Bild: 15.2 Studierende nach Migrationsstatus und sozialer Herkunft
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

nur auf jeden fünften eingebürgerten Studierenden (21 %) und 28 % der Bildungsinländer/innen zu.

Studierende mit doppelter Staatsangehörigkeit weisen hier, wie auch bei den Merkmalen des Studiums (vgl. Kapitel 15.4), eine Besonderheit auf. Die Verteilung nach sozialen Herkunftsgruppen unterscheidet sich im Vergleich zu allen anderen Gruppen. So ist ihr Anteil an der Herkunftsgruppe „hoch“ mit 42 % am größten, sowohl bezogen auf alle Studierenden mit Migrationshintergrund, als auch auf die Gesamtheit der Studierenden (Bild 15.3). Gleichzeitig ist der Anteil der Studierenden mit niedriger sozialer Herkunft zwar geringer als bei den Bildungsinländern/innen und Eingebürgerten, jedoch deutlich höher als bei der Gesamtheit der Studierenden (21 % vs. 13 %).

15.4 Bildungsbiographie, Fächerwahl und Studienverlauf

Hochschulzugang

Migranten/innen erfüllen andere Zugangsvoraussetzungen für den Besuch einer Hochschule als die Gesamtheit der Studierenden. So haben drei Viertel von ihnen, aber 83 % aller Studierenden eine allgemeine Hochschulreife (Bild 15.3). Innerhalb der Subgruppen sind dabei deutliche Unterschiede festzustellen. Nahezu neun Zehntel aller Studierenden mit doppelter Staatsbürgerschaft studieren mit allgemeiner Hochschulreife (89 %). Bei den Bildungsinländern/innen sind es 72 % und bei den Eingebürgerten 75 %. Über eine Fachhochschulreife verfügt fast jeder fünfte Studierende, der in die deutsche Staatsbürgerschaft wechselte bzw. Bildungsinländer/in ist (19 % bzw. 22 %), aber nur jeder zwanzigste Studierende mit doppelter Staatsbürgerschaft (Bild 15.3).

Studienmerkmale

Studierende mit Migrationshintergrund unterscheiden sich in der Wahl des Hochschulortes und des Studienganges sowohl in-

Bild 15.3 Studierende nach Art der Hochschulzugangsberechtigung in %

Hochschulzugangsberechtigung	Migranten/innen				Stud. insg.
	Bildungsinländer/innen	doppelte Staatsang.	Eingebürgerte	insg.	
allgemeine Hochschulreife	72	89	75	75	83
Fachhochschulreife	22	5	19	19	13
fachgebundene Hochschulreife	4	6	5	5	3
andere Berechtigung	2	-	1	1	1

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

nerhalb der einzelnen Untergruppen als auch im Vergleich zur Gesamtheit der Studierenden.

Migranten/innen sind fast ausschließlich an Hochschulen in den alten Ländern immatrikuliert. Während in den Hochschulen der alten Länder, in denen 85 % aller Studierenden immatrikuliert sind, 97 % aller Studierenden mit Migrationshintergrund studieren, sind es in den neuen Ländern lediglich 3 % (vs. alle: 15 %).

Bildungsinländer/innen und eingebürgerte Studierende belegen eher ingenieurwissenschaftliche Studiengänge und Studiengänge der Fächergruppe Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und sind in den Sprach- und Kulturwissenschaften sowie innerhalb der Fächergruppe Sozialwissenschaften/ Sozialwesen/Pädagogik/Psychologie unterrepräsentiert. Bei den Studierenden mit doppelter Staatsangehörigkeit finden sich dagegen nur geringe Unterschiede im Vergleich mit allen Studierenden.

Während 28 % aller Studierenden an einer Fachhochschule eingeschrieben sind, gilt das für 34 % der Studierenden mit Migrationshintergrund. Nahezu vier von zehn Bildungsinländern/innen (39 %) und jeder dritte eingebürgerte Studierende (34 %) studiert an einer Fachhochschule. Dagegen sind nur 19 % der Studierenden mit doppelter Staatsbürgerschaft an einer Fachhochschule immatrikuliert.

Die angestrebten Abschlüsse von Studierenden mit Migrationshintergrund unterscheiden sich in der Tendenz nicht stark von den Abschlusszielen der Gesamtheit der Studierenden. Lediglich bei den Lehramtern sind Migranten/innen deutlich unterrepräsentiert (6 % vs. 12 %).

Studienbezogener Auslandsaufenthalt

Migranten/innen waren geringfügig seltener studienbezogen im Ausland als die Gesamtheit der Studierenden (27 % vs. 29 %).

Allerdings unterscheiden sich die Gruppen der Studierenden mit Migrationshintergrund erheblich. Mit 44 % waren Studierende mit doppelter Staatsangehörigkeit häufiger studienbezogen im Ausland als eingebürgerte Studierende und Bildungsinländer/innen (26 % bzw. 25 %).

15.5 Finanzielle Situation

Studierende mit Migrationshintergrund haben monatliche Einnahmen in durchschnittlicher Höhe von 786 €. Gemessen an

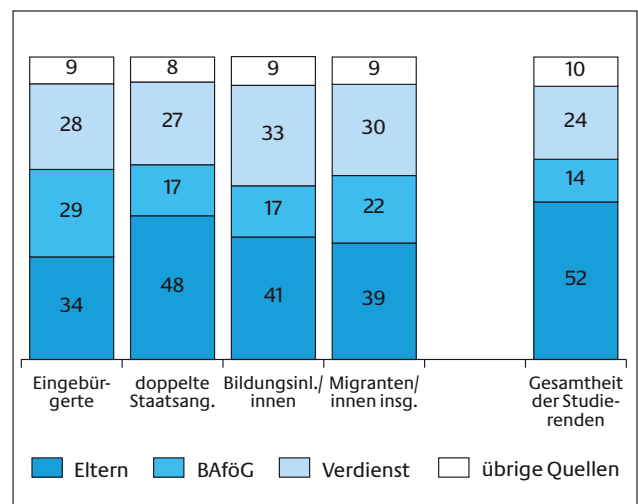
den 770 €, die allen Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“⁸ im Durchschnitt zur Verfügung stehen (vgl. Kap. 6), stellt sich die finanzielle Situation der Studierenden mit Migrationshintergrund nicht wesentlich anders dar.

Bei einer differenzierten Betrachtung der Studierenden mit Migrationshintergrund deuten sich Unterschiede zwischen den Subgruppen an, die allerdings statistisch nicht signifikant sind. Danach verfügen Studierende mit doppelter Staatsbürgerschaft über monatliche Einnahmen von 805 €, Bildungsinländer/innen über 801 € und eingebürgerte Studierende über 768 €.

Die Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen der Studierenden mit Migrationshintergrund unterscheidet sich hingegen deutlich von der Struktur des Einnahmenbudgets aller Studierenden. Studierende mit Migrationshintergrund sind stärker auf BAföG und eigenen Verdienst angewiesen, um die geringere Unterstützung durch die Eltern zu kompensieren (Bild 15.4).

Bild 15.4 Studierende mit Migrationshintergrund – Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Anteil je Finanzierungsquelle, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

BAföG-Quote

Bezogen auf alle Studierenden mit Migrationshintergrund ergibt sich eine BAföG-Quote von 33% (Standard-Methode). Verglichen mit der BAföG-Quote unter allen Studierenden, die bei 23 % liegt (vgl. Kap. 8), wird von den Migranten/innen ein deutlich höherer Anteil nach dem BAföG gefördert. Der höchste Anteil der Geförderten ist mit 42% unter den eingebürgerten Studierenden zu finden. Mit 26% ist die BAföG-Quote unter den Bildungsinländern/innen deutlich geringer, ebenso mit 25% unter den Studierenden mit doppelter Staatsangehörigkeit.

15.6 Erwerbstätigkeit

Während der Vorlesungszeit im Jahre 2006 ist der weitaus größte Teil der Studierenden mit Migrationshintergrund neben dem Stu-

⁸ Wie im Kap. 6 erläutert, wird auch hier zur Untersuchung der finanziellen Situation die Bezugsgruppe „Normalstudent“ zugrundegelegt – also Studierende, die ledig sind, nicht im Elternhaus wohnen und sich im Erststudium befinden.

dium – zumindest zeitweise – einer Tätigkeit nachgegangen, um Geld zu verdienen. Bezogen auf die Studierenden im Erststudium liegt dieser Anteil bei 67 %.

Studierende mit Migrationshintergrund begründen ihre Erwerbstätigkeit vor allem damit, dass der Verdienst zur Bestreitung des Lebensunterhalts unbedingt notwendig ist. Auf einer 5er-Skala von „trifft gar nicht zu“ bis „trifft völlig zu“ gaben 56 % der Erwerbstätigen im Erststudium an, dieser Grund sei völlig zutreffend. Von allen erwerbstätigen Deutschen und Bildungsinländern/innen im Erststudium äußerten sich lediglich 42 % entsprechend. Aber auch die Begründung, mit der Erwerbstätigkeit wird der Zweck verfolgt, sich etwas mehr leisten zu können, wird von einem etwas höheren Anteil der erwerbstätigen Migranten/innen als völlig zutreffend bezeichnet (42 % vs. 39 %).

15.7 Wohnsituation

Studierende mit Migrationshintergrund wohnen, verglichen mit allen Studierenden, häufiger im Elternhaus und seltener in einer Wohngemeinschaft (s. nachfolgende Übersicht). Auch der Anteil, der eine Wohnung allein nutzt, ist etwas geringer. Die Anteile der Studierenden, die eine andere Wohnform nutzen, unterscheiden sich praktisch nicht.

Studierende 2006 nach Wohnform (in %)

Wohnform	Migranten/innen	Stud. insg.
Eltern	33,2	22,8
Wohnheim	10,7	11,0
Untermiete	1,8	1,6
Wohngemeinschaft	16,8	24,9
Wohnung allein	17,0	20,1
Wohnung mit Partner/in	20,5	19,7

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen/Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin/dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

